

Abonnements-Bedingungen:
Wochenblatt. Preis 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.
Einzeln 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereine
und Beraternungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Veruiprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 20. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Veruiprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Väterchen im Deutschen Reiche.

In der ersten seiner beiden Reden, in denen am Donnerstag im Reichstage Graf Bülow sein rosenfarbenes Wohlgefallen an dem Gang seiner auswärtigen Politik behandelte, war der Reichszankler so unvorsichtig, das Wesen der Heiligen Alliance zu beschwören. Er meinte, der Dreibund verfolge insofern gleiche Ziele mit jenem alten Zaren-Bunde zur Unterdrückung europäischer Freiheit, als auch er dem edlen Zweck des Friedens diene.

Wenn in China einem Missionar ein Haar gekrümmt wird, nimmt man ein Stüd Land weg und beginnt wilde Raubzüge. Auch über Haiti schwingt man die gewanzerte Faust. Einem lämmigen Schuldner, wie Venezuela, schiden wir, Bankinteressen zu Liebe, Kriegsschiffe auf den Leib.

In seiner Rede über die auswärtige Politik brachte unser Parteigenosse Gradnauer auch jene empörenden Fälle zur Sprache, die den Einfluss des Zarismus auf die deutschen inneren Angelegenheiten enthüllen. Er schilderte die Angelegenheit der alten Frau Angel, die monatelang widerrechtlich im russischen Sterker festgehalten worden ist. Er gab die fast ungläublichen Einzelheiten über den Fall der Frau Buchholz bekannt, die in Kasan ohne jeden Grund verhaftet und dann auf dem Stappenwege unter Qualen aller Art befördert wurde.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Richthofen, übernahm es zu antworten. Etwas Mächtigeres ist kaum jemals von Regierungsschick vernommen worden. Auf die an ihn gestellte Anfrage wegen reaktionärer Geheimabmachungen mit Rußland erteilte er keine Antwort; damit ist die Vermutung bestätigt, daß die skandalöse russische Polizei- und Spionagemacht im deutschen Reich, die selbst von deutschen Universitätsbehörden unterstützt wird, auf geheimen Verträgen beruht, bei denen das Genehmigungsrecht des Reichstages umgangen worden ist.

Der sibirische Wind, der gestern am Schluß in die Verhandlungen des deutschen Reichstages blies, hat all das platte Geschwätz des Kanzlers und der bürgerlichen Redner über die "vorreiche, zugleich

starke und maßvolle auswärtige Politik des Reiches in nichts verweht. Graf Bülow hatte sich bei dem Centrums-Professor v. Hertling eine Anfrage bestellt, weil er über Venezuela, den Dreibund und Macedonien einige Landläufigkeiten los zu werden wünschte. Herr v. Hertling stellte seine Fragen mit steifer Naivität, und Herr v. Bülow antwortete: Mit Venezuela ist er höchst zufrieden, der Dreibund ist fester und friedlicher denn je, und hinsichtlich der Balkanfrage servierte er den alten Blombergerring der Nicht-Aktivität in Bülow'scher Etikettierung.

Gründlicher ging nur unser Redner mit der auswärtigen Politik ins Gericht. Der höchste Gesichtspunkt, zu dem sich die bürgerlichen Kritiker aufschwingen konnten, ist die schwere Frage, ob Diplomaten Ausländerinnen heiraten dürfen. Graf Bülow verbreitete sich über dieses Problem mit großer Ausführlichkeit. Uebrigens ist er der einzige Mensch in Deutschland, außer Herrn Professor Hoffe, der diesen alldeutschen Weltpolitiker ernst nimmt.

Am Freitag wird die Debatte weitergehen.

Die Erklärungen des Freiherrn v. Richthofen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
In der Erwiderung, die der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der heutigen Reichstags-Sitzung auf die Rede unseres Genossen Gradnauer gab, erscheint eine Unterredung, die ich mit einem Beamten des Auswärtigen Amtes geführt hatte, in einer falschen Beleuchtung. Ich sehe mich deshalb zu folgender Richtigstellung genötigt:

Da ich vor dem vollen Abschluß der Angelegenheit meiner Frau mir selbst noch kein abschließendes Urteil über die Rolle der verschiedenen Faktoren in dem Falle meiner Frau bilden konnte, hielt ich es für zweckmäßig, mit einer Bekanntmachung der Angelegenheit in der Presse zu warten. Die recht ich mit diesem Abwarten hatte, zeigt sich daraus, daß die keineswegs beneidenswerte Rolle, die der deutsche Votschaster in der Sache leider zu spielen hatte, mir erst während meines letzten Besuchs auf dem Auswärtigen Amte bekannt geworden ist. Der von mir aus den oben erwähnten Gründen noch nicht informierte "Vorwärts" war über den Fall meiner Frau lediglich auf einen in der russischen sozialistischen Presse erschienenen Geheimverlaß der russischen Regierung, der einen Haftbefehl gegen meine Frau enthielt, angewiesen, infolge dessen enthielt der Artikel einige im übrigen unwesentliche Ungenauigkeiten. Trotzdem hielt ich es, als der Vizekonsul v. Jacobs mir mit Bezugnahme auf den Artikel im "Vorwärts" zu verstehen gab, daß das Auswärtige Amt der Meinung sei, daß ich einerseits seine Hilfe in Anspruch nehme, andererseits zugleich unwichtige Mitteilungen über die Angelegenheit in die Presse lanciere, für ein Anstandsgebot, zu erklären, daß, soweit der Artikel im "Vorwärts" Ungenauigkeiten enthält, dies nicht etwa auf irrtümliche Informationen von meiner Seite, sondern darauf zurückzuführen sei, daß der "Vorwärts" lediglich auf Schlußfolgerungen aus dem in der russischen sozialistischen Presse vorliegenden Material angewiesen war.

Des ferneren erklärte Herr v. Richthofen, ich hätte dem Auswärtigen Amte gegenüber meine volle Befriedigung und Dank über sein Vorgehen in der Angelegenheit ausgesprochen. Ich hielt es allerdings für eine Anstandsspflicht dem Beamten gegenüber, der eine große, dringende Korrespondenz in Sachen meiner Frau zu bewältigen hatte und mir gegenüber stets zuvorkommend war, meinen Dank für sein freundliches Entgegenkommen auszusprechen; ich sagte ihm auch, daß, wie ich anerkenne, von dem hiesigen Beamten des Auswärtigen Amtes alles für meine Frau getan worden sei, was in ihren Kräften stand, ich fügte dem aber hinzu - und leider unterließ Herr v. Richthofen auch dieses zu erwähnen - daß die russische Regierung unfrem Votschaster ein so geringes Entgegenkommen erwiesen habe. Und darin liegt der springende Punkt in dem Fall meiner Frau. Wir haben hier den seltenen Fall, daß die deutsche Regierung den guten Willen zeigte, seiner Reichsangehörigen in Rußland zu helfen, sie bewies aber zugleich ihre ganze Ohnmacht dazu. Als der deutsche Votschaster für

meine Frau eintrat, wurde ihm zwar besprochen, von der unmöglichen, barbarischen Mißhandlung einer kranken Frau Abstand zu nehmen, er wurde veranlaßt, mich in Geldkosten zu stürzen und telegraphisch Geld nach Petersburg schicken zu lassen (an Telegrammkosten habe ich insgesamt über 90 Mark ausgegeben), aber als er das Geld vorlegte, erhielt er einen Bescheid, der etwa den folgenden Sinn hat: Ein Versprechen dem deutschen Votschaster zu geben, dazu ist er uns noch gut genug, aber daß wir uns die geringste Mühe geben, um das Versprechen, das wir ihm geben, zu halten, um ihn vor dem deutschen Reichsangehörigen, gegenüber dem er sich engagiert hat, nicht in eine unangenehme Lage zu bringen, dazu ist er uns doch zu geringwertig. Daß eine Postkarte an die Petersburger Gefängnisverwaltung genügt hätte, um meine Frau vor ihrer ersehnten Reise zu bewahren, ist daraus zu ergeben, daß das Telegramm des Auswärtigen Amtes an den deutschen Votschaster am 31. Dezember von hier abging, meine Frau aber erst spät abends am 2. Januar Petersburg verließ. Aber die russische Regierung erlaubt sich unfrem Votschaster gegenüber denselben Hohn, den sie sich jedem beliebigen russischen Unterthan gegenüber erlaubt. Sie sagt ihm: Schön, wir wollen Dir zuliebe human sein, schiebt aber gleichzeitig meine Frau nicht nur auf dem schrecklichen Stappenwege ab, sondern erlaubt sich der nunmehr unter dem speziellen Schutz des deutschen Votschasters stehenden Frau gegenüber noch Extrabarbareien. Man entzieht die ihr zur Erleichterung der Reise von Verwandten zugestellten 115 Rubel, läßt sie fünf Tage hungern und nach einer Reihe hungeriger Tage, schlafloser Nächte, nachdem ihr - der deutsche Votschaster hatte speziell unter Hinweis auf ein ärztliches Attest darauf hingewiesen, sie müsse ja vor Erhaltung geschützt werden - reichliche Gelegenheit geboten worden ist, sich tödlich zu erkälten - wurde sie ohne einen Pfennig Geld für die Weiterreise, für eine Depesche an die Verwandten, ja selbst für ein Stüd Brot - in Endstation abgesetzt. Das war ein sonst meines Wissens nicht angewendeter Extrahohn für die Schutzbefohlene des deutschen Votschasters. Daß der deutsche Votschaster in Petersburg eine Quantität negligeeable ist, mit der sich so spaßen läßt, das war allerdings für mich eine Ueberraschung, wird gewiß eine solche auch für das gesamte deutsche Volk sein. Und dafür, daß unter dem Schutze unfrem gegenwärtigen Regierung meine Frau solcher Pein ausgesetzt war und ihre Gesundheit wohl fürs Leben lang geschädigt worden ist, soll ich gedankt haben und ich soll mich wenig erfreut darüber gezeigt haben, daß der "Vorwärts" in seinem Artikel einen machtvollen Schuß vor Rußland für deutsche Reichsangehörige verlangt? Hätte ich das gethan, so wäre ich für eine Irrenanstalt reif. Natürlich ist mir nichts Derartiges eingefallen.

Berlin, 19. März 1903. Wilhelm Buchholz.

Politische Uebersicht.

Schutzgeld für Kaninchen.

Das Abgeordnetenhans beriet am Donnerstag die der Förderung des Deutschthums dienenden Positionen des Etats des Finanzministeriums. Die Regierung wirft trotz der schlechten Finanzlage für diese Zwecke aus: eine Million als Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten, 150 000 Mark zu Erziehungszwecken an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen, 1 350 000 Mark zu widerrusslichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten, sowie zu widerrusslichen Pensionszulagen für die in diesen Landesteilen angestellten Beamten bezw. für die angestellt gewesenen und dort verbleibenden Beamten der genannten Kategorien, 300 000 Mark zum Erwerb und zur Erschließung des Unwallyungsgeländes der Stadt Posen, 2 984 000 Mark für Herstellung von Garnison-einrichtungen in Breschen und Schrimm, und 50 000 Mark zu Vorarbeitskosten zur Herstellung eines Residenzschlosses in Posen.

Man sieht, die Regierung läßt es sich etwas kosten, wenn es gilt, das angeblich so gefährdete Deutschthum zu schützen. Und die Parteien in ihrem Bewilligungseifer und ihrer Furcht vor der Polonisierung Preußens lassen sie dabei nicht im Stich. Die Polen, gegen die sich alle diese Maßnahmen richten, sind allmählich zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie selbst von dieser Art der Politik nur Vorteil haben können; sie machten natürlich Front gegen die Vorschläge der Regierung, man merkte es aber ihrem Wortführer, dem Abg. v. Glebocki an, daß sie im Grunde genommen es ganz gern sehen, wenn nach Breschen und Schrimm Garnisonen verlegt oder ein Schloß in Posen errichtet wird. Ersteren Bedenken begegnete nicht nur auf Seiten der Polen, sondern auch auf Seiten des Centrums, der Nationalliberalen und der Freisinnigen die Bestimmung, daß die Zulagen an die Beamten widerrusslich sein sollen. Herr v. Rheinbaben hatte nämlich mit großer Offenheit erklärt, daß diese Zulagen als Belohnung für gute Befinnung, also als eine Art Schühprämie für Kantonsführer gedacht seien. Die Freisinnigen erklärten sich damit vollständig einverstanden. Abänderungsanträge waren von den Freisinnigen eingebracht worden.

Die Debatte selbst verlief sonst wie alle Polendebatten. Abwechslung brachte in die Debatte, deren Fortsetzung auf den Abend vertagt wurde, nur der freisinnige Abg. Keruth, der Nachfolger Alderis, der in seiner Jungfernwede im Gegenfatz zu der bisherigen polenfreundlichen Haltung der freisinnigen Volkspartei durchblinden ließ, daß diese ihre principielle Stellung aufgegeben und mit den andren Parteien gemeinsam in Polenpolitik machen will.

#### Ein Vorstoß der Censur.

Der Polizeipräsident, Herr v. Worries, hat auf die Mitteilung des Theaterdirektors Neumann-Hofer, er gedente Scheske „Maria von Magdala“ im hiesigen Lessing-Theater vor einem Kreise geladener Gäste aufzuführen, geantwortet, er halte die beabsichtigte Veranstaltung für unzulässig und für eine Umgehung des Censurverbotes; er würde sich deshalb für verpflichtet halten, sie zu verhindern.

Herr v. Worries deduciert schlangweg, daß eine auf geladene Gäste beschränkte, also geschlossene Veranstaltung eine öffentliche Veranstaltung sei. Gegen den Geist und den Wortlaut des Gesetzes sollen also in Zukunft auch solche Aufführungen dem Verbote der Censur unterliegen, die für die Öffentlichkeit gar nicht bestimmt sind.

Dieses neueste Interpretationskunststück der Polizei bedroht die ganze künftige Entwicklung der deutschen Literatur mit vorwärtlichen Beschränkungsmaßnahmen. Das moderne naturalistische Drama hat bekanntlich anfangs fast nur von nichtöffentlichen Aufführungen seinen Aufschwung genommen. Nach seiner neuesten Auffassung wäre das Polizeipräsidium in der Lage, in der Literatur die Vorsehung zu spielen und jede Richtung, die ihm nicht paßt, bis in den letzten Schlupfwinkel hinein zu verfolgen.

Das Vergehen des Herrn v. Worries beweist aber auch, indem er die Dinge auf die Spitze treibt, die ganze Unhaltbarkeit der Censur. Entschlehte die „Maria von Magdala“ irgend etwas, was den Richtern als strafbar erscheinen könnte, eine „Gotteslästerung“ oder dergleichen, so hätte der Polizeipräsident es wohl in der Hand gehabt, die strafrechtliche Verfolgung des Herrn Neumann-Hofer nach der Aufführung einzuleiten. Da eine solche Möglichkeit nicht vorhanden ist, und mit ihr auch vernünftigerweise gar nicht gedroht werden kann, bleibt dem Polizeipräsidenten gar nichts andres übrig, als den Sinn des Gesetzes und seine bisherige Handhabung völlig auf den Kopf zu stellen. Denn würde das verbotene Stück einer geladenen Gesellschaft in seiner vollständigen Gänze vorgelesen, so wäre der Censur natürlich der Namierte.

Die Gerichte werden hoffentlich bald in die Lage kommen, in dieser wichtigen Frage die Entscheidung zu fällen. Zwischen der Literatur und der Censur scheint sich ein Kampf auf Tod und Leben entspinnen zu wollen. Und würden die Herren von der schönen Literatur etwas mehr Festigkeit des Rückgrates gewinnen, so könnte es nicht zweifelhaft sein, wer zuletzt auf dem Plage bleibt.

#### Deutsches Reich.

Herr v. Gohler auf Umwegen. Daß der preussische Kriegsminister v. Gohler am 1. März sei, wird von der „Deutschen Tageszeitung“ lebhaft bestritten. Dem nächsten Reichstage müsse, so meint sie, eine neue Militärvorlage vorgelegt werden. Es würde entgegnermaßen seltsam sein, wenn diese durch einen neuen Kriegsminister vertreten werden sollte. „Damit“ fährt sie wörtlich fort, „wollen wir nicht sagen, daß dies nicht geschehe; Seltsamkeiten sind ja neuerdings im Deutschen Reich an der Tagesordnung. Im Parlament hat der Kriegsminister selten einen schmerzlichen Stand gehabt. Man macht ihm manchmal den Vorwurf, daß er auf Umwegen das zu erreichen suche, was er direkt nicht erreichen kann. Aber ein ernsthafter Vorwurf kann dies gegen einen modernen Kriegsminister kaum sein. Die Zeiten, wo man auf Umwegen vollkommen verzichten konnte, sind, wie es scheint, gänzlich vorüber.“

Herr Hertel predigt Agrariermoral.

Herr v. Kardorff wäre beinahe für den großen Kadaverdatsch getreten! Soweit hat ihn die einmütigen vernünftigen Mittelstandsrede des Grafen Posadowsky gebracht. Glücklicherweise hat er sich's noch rechtzeitig überlegt. Er veröffentlicht in der „Post“ die folgende Erklärung:

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird ein von mir verfaßter, an den Vorständen des Bundes der Landwirte im Oesterreichischen Reich veröffentlicht, mit dem Schlußsatz, daß ich nach den Erklärungen des Grafen v. Posadowsky über Handwerk und Socialdemokratie ernsthafte Zweifel gehabt hätte, ob nicht die Beschleunigung der unsrem Staatsleben bevorstehenden Katastrophe durch die Ablehnung des Poltarifs vorzuziehen gewesen wäre. Es würde loyal gewesen sein, auch den letzten Satz meines Schreibens hinzuzufügen, in dem ich ausführte, daß man eben die Verantwortung für eine solche pessimistische Politik als gewissenhafter Abgeordneter nicht übernehmen könne.

Herr v. Kardorff wird sich davon überzeugen müssen, daß durch den Brotwucherertrag, der seinen Namen trägt, die „unsrem Staatsleben bevorstehende Katastrophe“ erst recht beschleunigt worden ist.

Vom Treiben der Posener Waffa und ihres Häuptlings des Majors Endell, weiß das „Berliner Tageblatt“ neue interessante Einzelheiten zu melden. So führt Herr Endell das „Landwirtschaftliche Centralblatt“ in den Besitz seines Freundes Oberle über, machte es für die Mitglieder jener Vereine, die der Landwirtschaftskammer unterstanden, obligatorisch und forderte in seiner Eigenschaft als Kammervorsitzender die ihm unterstellten Beamten auf, für das Blatt des Herrn Oberle Artikel zu schreiben — selbstverständlich ohne Honorar. Ebenso blieb die ganze Redaktion des Blattes in den Händen der Kammerbeamten. Auf eben denselben Oberle, den Generalsekretär der Kammer, fiel später der Verdacht, er hätte die mihliche Vorführung „Angelegenheit in die Presse gebracht. So geriet er in ein Disziplinarverfahren wegen — Verletzung des Amtsgeheimnisses. Geradezu ungeheuerlich ist auch die folgende Mitteilung des genannten Blattes:

Infolge der Unkorrektheiten, welche sich der Kassenrentant Günwald in Sachen „Vorschau Endell“ hatte zu Schulden kommen lassen, wurde ihm von der Aufsichtsbekörde der Landwirtschaftskammer ein Monitum erteilt. Nach Erteilung des Monitums wurde dem Kassenrentanten Günwald vom Kammervorsitzenden Major Endell wegen seiner Kassenhandhabung eine Extragrattifikation von 600 M. aus der Kasse der Landwirtschaftskammer ausgezahlt.

Herr v. Endell ist noch immer der starke Mann von Posen, und hinter seinem breiten Rücken verbirgt sich sicherlich noch mancher artiges Geheimnis. Es geht munter zu in dem Lande, in dem Agrarier und Galatisten den Polen die deutsche Kultur beibringen sollen.

Der sächsische Hofstaal. Die seltsame Kundgebung des Königs von Sachsen, in der er Dinge aus dem intimen Leben des sächsischen Hofes mitteilt, die alle bisherigen Mitteilungen übertrifft, hat, wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, den Großherzog von Toskana und seine ganze Familie aufs tiefste verletzt. Die toskanische Familie erblickt darin einen Beweis des Hasses des Königs gegen die frühere Schwiegermutter.

#### Wahlvorbereitungen.

Posen. Zur Vorbereitung der Wahlen hat hier eine lebhaft agitative eingeleitet. Nachdem vor ca. 5 Wochen die erste socialdemokratische Versammlung stattfand, deren Resultat die Gründung eines jetzt 85 Mitglieder zählenden Wahlvereins war, folgte am

10. d. M. die zweite öffentliche Versammlung. An Stelle jenseits, der am Erscheinen verhindert war, sprach Genosse Kagenstein vor 250 Personen über „Die Forderungen der Socialdemokratie“. Die Anwesenden beurteilten das Verhalten des Reichstags-Präsidenten Grafen Vasthien, der den Genossen Jenseit, als dieser die Verleumdungen des Abg. Pauli zurückwies, zur Ordnung rief, aber nichts that, ihn gegen diese Verleumdungen zu schützen.

Göttingen, 18. März. Eine Versammlung von Mitgliedern der freikonservativen Partei und von Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte hat einstimmig beschlossen, den Oberamtmann Crendt-Parthe als Kandidaten für die Reichstagswahl im Wahlkreis Göttingen-Unterstadt-Winden aufzustellen.

Dabesa. In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Socialdemokratischen Partei, der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte aus dem 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreis hielt O. Zimmermann-Dresden am Montag seine Programmrede. Nach dieser Rede wurde sowohl von konservativer Seite, als auch seitens der Bundesleitung der Kandidatur Zimmermann zugestimmt und sie als allein geeignet bezeichnet, den Wahlkreis der Socialdemokratie wieder zu entreißen. Es folgte sodann die endgültige Anstellung der Kandidatur Zimmermann. Der Kreis wurde von uns bekanntlich erst in einer Nachwahl nach dem Tode des Alldutschen Lehr gewonnen.

#### Husland.

##### Die Zustände in Holland.

Wie das gestern mitgeteilte Telegramm aus Haag, wonach das Aufgebot von 1902 bis auf unbestimmte Zeit im Dienst bleiben soll, erkennen läßt, denkt die Regierung noch immer nicht daran, ihre militärischen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse aufzugeben. Am 23. März sind die sechs Wochen verstrichen, während welcher die Regierung die am 10. Februar unter die Waffen gerufenen Milizen der Jahrgänge 1900 und 1901 im Dienst behalten kann, ohne die Einwilligung der gesetzgebenden Körperschaften nachzusuchen. Will sie diese Maßregel noch weiter aufrecht erhalten, dann muß sie also schleunigst einen dahingehenden Gesetzesentwurf einbringen. Nach der Anlegung, die ein kirchliches Blatt dem betreffenden Artikel des Militärgesetzes giebt, kann die Regierung jedoch auch zum Erlaß der jetzt im Dienst stehenden Mannschaften die Aufgebote von 1898 und 1899 unter die Waffen rufen, wodurch die Einbringung eines besonderen Gesetzesentwurfes überflüssig würde. Danach ist also den Herren noch weiter die Möglichkeit gegeben, die gegenwärtigen Verhältnisse, ohne das Parlament zu betragen, noch für längere Zeit bestehen zu lassen. — Für die im Dienst stehenden Mannschaften ist jetzt eine kleine Erleichterung eingetreten, indem der Kriegsminister die Corpskommandanten sowie die Garnisonskommandanten ermächtigt hat, namentlich den verheirateten Leuten und denen der älteren Jahrgänge kurzen Urlaub zuzugestehen, jedoch unter der Bedingung, daß sie, wenn sie aufgefördert werden, unmittelbar wieder zurückkehren, auch wenn ihr Urlaub noch nicht abgelaufen ist.

#### Schweiz.

Stadt und Land. Bern, 19. März. Die Bundesversammlung hat in beiden Räten mit großer Mehrheit beschlossen, bei dem Schweizer Volke Ablehnung der Volksinitiative zu beantragen, gemäß welcher die künftige Vertretung im Nationalrat nicht mehr auf Grundlage der Gesamtbevölkerung, sondern nur auf derjenigen der Bevölkerung von Schweizer Bürgern erfolgen sollte. Die Annahme dieser Initiative hätte eine Verminderung der Mitglieder des Nationalrats um 20 auf Kosten der Verlehrscentren zur Folge. Der Bundesrat wird nunmehr den Tag für die Volksabstimmung über diese Initiative festsetzen.

#### Frankreich.

##### Der Kampf um die Schule.

Paris, 18. März. Ein vom Ministerpräsidenten Combes unter Stellung der Vertrauensfrage verteidigter Kommissionsantrag, daß die Kammer in die Einzelberatung der Kongregationsgesetze nicht eintreten möge, wurde mit 300 gegen 257 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsresultat wurde von den Regierungsdemokraten mit stürmischem Jubel und Hochrufen auf die Republik aufgenommen. Im Laufe der Erörterung, welche einen sehr stürmischen Verlauf nahm, bekämpfte Ministerpräsident Combes scharf die Kongregationen als die Feinde der Republik und als die Zerstörer des modernen Geistes. Ribot griff den Ministerpräsidenten sehr heftig an und führte aus, in Wirklichkeit habe nicht der Ministerpräsident sondern die socialistische Partei die Kongregationsfrage gestellt. Als Ministerpräsident Combes nach Schluß der Erörterung die Tribüne bestieg und erklärte, daß die Gesetze, welche jene Kongregationen, die Schulen im Auslande haben oder Pflanz-Anstalten leiten, späterhin etwa einbringen sollten, gewissenhaft geprüft werden sollten, unterbrach die Rechte den Ministerpräsidenten mit minutenlangen Lärm. Ein Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Niederlassungen von Kongregationen, denen die Genehmigung verweigert wird, innerhalb sechs Monaten zu schließen, wurde an die Kommission verwiesen.

Die Kammer beschloß mit 308 gegen 228 Stimmen, daß die Rede Combes in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich angeschlagen werden soll. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, die Kammer werde die Genehmigungsgesetze der übrigen Kongregationen und der Karthäuser, die am nächsten Montag an die Reihe kommen, mit noch größerer Mehrheit ablehnen und auch die Gesetze der weiblichen Kongregationen würden dieses Schicksal teilen.

#### Italien.

Wehrsteuer. Der Kriegsminister hat der Kammer einen Gesetzesentwurf unterbreitet, wonach in Italien das Prinzip der Wehrsteuer eingeführt werden soll. Danach hat jeder junge Mann, der von dem aktiven Dienst in der Armee befreit ist, eine Steuer zu entrichten; ausgenommen sind nur diejenigen Familien, welche ein Einkommen von unter 800 Fr. haben. Die Steuer variiert je nach den Vermögensverhältnissen der betreffenden Familien. Die niedrigste Steuer beträgt 10 Fr., die höchste 1500 Fr. Die städtischen Behörden haben die betreffenden Familien nach ihrem Vermögen zu klassifizieren. Ein Teil der Steuer soll zur Unterstützung der Familien verwandt werden, deren Ernährer zeitweise zu militärischen Übungen eingezogen sind.

#### Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom Donnerstag, den 19. März, 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Pöbelsch, Müller. Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag der Abgg. Fehr v. Erffa (L) und Genossen betreffend 1. die Ermächtigung des Abg. Dr. Porisch (C.) zur Ausübung der Funktionen des ersten Vicepräsidenten, 2. eine entsprechende Veränderung der Geschäftsordnung.

Alterpräsident Abg. v. Boh (H.) begründet den Vorschlag des Senatorenpräsidenten mit dem Gesundheitszustand des Herrn v. Heereman.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen. Abg. Dr. Porisch (C.) erklärt sich mit Rücksicht auf die Gesundheitslage bereit, die Funktionen des ersten Vicepräsidenten zu übernehmen.

Darauf werden die Staatsverträge zwischen Preußen und Oldenburg über Regelung von Wasserverhältnissen und Festlegung von Hoheitsgrenzen nach kurzer Debatte in einmaliger Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines seiner Zeit an die Kommission zurückverwiesenen Titels des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung betreffend die Forderung von 50 000 M. als erste Rate zur Errichtung eines Dienstwohngebäudes für den Minister.

Die Kommission hat beschlossen, diese Forderung zu bewilligen mit der Maßgabe, daß die Zufahrt vom Leipziger Platz aus stattfinden und daß das Grundstück vom Abgeordnetenhaus durch eine Mauer getrennt werde.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission. Auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (nat.) wird die Weiterberatung des Kultus-Etats vorläufig zurückgelegt und zunächst mit der zweiten Beratung des

#### Etats des Finanzministeriums

begonnen. Die Beratung beginnt mit den Ausgaben „Ministergehalt“.

Abg. Fehr v. Erffa (H.) weist auf die schlechte Finanzlage hin. Die Ausgaben sind größer geworden, die Einnahmen haben sich vermindert. Wohin soll das führen? Redner erörtert ferner die Stellung des Finanzministers im Staatsministerium. Es ist unbedingt notwendig, ihm größeren Einfluß innerhalb der Staatsverwaltung zu verschaffen. Leider unterstützt das Fleum den Finanzminister nicht immer in seinem Bestreben, sparsam zu wirtschaften; es bewilligt Ausgaben über Ausgaben, ohne daran zu denken, daß dadurch die Gesamtheit der Steuerzahler belastet wird. (Bravo.)

Damit schließt die Besprechung. Der Titel wird bewilligt. Es folgt die Beratung der sogenannten „Ostmarken-Zulagen“.

In Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen werden 150 000 M. gefordert.

Zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten sowie zu widerruflichen Pensionszulagen für die in diesen Landesteilen angestellt gewesen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien werden 1 350 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt, diese Positionen unverändert zu bewilligen.

Ferner werden zu einem Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschthums in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Pommern und in den nördlichen Kreisen der Provinz Schleswig-Holstein 1 Million Mark gefordert.

Auch hier beantragt die Kommission Bewilligung.

Hierzu beantragen die Abgg. Keruth (fr. Sp.) und Genossen: Die Staatsregierung aufzufordern: 1. noch in dieser Session durch besondere Vorlage die notwendigen Mittel nachzusuchen, um den Lehrern in allen gemischtsprachigen Landesteilen unwiderrufliche Gehaltszulagen gewähren zu können, 2. den Kommunen in diesen Landesteilen Entlastungen zu gewähren, damit sie in die Lage versetzt sind, auch ihren Beamten die entsprechenden Zulagen zu bewilligen.

Die Abgg. Dr. Barth (fr. Sp.) und Genossen beantragen, 1. in der Etatsposition das Wort „widerruflich“ zu streichen, 2. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, bei der Bewilligung der Zulagen folgende Grundätze anzuwenden:

1. Etaismäßig angestellte mittlere, Kanzlei- und Unterbeamte der Provinzen Posen und Westpreußen erhalten für die Dauer ihrer amtlichen Thätigkeit in diesen Landesteilen eine nicht pensionsfähige Zulage von 10 Proz. ihres jeweiligen Gehalts. Für die Kreis- und Grenz-Tierärzte beträgt die Zulage jährlich 300 M.

2. Die zu 1. bezeichneten Beamten, welche neu angestellt werden, erhalten die Zulage nach einer Wartezeit von 3 Jahren.

3. Die Zulage ruht, wenn der Beamte sich in Gemüthe einer Dienstwohnung befindet. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn dem Beamten ein Anspruch auf freie Dienstwohnung zusteht oder wenn die Gewährung von Dienstwohnungen am familiäre Beamte der betreffenden Beamtenkategorie herkömmlich ist.

4. Diejenigen Beamten, welche zur Zeit ihrer Veretzung in den Ruhestand sich im Gemüthe der Zulage befinden haben, erhalten, so lange sie ihren Wohnsitz in den Provinzen Posen oder Westpreußen nehmen, eine Zulage zur Pension, die so berechnet wird, als ob die Gehaltszulage einen Teil des pensionsfähigen Dienstverdienstes gebildet hätte.

Hiermit verbunden wird die Verhandlung über die im Kultus-Etat geforderten 1 000 000 Mark zu widerruflichen persönlichen Zulagen an im Dienste befindliche und pensionierte Volksschullehrer und Lehrerinnen in den Provinzen Posen und Westpreußen behufs besonderer Förderung des deutschen Volksschulwesens.

Ferner werden für Vorarbeitenskosten zur Herstellung eines königlichen Residenzschlosses in der Stadt Posen 50 000 Mark gefordert.

Auch diese Position wird mit zur Beratung gestellt.

Abg. Winkler (L.): Keine politischen Freunde werden diese Positionen unverändert bewilligen und wollen damit befehlen, daß sie in Bezug auf die Ostmarkenpolitik hinter der Regierung stehen. Wir verhalten uns ablehnend gegen alle Änderungsanträge, weil wir die Angelegenheit nicht verschleppen wollen. Im Kampfe für das Deutschthum und die Staatshoheit werden wir die Regierung immer unterstützen. (Beifall rechts.) Die Kosten für die Vorarbeiten zum königlichen Schloß werden wir ebenfalls bewilligen. Möge das Schloß ein Wahrzeichen im Osten sein für die Zusammengehörigkeit jener Landesteile mit der preussischen Monarchie. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Keruth (fr. Sp.) begründet seinen Antrag. Durch die Polenpolitik der Regierung werden gerade die Städte besonders geschädigt; auch für Danzig ist dies der Fall. Das Polentum ist in letzter Zeit durch die Politik der Regierung nicht schwächer, sondern stärker geworden. (Sehr richtig! links.) Die Stadt Danzig, die bisher deutsch war, wird den Polen in die Hände fallen. Früher wurde es als eine Belohnung der Beamten angesehen, wenn sie nach Danzig versetzt wurden. Heute wird, da für Danzig keine Gehaltszulagen gewährt werden, kein Beamter nach Danzig versetzt werden wollen. Anders ist es bei den Polen. Die Polen sind von ihren idealen Bestrebungen geleitet; ihnen kommt es auf ein paar Hundert Mark Zulage nicht an. So kann es kommen, daß die Polen nach Danzig übersiedeln (Sehr richtig! links), und daß Danzig eine polnische Stadt wird. Wir wünschen deshalb, daß die Zulagen nicht nur gegeben werden in Posen, sondern in allen gemischtsprachigen Landesteilen. Als Kampfmittel gegen das Polentum verwerfen wir die Vorlage überhaupt. Wenn der Staat Zulagen gewährt, müssen es die Kommunen auch thun. Das wird vielen Kommunalverwaltungen sehr schwer fallen. In Danzig hat es im letzten Jahre bereits viele Mühe gekostet, den Etat zu balancieren. (Bravo! links.)

Finanzminister Fehr v. Rheinbaben spricht dem Abg. Winkler seinen Dank für seine sympathische Stellungnahme zur Regierungsvorlage aus. Der Vorschlag der Regierung ist nach langen Beratungen gefaßt worden. Besonders gefreut habe er sich, daß der Abg. Winkler seine Zustimmung zu den Vorarbeitenkosten für das Residenzschloß ausgesprochen hat. Die Anwesenheit des Trägers der Krone ist wie keine andere Maßregel geeignet zur endlichen Herbeiführung friedlicher Zustände in den Ostmarken. Die Kaiseritage des vergangenen Jahres sind noch in aller Gedächtnis, alle Deutschen strömten in der Stadt Posen zusammen, alle beherrschte das Gefühl der Zusammengehörigkeit. (Bravo! rechts.)

Was die Ausführungen des Abg. Keruth anlangt, so kann ich mich nicht für eine Ausdehnung der Zulagen auf weitere Gebiete erklären. Die Verhältnisse in Schlesien zc. sind ganz andere wie in Posen. Herr Keruth meinte weiter, auch die Kommunalbeamten würden Zulagen verlangen. Die Regierung wird dieses Verlangen aber nicht erfüllen können, denn zu welchen Konsequenzen würden wir sonst gelangen? Die Widerruflichkeit kann die Regierung nicht aufgeben. Die Regierung kann die Zulagen nur solchen Beamten gewähren, die ihren nationalen Pflichten in jeder Beziehung nachkommen. Verlegt ein Beamter diese Pflichten, so muß ihm die Zulage entzogen werden, sonst wäre die ganze Vorlage zwecklos. (Bravo! rechts.)

Abg. Holzrecht (nat.): Meine politischen Freunde sind mit der Politik der Regierung einverstanden. Trotz der Erklärung des Finanzministers trage ich schwere Bedenken gegen die Einführung der Widerruflichkeit. Die Zulage darf nicht nach dem Ersehen eines höheren Beamten entzogen werden können. Es handelt sich bei diesen Zulagen um eine Disziplinarmaßregel. Zeigt sich ein Beamter des in ihn gesetzten Vertrauens nicht würdig, so muß ihm nicht die Zulage entzogen werden, sondern er muß weggejagt werden.

Abg. Holzrecht (nat.): Meine politischen Freunde sind mit der Politik der Regierung einverstanden. Trotz der Erklärung des Finanzministers trage ich schwere Bedenken gegen die Einführung der Widerruflichkeit. Die Zulage darf nicht nach dem Ersehen eines höheren Beamten entzogen werden können. Es handelt sich bei diesen Zulagen um eine Disziplinarmaßregel. Zeigt sich ein Beamter des in ihn gesetzten Vertrauens nicht würdig, so muß ihm nicht die Zulage entzogen werden, sondern er muß weggejagt werden.

(Sehr richtig! links.) Ich glaube nicht, daß es richtig ist, sich von der Besorgnis leiten zu lassen, daß die Möglichkeit der Entziehung der Zulage eine günstige Einwirkung auf die Beamten haben kann. Gerade die zweifelhaften Elemente sind geschäftig genug, sich vor ihren Vorgesetzten immer als warnende Anhänger der Politik der Regierung aufzuspielen. (Sehr richtig!) Das Bestreben, bei jeder Gelegenheit zu zeigen, mit welchem Erfolge man die Regierungspolitik unterstützt, hat dann gewöhnlich zur Folge, daß man auch bereit ist, andre zu denunzieren. (Lebhafter sehr richtig!) Was schadet es denn, wenn ein Unwürdiger die Unterfertigung einmal länger erhält? Wir brauchen zur Stärkung des Bewußtseins einen tüchtigen Beamtenstand, der Achtung und Respekt auch bei den polnischen Mitbürgern besitzt. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Dietrich (C.): Wir erkennen die Schwierigkeit des Dienstes für die Beamten in den gemischtsprachlichen Provinzen an und halten an sich die Zulagen für gerechtfertigt. Entschieden müssen wir uns aber gegen die Widerständigkeit der Zulagen erklären. Wir machen uns dabei die vom Abg. Hübner entwickelten Gründe vollständig zu eigen.

Abg. v. Tiedemann (H.) begrüßt die Vorlage als eine Etappe auf dem Wege einer konsequenten, zielbewußten Finanzpolitik. Das Residenzschloß in Posen wird ein Wahrzeichen für die Zusammengehörigkeit und die Würde des Reichthums sein. Die Stadt Posen wird freilich immer eine polnische Stadt bleiben, während die Hochburg des Reichthums in der Provinz Posen, die Stadt Bromberg ist. Wenn es sich also um Zuschüsse für wirtschaftliche Hebung handelt, mußte Bromberg besonders bevorzugt werden. Was die Beamtenzulagen anlangt, so ist der Antrag bereits viel zu weitgehend und deshalb für uns unannehmbar. In der Frage der Widerständigkeit siehe ich auf einem diametral entgegengesetzten Standpunkt wie Herr Hübner. Im Namen meiner politischen Freunde habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir für die ganzen Positionen nur stimmen können, wenn die Widerständigkeit der Zulagen bestehen bleibt.

Abg. v. Glebocki (Pole): Zum erstenmal ist von einem Mitgliede der freisinnigen Volkspartei eine völlig antipolnische Rede gehalten worden. Ich kann mir dies nur dadurch erklären, daß er die Zulagen durchaus für den Regierungsbezirk Danzig haben will. Herr v. Tiedemann will Vorteile für Bromberg haben. So will jeder den Polensfonds für sich anwachen. Koch nie ist der Finanzetat so polnisch gewesen wie diesmal. Geht es so weiter, so wird der ganze Etat noch völlig polonisiert werden. (Große Heiterkeit.) Wir sind nicht gegen alle vorgeschlagenen Positionen. Gegen die Belegung der Städte Schrimm und Weichsel stimmen wir nur aus etatrechtlichen Gründen, weil die Militärverwaltung und ihre Maßnahmen vor das Reich gehören. An sich wünschen wir den beiden Städten Garnisonen und alles Gute. Auch gegen die Erbauung des Schloßes stimmen wir nur deshalb, weil es nach unserer Meinung aus dem Kronfondsmittel-Fonds gebaut werden mußte. An sich haben wir auch gegen den Schloßbau nichts einzuwenden, der übrigens zuerst von der Socialdemokratie angeregt worden ist. (Heiterkeit.) Die Hofhaltung bringt wirtschaftliche Vorteile mit sich. Politisch wird das Schloß nicht wirken. Wie viele Burgen und Schlösser sind schon gebaut worden und längst wieder verfallen. Politisch wird das Schloß in Posen nichts nützen, wenn in dieses Schloß nicht gleichzeitig die Gerechtigkeit einzieht. Das polnische Volk ist monarchisch gesinnt, weil es in dem Monarchen die Gerechtigkeit verkörpert sieht. Wenn dieses Vertrauen aber erschüttert wird, dann muß auch die monarchische Gesinnung leiden. Das ist die Rehrseite der Medaille. Bald nach der letzten Anwesenheit des Kaisers in Posen sind viele polnische Kaufleute mit dem mittelständischen Wohlstand belegen worden, weil sie nicht den nötigen Enthusiasmus gezeigt haben sollen. Das steht im Widerspruch mit der Behauptung des Ministers und des Abg. v. Staudy in der ersten Lesung, daß der Kaiser überall auch von den Polen enthusiastisch aufgenommen worden ist. Geseht den Fall, es sei richtig, weshalb legt man denn so viele Millionen gegen diese bei Kaiserbesuchen enthusiastischen Polen aus? Der Dispositionsfonds des Oberpräsidenten ist der reine Reptilienfonds geworden. Gegen die Zulagen sind wir prinzipiell, aber wir werden für die Anträge Kernitz und Barth stimmen, weil sie geeignet sind, das Aufstandelommen der Vorlage zu gefährden. Die Zulagen würden nur den Deutschen zu gute kommen. Die in Aussicht gestellten Zulagen wirken jetzt schon demoralisierend und korrumpierend. Redner führt eine Anzahl Fälle krasser Chikanen von deutschen Beamten gegen die Polen an. Das Demunziantentum werde nach Einführung der Zulagen zu erneuter Blüte gelangen. Durch die Finanzzulage würde nicht die Tüchtigkeit des Beamtenstandes, sondern die Korruption des Beamtenstandes erreicht.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Der Vorredner hat gesagt, die Politik, die wir jetzt treiben, werde wirkungslos bleiben. Warum regt er sich denn so auf? Gerade weil Sie sich so aufregen, sind wir überzeugt, daß wir mit unserer Politik auf dem richtigen Wege sind. Herr v. Glebocki sprach so, als wenn die Polen es zu bedauern hätten, zu Preußen gekommen zu sein. Es ist unerhört, so etwas auszusprechen. Alle Kultur, deren sich jetzt die Polen erfreuen, haben sie Preußen zu verdanken. Herr Glebocki ist auf den letzten Kaiserbesuch eingegangen. Ich selbst habe den Enthusiasmus der gesamten Bevölkerung beobachtet können beim Besuche unseres kaiserlichen Herrn. Das war echt, das waren keine Potemkinschen Dörfer. Wenn der Kaiserbesuch keine dauernde Nachwirkung gehabt hat, so liegt das an der polnischen Presse. Wer illustriert hat, ist denunziert und dann von polnischer Seite boykottiert worden. Den Bescheidungen des Herrn v. Glebocki werde ich nachgeben, aber schon heute glaube ich sagen zu dürfen, der Vorredner ist vielfach falsch unterrichtet worden. Gegen die polnische Sprache führen wir keinen Kampf, sondern gegen die nationalpolnische Gesinnung. Die Andeutung des Vorredners, daß der Bau des Residenzschloßes infolge einer socialdemokratischen Anregung erfolge, ist eine Unthat. Der Vorredner hätte gut gethan, so etwas gar nicht auszusprechen. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Die Sitzung wird auf 1/8 Uhr abends vertagt. Zur Beratung steht die Weiterberatung des Kapitels „Reduzirung des Kultusetats.“

Abg. v. Glebocki (Pole): Zum erstenmal ist von einem Mitgliede der freisinnigen Volkspartei eine völlig antipolnische Rede gehalten worden. Ich kann mir dies nur dadurch erklären, daß er die Zulagen durchaus für den Regierungsbezirk Danzig haben will. Herr v. Tiedemann will Vorteile für Bromberg haben. So will jeder den Polensfonds für sich anwachen. Koch nie ist der Finanzetat so polnisch gewesen wie diesmal. Geht es so weiter, so wird der ganze Etat noch völlig polonisiert werden. (Große Heiterkeit.) Wir sind nicht gegen alle vorgeschlagenen Positionen. Gegen die Belegung der Städte Schrimm und Weichsel stimmen wir nur aus etatrechtlichen Gründen, weil die Militärverwaltung und ihre Maßnahmen vor das Reich gehören. An sich wünschen wir den beiden Städten Garnisonen und alles Gute. Auch gegen die Erbauung des Schloßes stimmen wir nur deshalb, weil es nach unserer Meinung aus dem Kronfondsmittel-Fonds gebaut werden mußte. An sich haben wir auch gegen den Schloßbau nichts einzuwenden, der übrigens zuerst von der Socialdemokratie angeregt worden ist. (Heiterkeit.) Die Hofhaltung bringt wirtschaftliche Vorteile mit sich. Politisch wird das Schloß nicht wirken. Wie viele Burgen und Schlösser sind schon gebaut worden und längst wieder verfallen. Politisch wird das Schloß in Posen nichts nützen, wenn in dieses Schloß nicht gleichzeitig die Gerechtigkeit einzieht. Das polnische Volk ist monarchisch gesinnt, weil es in dem Monarchen die Gerechtigkeit verkörpert sieht. Wenn dieses Vertrauen aber erschüttert wird, dann muß auch die monarchische Gesinnung leiden. Das ist die Rehrseite der Medaille. Bald nach der letzten Anwesenheit des Kaisers in Posen sind viele polnische Kaufleute mit dem mittelständischen Wohlstand belegen worden, weil sie nicht den nötigen Enthusiasmus gezeigt haben sollen. Das steht im Widerspruch mit der Behauptung des Ministers und des Abg. v. Staudy in der ersten Lesung, daß der Kaiser überall auch von den Polen enthusiastisch aufgenommen worden ist. Geseht den Fall, es sei richtig, weshalb legt man denn so viele Millionen gegen diese bei Kaiserbesuchen enthusiastischen Polen aus? Der Dispositionsfonds des Oberpräsidenten ist der reine Reptilienfonds geworden. Gegen die Zulagen sind wir prinzipiell, aber wir werden für die Anträge Kernitz und Barth stimmen, weil sie geeignet sind, das Aufstandelommen der Vorlage zu gefährden. Die Zulagen würden nur den Deutschen zu gute kommen. Die in Aussicht gestellten Zulagen wirken jetzt schon demoralisierend und korrumpierend. Redner führt eine Anzahl Fälle krasser Chikanen von deutschen Beamten gegen die Polen an. Das Demunziantentum werde nach Einführung der Zulagen zu erneuter Blüte gelangen. Durch die Finanzzulage würde nicht die Tüchtigkeit des Beamtenstandes, sondern die Korruption des Beamtenstandes erreicht.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Die Sitzung wird auf 1/8 Uhr abends vertagt. Zur Beratung steht die Weiterberatung des Kapitels „Reduzirung des Kultusetats.“

Abg. v. Glebocki (Pole): Zum erstenmal ist von einem Mitgliede der freisinnigen Volkspartei eine völlig antipolnische Rede gehalten worden. Ich kann mir dies nur dadurch erklären, daß er die Zulagen durchaus für den Regierungsbezirk Danzig haben will. Herr v. Tiedemann will Vorteile für Bromberg haben. So will jeder den Polensfonds für sich anwachen. Koch nie ist der Finanzetat so polnisch gewesen wie diesmal. Geht es so weiter, so wird der ganze Etat noch völlig polonisiert werden. (Große Heiterkeit.) Wir sind nicht gegen alle vorgeschlagenen Positionen. Gegen die Belegung der Städte Schrimm und Weichsel stimmen wir nur aus etatrechtlichen Gründen, weil die Militärverwaltung und ihre Maßnahmen vor das Reich gehören. An sich wünschen wir den beiden Städten Garnisonen und alles Gute. Auch gegen die Erbauung des Schloßes stimmen wir nur deshalb, weil es nach unserer Meinung aus dem Kronfondsmittel-Fonds gebaut werden mußte. An sich haben wir auch gegen den Schloßbau nichts einzuwenden, der übrigens zuerst von der Socialdemokratie angeregt worden ist. (Heiterkeit.) Die Hofhaltung bringt wirtschaftliche Vorteile mit sich. Politisch wird das Schloß nicht wirken. Wie viele Burgen und Schlösser sind schon gebaut worden und längst wieder verfallen. Politisch wird das Schloß in Posen nichts nützen, wenn in dieses Schloß nicht gleichzeitig die Gerechtigkeit einzieht. Das polnische Volk ist monarchisch gesinnt, weil es in dem Monarchen die Gerechtigkeit verkörpert sieht. Wenn dieses Vertrauen aber erschüttert wird, dann muß auch die monarchische Gesinnung leiden. Das ist die Rehrseite der Medaille. Bald nach der letzten Anwesenheit des Kaisers in Posen sind viele polnische Kaufleute mit dem mittelständischen Wohlstand belegen worden, weil sie nicht den nötigen Enthusiasmus gezeigt haben sollen. Das steht im Widerspruch mit der Behauptung des Ministers und des Abg. v. Staudy in der ersten Lesung, daß der Kaiser überall auch von den Polen enthusiastisch aufgenommen worden ist. Geseht den Fall, es sei richtig, weshalb legt man denn so viele Millionen gegen diese bei Kaiserbesuchen enthusiastischen Polen aus? Der Dispositionsfonds des Oberpräsidenten ist der reine Reptilienfonds geworden. Gegen die Zulagen sind wir prinzipiell, aber wir werden für die Anträge Kernitz und Barth stimmen, weil sie geeignet sind, das Aufstandelommen der Vorlage zu gefährden. Die Zulagen würden nur den Deutschen zu gute kommen. Die in Aussicht gestellten Zulagen wirken jetzt schon demoralisierend und korrumpierend. Redner führt eine Anzahl Fälle krasser Chikanen von deutschen Beamten gegen die Polen an. Das Demunziantentum werde nach Einführung der Zulagen zu erneuter Blüte gelangen. Durch die Finanzzulage würde nicht die Tüchtigkeit des Beamtenstandes, sondern die Korruption des Beamtenstandes erreicht.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Die Sitzung wird auf 1/8 Uhr abends vertagt. Zur Beratung steht die Weiterberatung des Kapitels „Reduzirung des Kultusetats.“

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Die Sitzung wird auf 1/8 Uhr abends vertagt. Zur Beratung steht die Weiterberatung des Kapitels „Reduzirung des Kultusetats.“

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Die Sitzung wird auf 1/8 Uhr abends vertagt. Zur Beratung steht die Weiterberatung des Kapitels „Reduzirung des Kultusetats.“

die Abgabe sich nach dem Wasserbedarf richten sollte, und dieses Orisariat hat die Genehmigung der Behörden gefunden. Ich möchte noch besonders betonen, daß die Stadt Berlin die Kanalisation nicht als Erwerbquelle betrachtet. Im Gegenteil, sie legt viel Geld dabei zu. Man sollte doch nicht angriffsweise gegen die Stadt Berlin vorgehen; das würde in den Kreisen der Bevölkerung nur Erbitterung hervorrufen.

Ich komme nun zu der Frage, ob es überhaupt angezeigt ist, Berlin und andre große Städte zu besonderen Abgaben heranzuziehen. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, zu behaupten, Berlin habe von ihrer Eigenschaft als Residenzstadt keine Vorteile. Ich bitte aber andererseits zu bedenken, daß in einer Millionenstadt sich nicht in dem Maße wie in kleinen Orten das ganze Leben um den Hof dreht. Ich will vor allem zunächst feststellen, daß die staatlichen Gebäude nicht der Stadt Berlin wegen in ihren Mauern errichtet werden. Wir haben niemals verlangt, daß die Gebäude bei uns errichtet werden, sondern die Entwicklung hat es so mit sich gebracht. Man sagt nun, Berlin habe überhaupt eine ungeheure Menge von Vorteilen, es werde verwöhnt und verhätschelt. Aber durch das Lehrerbefoldungs-Gesetz ist Berlin um eine halbe Million geschädigt worden. Die Stadt Berlin erhält 20 höhere Lehranstalten, daneben 13 Realschulen. Das ist eine Ausgabe, die dem Staat ein Erhebliches an Leistungen abnimmt. Die Schüler kosten uns pro Kopf 100 R. auf den Volksschulen, 150 R. auf den Realschulen. 50 000 Beamte leben in Berlin, die gar keine Steuer bezahlen. Für die Polizei werden 2,50 M. auf den Kopf der Bevölkerung ausgegeben; das macht 47 Millionen. Natürlich haben wir nur zu zahlen, aber nichts mitzureden. (Sehr richtig! links.) Sehr wichtig für den Staat ist weiter die Feuerwehre, die uns über eine Million kostet. Ferner ist zu berücksichtigen, daß wir als Residenz nicht frei sind in Bezug auf die Gestaltung unserer Straßen und Plätze. Wir können keine Alleen festlegen, keinen Bebauungsplan ansführen ohne die Genehmigung des Königs. Wir müssen bitten und betteln, wenn wir irgend welche Denkmäler auf unsere Straßen aufstellen wollen. Es hat lange gedauert, bis für das Denkmal Woldecs und Schulte-Dehtisch, beide Mitglieder dieses Hauses, ein Platz gefunden werden konnte. Berlin hat ein Schicksal der gesamten preussischen Einkommensteuer aufzubringen. Ich erinnere auch ferner daran, daß der Großen Berliner Straßenbahn 30 Jahre länger Konzeption erteilt ist, als die Stadt es überhaupt wollte. Wir haben für die Staatsgebäude auch eine Menge Lasten; wir müssen Straßen bauen, beleuchten usw. Nicht Wilmard hat schon daran gedacht, die Residenz besonders zu befeuern. Dieser Gedanke ist aber niemals zur Ausführung gelangt. Jetzt besteht auch die Absicht, die Schönholzer Heide abzuholzen gegen den Willen der Mehrzahl der Bewohner. (Anderer Varm rechts. Aufse: Charité!) Ich erinnere auch an den Tiergarten —

Vizepräsident Dr. Borck: Ich bitte den Redner, hierauf nicht einzugehen. (Murren links.)

Abg. Rosenow: In andern Ländern ist man auf die Entwicklung der Hauptstadt stolz. Die Hauptstadt Preußens aber soll schwer belastet werden. Geht es so weiter, so wird Berlin als Residenz nicht mehr zu halten sein; es ist aber auch groß geworden durch den Reich seiner Bewohner. (Aufse: Charité!) Charité und Staatsgebäude! (Sehr richtig! links.) Die „Kreuz-Zeitung“ spricht von einem übertriebenen Selbstgefühl der Berliner, das zurückgewiesen werden müsse. (Sehr richtig! rechts. — Große Murren links.) Davon ist keine Rede. (Aufse: Charité!) Hier ist ein königliches Wort gegeben, das gerade Sie (nach rechts) doch nicht etwa brechen werden.

Zur Unterhaltung des Tiergartens, der ursprünglich von Berlin dem König geschenkt worden ist, trägt die Stadt noch jetzt 30 000 R. bei. (Hört! Hört! links.) Ich habe also festgestellt, daß Berlin als Residenz eine große Menge von Lasten zu tragen hat, über die es niemals gemurrt hat, und daß in Bezug auf die Charité ohne Gewaltthat gegenüber Berlin nichts zu machen ist. (Lebhafter Beifall links. Murren rechts.)

Ministerialdirektor Althoff: Von der Rede des Herrn Vorredners habe ich im allgemeinen den Eindruck bekommen: qui s'excuse, s'accuse. Was die Charité anlangt, so deutet die Staatsregierung nicht daran, das Brivilegium auf 100 000 freie Verpflegungstage zu beschränken. Dies liegt uns durchaus fern, wenn auch das Geschenk an die Stadt, die nicht einen Heller für die Charité gegeben hat (Hört! Hört!) drückend genug empfunden wird. Das punctum saliens ist aber, daß der Stadt Berlin, abgesehen von diesem Geschenk, durch die Charité ein Krankenhaus von mindestens 750 Betten erpart wird. Andre Universitätsstädte haben sich nicht gemeigert, sondern sich freiwillig dazu verstanden, der Univerität ihre Kliniken zu stellen. Uebrigens ist der ganze Gedanke, Berlin zu einem Beitrag für die Charité heranzuziehen, durchaus nichts Neues. Schon in der Begründung des Gesetzentwurfs über die neue Charité-Ordnung von 1897 wurde diese Forderung als durchaus gerechtfertigt nachgewiesen.

Man wollte damals so lange warten, bis der Neubau der Charité so weit geföhrt sei, daß man die Dinge vollständig übersehen könne. Die 750 Betten bedeuten für Berlin eine Ersparnis von 300 000 bis 500 000 Mark. Uebrigens hat die Unterrichtsverwaltung noch ein viel wichtigeres Interesse an der Sache, als bloß das finanzielle. Es ist nämlich zu befürchten, daß, wenn nach Vollendung des neuen Krankenhauses die allgemeine Krankenhausnot nicht mehr existiert, der Charité nicht mehr die genügende Anzahl von Kranken zugeführt werden wird, die unsere Kliniken zur Ausbildung brauchen. — Natürlich wünscht die Staatsregierung nichts weniger als einen Krieg mit Berlin und ich hoffe, daß, wenn erst in der Charité-Sache Klarheit geschaffen ist, die übrigen Dinge sich von selbst ordnen werden.

Abg. v. Savigny (C.): Kollege Rosenow wollte Mitleid mit der armen Stadt Berlin erwecken und das ist ihm nicht gelungen. Was Berlin geworden ist, verdankt es seiner Eigenschaft als Residenzstadt. Das Eingreifen der Gesetzgebung würde sich erübrigen, wenn die Stadt entgegenkommender wäre.

Abg. Graf Limburg-Stürum (L.): Ich bestreite gar nicht, daß die Stadt Berlin das Recht hat, sich zu wehren, wenn man ihr neue Lasten auferlegt. Aber unser Standpunkt ist doch ein anderer als der der Berliner Stadtverwaltung. Im speziellen Fall der Charité können wir der Regierung nur recht geben, wenn sie sagt, daß die Charité der Stadt Berlin ein großes Krankenhaus erweist, und daß Berlin hier größere Zuschüsse leisten könne. Genauere Ziffern darüber, was der Staat von der Stadt und die Stadt vom Staate hat, lassen sich nicht aufstellen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß andre Städte, zum Beispiel Leipzig, das den Bahnhofsbauten herangezogen werden, während bei Berlin das nicht geschieht ist. Berlin bezahlt auch nicht einen Pfennig für Theater. Wenn die Stadt Berlin sich nicht gütlich einigen will, wird nichts andres übrig bleiben, als die Kliniken der Gesetzgebung in Verwahrung zu legen.

Abg. Kreising (fr. Sp.): Der Regierungsvertreter hat hier gesagt, der Stadt Berlin ständen 750 Betten in der Charité zur Verfügung, die sie erspare. Das ist nicht richtig. Der Stadt Berlin stehen 100 000 Verpflegungstage laut Kabinettsorder zur Verfügung, was die Charité der Stadt mehr abnimmt, muß sie extra bezahlen. Multiplizieren Sie die vom Regierungsvertreter genannten 750 Betten mit den 365 Tagen des Jahres, so kommen 273 000 Verpflegungstage heraus, also mehr als das Doppelte, was Berlin umsonst hat. Der Regierungsvertreter verwickelte sich gleich darauf in einen Widerspruch mit der Behauptung, daß Berlin die Charité zu sehr in Anspruch nehme, denn er führte einen Fall an, in dem Berlin der Charité zu wenig Kranke geliefert habe. Diese gewisse Zahl von Kranken braucht eben die Charité, um ihre Verpflegung aufrechterhalten zu können. Es ist darauf hingewiesen worden, daß Breslau zu der Technischen Hochschule Beiträge geleistet hat. Berlin allein zahlt 17,8 Proz. der gesamten preussischen Einkommensteuer und trägt damit all die Vorteile reichlich ab, die ihr als Residenzstadt zufließen. Darin will ich den Vorredner recht geben, daß eine vernünftige Einigung in dieser Frage am Platze ist, aber eine vernünftige Einigung. Berlin darf dabei nicht zu kurz kommen. (Bravo! links.)

Abg. Schmitz-Düsselhof (C.): Eine Abneigung gegen Berlin besteht keineswegs, wohl aber eine gewisse Eifersucht auf Berlin im Hinblick auf seine ins Auge fallende Bevorzugung. Diese Bevorzugung zeigt sich ja schon in dem Geschenk der Kabinettsorder vom Jahre 1835. Was hat denn den Keim zur Entwicklung Berlins gelegt? Doch nur die Thatsache, daß Berlin Residenz ist. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Berlin könnte daher wirklich etwas mehr Entgegenkommen an den Tag legen.

Damit schließt die Besprechung, der Titel wird bewilligt. Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt, außerdem steht der Etat der Genossenschaftsverwaltung auf der Tagesordnung. Schluß 11 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Der Kampf mit dem Drachen Socialismus ist schwerer wie der mit dem nützlichen Drachen auf Rhodos. Das müssen zu Ihrem Schmerz die Gescheitellen im Plauenischen Grunde bei Dresden erfahren. Dieser aus einer Anzahl Dörfern bestehende ländliche Industriebezirk in den Vorbergen des östlichen Erzgebirges ist seit Jahren eine Hochburg unserer Partei. Die Konfessionen mußten den Kampf längst aufgeben, ihre antisemitischen Nachfolger sind gleichfalls allseitig und nun geht es auch mit den „christlichen Arbeitervereinen“ reichend bergab, die seit einigen Jahren noch dort marodierend ein ziemlich lässliches Dasein führten. So schreibt ein dortiges Amtsblatt:

Nachdem der Evangelische Arbeiterverein Döhlen und Umgegend zu bestehen aufgehört und die Gruppe Weisig sich aufgelöst hat, hatten sich am Sonntagmorgen in der herrschaftlichen Teichschänke (Großburg) 16 noch treu zur Sache stehende Mitglieder versammelt, um die Gruppe durch Selbständigmachung vor einem gleichem Schicksal zu retten. Die größte Schwierigkeit lag natürlich zunächst darin, einen geeigneten Vorherrscher zu finden.

Als solcher wurde schließlich der Gemeindevorstand des Ortes gewählt. Man kann daraus einen Schluß ziehen, welcher Art die 16 getreuen „Arbeiter“ sein mögen.

Was die Gescheitellen nicht zu retten vermochten, das suchten zuguterletzt die Gesessenen noch zu halten. Mit welchem Erfolge, verrät gleichfalls eine Notiz des Amtsblattes dieses Inhalts:

„Deuben. Hier fand am Sonntagmorgen in der hiesigen Woll eine Versammlung von Katholiken statt, bei welcher ein Oberpostassistent einen Vortrag hielt. Da die Versammlung sich mit einigen Ausführungen des Redners nicht einverstanden erklärte, entstand eine erregte Debatte, die schließlich zu Mündgebungen gegen die katholische Kirche ansetzte und einen ernsten Charakter annahm.“

Sie mögen es bleiben lassen, die socialdemokratischen Arbeiter vor dem Höllenpfeil zu bewahren; da ist doch Hopfen und Malz verloren.

Der Parteitag der belgischen Socialdemokratie findet die Osterfeiertage in Brüssel statt. Die Tagesordnung ist wie folgt:

1. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, Gewerkschaftsorganisationen, allgemeine Agitation.
2. Die Propaganda mittelst Broschüren.
3. Der Kampf gegen den Alkoholismus.
4. Die Erhöhung der Parteibeiträge; Schaffung eines ständigen Sekretariats für die Gewerkschaftsorganisation.
5. Das Bureau des Generalrats.

Am Dittmontag tagt der Kongress in geheimer Sitzung und beschäftigt sich mit a) dem Bericht der Kontrollkommission; b) dem Bericht der Gemeinderäte; c) dem Antrage, das Gewerkschaftsprinzip betreffend; d) der einheitlichen Organisation der Polks für die Aufstellung der Kandidatenlisten für die legislativen Wahlen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verletzung einer Zeitung wurde der verantwortliche Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, Genosse Dittmann, zum drittenmal verurteilt, und zwar diesmal auf vier Tage Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Indem er den dortigen „Tagesanzeiger“ angriff, soll er ein Mitglied der aus vier Personen bestehenden Betzelegierfirma beleidigt haben. Der Herr vor in den Kritiken nirgends genannt und sie enthielten auch keinerlei Andeutung, daß sie sich auf diesen Herrn oder überhaupt eine Person bezögen. Es handelte sich lediglich um eine in kräftigen Ausdrücken geführte Zeitungspolemik.

## Aus Industrie und Handel.

Deutscher Handelstag. Nachdem die Versammlung sich gestern nachmittag noch mit der Haftung des Reders aus dem Frachtvertrage beschäftigt hatte, trat sie heute in die Verhandlung über die Kaufmannsgerichte ein. Der Berichterstatter über diesen Punkt der Tagesordnung, Handelskammer-Syndikus Schloßmacher-Offenbach, der selbstverständlich die Einrichtung aller solcher Gerichte verwirft, hielt eine lange, durch Mangel an eigenen Gedanken ausgezeichneten Rede. Der Drang nach Sondergerichten sei, so meinte er, ein bedenklicher Zug, der nur die Zerrissenheit fördere, den Einheitsgedanken in der Nation schädige und den sozialen Frieden gefährde. Den Amtsgerichten würde der Wirkungskreis nur weiter eingeengt. Eine große Anzahl Handelskammern haben die Bedürfnisfrage verneint. Er sei der Meinung, daß auch die Mehrheit des Bundesrats die Bedürfnisfrage verneinen werde. Es gebe in Deutschland rund 450 000 Handlungsgehilfen. Davon seien beschäftigt im Versicherungs-wesen rund 150 000, im Bergbau und der Industrie rund 106 000, in Ladengeschäften und 100 000, in der Landwirtschaft 4000. 50 Proz. aller Handlungsgehilfen seien organisiert, und alle diese Organisationen fordern die Kaufmannsgerichte. Klein mit Ausnahme des „Centralverbandes der deutschen Handlungsgehilfen und Gehilfinnen“, der im ganzen 700 Mitglieder zähle, und des „Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes“ verlangen alle Handlungsgehilfen-Organisationen die Angliederung an die Amtsgerichte. Die socialdemokratischen Abgeordneten Singer und Jubel seien schon vor langer Zeit für die Errichtung von Kaufmannsgerichten unter Aufsicht an die Gewerbegerichte eingetreten. Die Weisiger der Gewerbegerichte seien, insbesondere in den Großstädten, fast ausschließlich Socialdemokraten. Er wolle nicht sagen, daß diese socialdemokratischen Weisiger das Recht zu Gunsten ihrer Genossen beugen, aber es sei doch nicht zu leugnen, daß alle Socialdemokraten von einem Klassengeist befeelt seien und daß sie in jedem Arbeitsgeber einen Ausbeuter erblickten. Dieser Umstand sei aber geeignet, das Urteil der Gewerbegerichte zu trüben. Wenn man schon Sondergerichte wolle, dann müsse man allen Handlungsgehilfen diese angebliche socialpolitische Wohlfahrt zu teil werden lassen. Bei Angliederung an die Gewerbegerichte werde ein Drittel der Gehilfen ausgeschlossen. Außerdem würde das Verhältnis, das zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen noch ein ziemlich harmonisches ist, arg leiden, das Gift des Klassenkampfes in die kaufmännischen Kreise hineingetragen werden. Namentlich die Wahlen für die Weisiger würden verheerend wirken.

Am Schluß seines Vortrages, der — recht charakteristisch für die Auffassungsweise der Versammlung — vielfach von Beifall unterbrochen wurde, ersuchte Redner um Zustimmung zu folgender Resolution:

„Die Schaffung eines neuen Sondergerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnis ist abzulehnen, da kein Bedürfnis dafür vorhanden ist und erhebliche Interessen der allgemeinen Rechtspflege und des sozialen Friedens entgegenstehen. Soll sie gleichwohl vorgenommen werden, so muß 1. eine Angliederung an die Amtsgerichte unter Vereinfachung, Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens erfolgen, 2. für die Wahl der Weisiger ein Verfahren unter stimmungsmäßiger Anwendung der für die Wahl der Schöffen bestehenden Vorschriften (§§ 36 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes) eingeföhrt werden.“

Herr v. Oll-Brandenburg wendet sich gegen diese Darlegungen und verteidigt die Gewerbeämter, während natürlich Stadtrat Dr. Weigert Berlin sich gegen alle kaufmännischen Schiedsgerichte ausspricht. Nachdem dann noch Bankdirektor Thorsart-Frankfurt a. M. sich für den Anstoß der Kaufmannsgerichte an die Gewerbeämter erklärt hat und verschiedene andere Redner den entgegengelegten Standpunkt vertreten haben, kommt es zur Abstimmung. Die vorhin erwähnte Erklärung des Kaufmanns wird verworfen und darauf mit großer Mehrheit eine von den Handelskammern zu Duisburg, Düsseldorf, Hamburg beantragte „gemilderte“ Erklärung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der deutsche Handelsstand erklärt, daß das Bedürfnis nach einer schlichteren und billigeren Rechtsprechung allen Bevölkerungsklassen gemeinsam ist. Dieses Bedürfnis ist durch Verbesserung des amtsgerichtlichen Verfahrens zu befriedigen, nicht aber durch Schaffung von Sondergerichten, denen erhebliche Interessen der allgemeinen Rechtspflege und des sozialen Friedens entgegenstehen. Soll gleichwohl ein Sondergericht zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienst- und Lohnverhältnis geschaffen werden, so muß 1. eine Angliederung an die Amtsgerichte unter Vereinfachung und Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens erfolgen, 2. für die Wahl der Richter ein Verfahren unter sorgfältiger Anwendung der für die Wahl der Schöffen bestehenden Vorschriften eingeführt werden.“

## Sociales.

### Junke und Volksschule.

In der Broschüre von Otto Kühle: „Die Volksschule, wie sie ist“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Preis 30 Pf., lesen wir folgendes Kapitel:

Schreckliche Zustände herrschen besonders in Schlesien. Im Oppelner Bezirk erhielten 1897 von 100 Kindern nur 49 unter normalen Verhältnissen ihren Unterricht. 1899 waren für 14 507 Schulklassen an öffentlichen Volksschulen nur 10 828 Lehrkräfte vorhanden. Von 1116 katholischen Schulen unterrichtet in 599 (53,6 Prozent) ein Lehrer mehr als 80 Schüler (in Preußen sollen 76 Schüler die höchste Anzahl für eine Klasse sein, in Sachsen 60, Holland 48, Norwegen 40). In 252 Schulen kamen 100 und mehr Schüler auf einen Lehrer, und zwar 106 Schulen: 101 bis 110 Kinder auf einen Lehrer, 50: 111 bis 120, 31: 121 bis 130, 23: 131 bis 140, 11: 141 bis 150, 14: 150 bis 170, 7: 171 bis 200 und 1 Schule 200 Kinder. Ueber 5 Schulklassen mit 810 Schülern und 5 Lehrern (je 162 Schüler) ist der preussische Fiskus Schulpatron. Ebenso in einem anderen Orte, wo 2 Lehrer 368 Kinder unterrichten. In dem Orte Groß-Bock, wo der königliche Hof das Patronat ausübt, entfallen auf einen Lehrer 168 Kinder. Des Weiteren sind Lehrer- und Volksschulpatronen: Fürst Guido Hendl v. Donnermarck, freier Standesherr, Mitglied des Herrenhauses und des Staatsrats, einer der reichsten Männer der Monarchie (1 Lehrer 172 Schüler), Fürst Pleh (1 L. 162 Sch.), Graf Hugo Lash und Arthur Hendl v. Donnermarck, die reichsten Leute der Provinz (1 L. 102 Sch.), Graf Bengel (1 L. 162 Sch.), Rittergutsbesitzer Meier (1 L. 179 Sch.), Landrat a. D. v. Ziele-Wintler (1 L. 178 Sch.), Rittergutsbesitzer Altmann (1 L. 152 Sch.), v. Teichmann (1 L. 161 Sch.), Graf v. Garnier-Turawa, Herrenhausmitglied (1 L. 192 Sch., 1 L. 108 Sch.), Graf v. Wilgel, Herrenhausmitglied (1 L. 179 Sch.), Baron v. Raitz-Ulf-Hofenberg (1 L. 168 Sch.), Graf Straßburg (1 L. 188 Sch.), Gräfin Franzenberg (1 L. 178 Sch.) usw. Man sieht, wie die Würde der Nation aufsteht in der Sorge um das geistige Wohl des Volkes.

Die Schwindbelle „Union“ in Hannover hielt am 16. März dort ihre Generalversammlung ab, an der 26 Mitglieder teilnahmen. Wie der „Volkswille“ mitteilt, beschloß die Generalversammlung, die Kasse am 1. Juli aufzulösen. Die Kasse hat 85 000 M. Schulden. Bei einer Forderung auf 2000 M. ausgefallene Forderung fand der Gerichtsvollzieher in Kasse und Reserveronds einen einzigen haren echt luffernen Reichspfennig. Um das Publikum über die Zahl der Mitglieder zu täuschen, begannen die Mitgliedsbücher mit der Nr. 20 001.

Die Wacker werden vermuthlich ein neues Schwindelunternehmen ins Werk setzen. Man hüte sich davor.

### Protest norwegischer Wäldermeister gegen Wiedereinführung der Nachtarbeit.

Bekanntlich hat der Landesverein der norwegischen Wäldermeister dem Storting einen Vorschlag auf Abänderung des geltenden Gesetzes über die Beschränkung der Arbeitszeit in den Wäldereien eingebracht. Diese Eingabe, die hauptsächlich die Wiedereinführung der Nachtarbeit bezweckt, wird ungefähr 300 Unterschriften auf. Ein großer Teil der Wäldermeister, namentlich der Kleinmeister, ist aber sehr zufrieden mit dem jetzt seit 8 Jahren geltenden Gesetz und wünscht durchaus nicht, daß die Nachtarbeit weiter zugelassen werde, als das bei den jetzt im Gesetz vorgesehene Ausnahmefällen möglich ist. Ein Wäldermeister in Kristiania hat nun dort bei seinen Kollegen Unterschriften auf eine Protestresolution gegen jede Veränderung des Gesetzes gesammelt und 48 Meister haben sie unterzeichnet. Ebenso haben in Stavanger 16 Wäldermeister gegen die Abänderung des Gesetzes protestiert, in Bergen 23, ferner die Mehrzahl der Wäldermeister in acht verschiedenen Städten im südlichen Norwegen. Die Zahl der Wäldermeister, die sich in dieser Weise durch ihre Unterschrift für Verweigerung des Verbots der Nachtarbeit ausgesprochen haben, beträgt ca. 200. Wahrscheinlich würde sich bei einer allgemeinen Abstimmung die Mehrheit der wirklich berufstätigen Meister für das Gesetz erklären.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Streik und Aussperrung in der Holzbearbeitungsbranche.

Man schreibt uns: Die Scharfmacher in der Holzindustrie sehen alle Hebel in Bewegung, um die Aussperrung der Arbeiter zu einer möglichst vollständigen zu machen. Sie, die bei jeder Gelegenheit über angeblichen Terrorismus der Arbeiter schreiben, scheuen sich nicht, auf die Tischlermeister, besonders die Kleinen, den schärfsten Druck auszuüben, um sie zum Anstoß an das Vorgehen gegen die Arbeiter zu bewegen. Auch die Präferenzbesitzer, die sich dem Willen der Ober-scharfmacher nicht fügen und den gesperrten Unternehmern nicht aus der Patsche helfen wollen, werden mit Entziehung der Kundschaft, also mit Vernichtung der Existenz bedroht. In die Kundschaft der unfolgsamen Präferenzbesitzer ist folgendes Schreiben gerichtet worden:

Sehr geehrter Herr!

Trotz aller Bemühungen unserer Vorstände haben eine Anzahl von Präferenzbesitzern entschieden sich geweigert, Arbeiten für gesperrte Betriebe auszuführen.

Zu diesen unkollegialen Standpunkt veranlaßt diese Herren selbstverständlich einzig und allein die unlaute Abtät, den augenblicklichen Kostendruck der gesperrten Betriebe auszunutzen und so deren Kundschaft an sich zu reißen.

Zu diesen rücksichtslosen Betrieben gehört auch die Firma..... bei welcher Sie arbeiten lassen.

Wir wenden uns daher mit der dringenden Bitte an Sie, dem Herrn verständlich zu machen, daß er, falls er auf seinem bisherigen Standpunkt verharren sollte, auf die Kundschaft der anständigen Berliner Tischlermeister nicht mehr zu rechnen hat.

Mit kollegialen Gruß

Die Vorstände der Vereinigten Berliner Verbände der Holzindustrie.

J. A. C. Mahardt.

Nach Ansicht der Herren Mahardt und Genossen sind also nur jene Arbeitgeber „anständig“, welche ihre Arbeiter, die zum Teil schon ein Menschenalter bei ihnen arbeiten, brutal aufs Pfahler werfen zu Gunsten einzelner Unternehmer, welche ihren Arbeitern nicht den Lohn zahlen, welcher in anderen Betrieben bei den gleichen Preisen für Maschinenarbeit schon längst bezahlt wird.

Das Vorgehen gegen die Maschinenarbeiter ist denn auch nur ein Wank. In den verschiedenen Unternehmern-Veranstaltungen hat man gegen eine Lohnsenkung nicht sehr viel einzureden, nur erscheinen sie den Herren zu hoch. Den Unternehmern ist natürlich jede Forderung der Arbeiter zu hoch. Warum haben aber die Herren nicht verhandelt mit der Arbeiter-Organisation? Es kommt ihnen anscheinend nur darauf an, einen Konflikt heraufzubewahren, um ihre eigne Position zu festigen. Ferner wird dadurch das Kleinmeisterstum, welches den Reaktionsplänen der großen Unternehmer im Wege ist, empfindlich getroffen. Die Herren halten ja eine Aussperrung aus, sie haben gefüllte Lager, eignen Maschinenbetrieb und produzieren an und für sich billiger. Sie erhalten Rohstoffe und sonstige Lieferungen entschieden billiger als der Kleinmeister; es erscheint daher unbegreiflich, wie das Kleinmeisterstum seinen Großunternehmern Folge leistet. Wir veröffentlichen hier verschiedene Preise, welche bei der Firma Müller für gleiche Maschinenarbeit die verschiedenen Kunden zahlen müssen:

133 (Tomas) 2 große Büffets 4.— M., sonstige Kunden 6.— M.
106 (Schönherr) 1 Ed. hobeln 3,60 „ „ „ 4.— „
100 (Danke u. Köber) 1 Anrichter 0,75 „ „ „ 1,25 „
102 (Schulz) 2 gr. Diplomat 1,50 „ „ „ 2,50 „
2 Büffets 2 m gr. 2,50 „ „ „ 3,50 „

Ferner erhält die Firma Zetter u. Platen das Quadratmeter Holz durchschnittlich für 20 Pf. aufgeschritten, wogegen die sonstige Kundschaft für Klefern 30 Pf., für Laubholz 40 Pf. und für überseeisches Holz 50 Pf. zahlen muß. Die angeführten Betriebe gehören zu den größeren.

Wir beweisen durch die angegebenen Zahlen, welche in anderen Betrieben analog sind, daß die Herren, wenn sie ausgehen, die Löhne nicht bezahlen zu können, nur die Maschinenarbeit für die Großbetriebe zu denselben Preisen anzufertigen brauchen, wie für den Kleinmeister und sie können mit Leichtigkeit die Löhne zahlen und verdienen selbst noch dabei.

Zur Aussperrung selbst können wir berichten, daß die Zahl der Aussperrten nur noch um einzelne zugenommen hat. Die gestrige Generalversammlung des Maschinenarbeiter-Verbandes hat beschlossen, alle Maschinenarbeit anfertigen zu lassen, auch für die gesperrten Betriebe, jedoch dürfen die Aussperrten die Arbeit ohne Einwilligung der Organisation nicht aufnehmen.

Die vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie befaßten sich am Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung mit dem Streit der Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter. Wie von diesen Herren nicht anders zu erwarten, bezeichneten sie die Forderungen der Arbeiter als unerhöht, frivol, unverschämmt usw. Präferenzbesitzer Wölle und Innungsmeister Ritsch waren der Meinung, daß den Arbeitern auch absolut nichts bewilligt werden dürfe und forderten die Tischlermeister auf, die Präferenzbesitzer in diesem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Leider (!) seien erst 367 Arbeiter in 46 Betrieben ausgesperrt, auch die übrigen müßten folgen. Man dürfe keinen Gesellen mehr absenden, d. h. keinen Accord mehr anfangen lassen, damit es zu einer allgemeinen Aussperrung komme. Dem die Verantwortung dafür falle nicht auf die Meister, sondern die Arbeiter als den schuldigen Teil. Herr Groschus machte u. a. den Vorschlag, sämtliche Maschinenarbeiter bis zum 1. Juni auszusperrn und während dieser Zeit neue Arbeitskräfte anzulernen. Falls einer der Streikenden sich dahin wieder anfangen wolle, so möge man ihm 20 Proz. weniger Lohn zahlen, wie bisher. Seit vom 1. Juni an dürfe wieder der alte Lohn gezahlt werden, selbstverständlich sei dann aber jede Erhöhung ausgeschlossen. Im übrigen hielt er es doch für sehr bedenklich, wegen der Maschinenarbeiter eine allgemeine Aussperrung der gesamten Holzarbeiter vorzunehmen. — Nicht weniger wie 31 Firmen, „die sich trotz aller Bemühungen der Vorstände und der Vertrauensleute nicht bereit finden ließen, die gesperrten Betriebe zu unterstützen und Arbeiten für dieselben auszuführen“, wurden sodann in aller Form mit dem Innungs-Bannfluch belegt. Zur Annahme gelangte darauf folgende Resolution:

„Die Versammlung lehnt im Hinblick auf die gegenwärtigen überaus schiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse jede Forderung der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter ab, zumal die Löhne derselben schon jetzt als außerordentlich hohe bezeichnet werden müssen. — Die Anwesenden erklären sich mit den bisher getroffenen Maßnahmen der vereinigten Verbände einverstanden und verpflichten sich, die gesperrten Betriebe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. — Die Versammlung hält es ferner für Ehrenpflicht eines jeden Tischlermeisters, in Zukunft nur denjenigen Inhabern von Holzbearbeitungs-Werkstätten Arbeit zuzuwenden, welche sich mit den gesperrten Betrieben solidarisch erklärt haben. — Die weiteren Maßnahmen in dem uns frivolen aufgedrungenen Kampfe werden den Vorständen der vereinigten Verbände übertragen, deren Anordnungen strikte zu befolgen sind.“

Eine weitere Resolution, welche vermehrten Schutz für die Arbeitgeber und schwere Strafen für das Streikbrechen fordert, soll an den Reichstagsrat gelangt werden. — Man sieht, die Innungsbrüder haben von ihrer alten „Bescheidenheit“ noch nichts eingebüßt.

**Wachtung, Schindmacher!** Der Streik in der Filzschuhfabrik von Jakobs, Elisabeth-Weg 5/6, dauert unverändert fort. Arbeitswillige haben sich bis jetzt noch nicht gefunden. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, zahlt auch die Firma Dinge für den streikenden Anteil, Filzschuhfabrik, nicht 1,20 M., wie von seiten des Fabrikanten behauptet wurde, sondern den in Berlin üblichen Mindestsatz für diesen Artikel von 1,50 M. Noch niemals sind von seiten des Fabrikanten-Verbandes die Arbeiter einer Fabrik so rücksichtslos in einen Streik hineingetrieben worden, wie in diesem Falle. Der Stand des Streiks ist ein guter, die Sache ist gerecht. Wir ersuchen die Kollegen, den Jungzug streng fernzuhalten. Wir ersuchen die Kollegen, den Jungzug streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schindmacher.

**Zum Streik der Kleber.** Die Kleber waren am Mittwoch in Feuerstein-Besälen zahlreich versammelt, um Stellung zu dem bei der Firma Hönemann, Wilmersdorf, Ludwigstr. 6, ausgebrochenen Streik zu nehmen. Dieser Streik sei, wie der Referent Menzel ausführte, deswegen am Montag, den 16. d. M., ausgebrochen, weil die Firma an Stelle des bisher gezahlten Wochen- resp. Stundenlohns niedrige Accordsätze einführen wollte. Diese seien bedeutend unter dem mit der Innung vereinbarten Accordsatz. So z. B. soll die Firma für Mahlnutzeleben 15 Pf., für Tapete auf rothe Wand ohne Unterschied der Qualität 17 Pf., für Sandstreifen pro Rolle 3 Pf. mehr, für Tapete auf Mahlnutze, ebenfalls ohne Unterschied der Qualität, 20 Pf. zahlen. Die Firma, die mit einer patentierten Tapetemaschine zu einer besonderen Beachtung der Kleber gekommen ist, will jetzt, da diese Maschine nicht besonders funktioniert, die Kosten auf ihre Arbeiter abwälzen. Hierzu sei die Kleber-Berlin aber nicht zu haben. Im übrigen sei für die Streikenden die Lage recht günstig. Arbeitswillige haben sich trotz aller Lodungen nicht gefunden. — Herr Hönemann nebst seinem Vertreter, Herrn John, die wiederholt das Wort nahmen, meinten, sie wären zu ihrem Vorgehen gezwungen gewesen, weil sie bei den übernommenen Arbeiten Geld zulegen müßten. Von Herrn John wurde besonders betont, daß die Firma prinzipiell nicht mehr in Lohn arbeiten lasse, und doch sich eventuell über die gemachten Accordsätze noch reden lasse. Sei aber der Widerstand der Kleber zu groß, so müsse die Firma das Patent anderweitig verkaufen oder in anderen Städten selbst verwerten. — Ueßem, Straßer, Kielmeier, sowie der Referent und andre Redner wiesen die Angriffe der beiden Herren entschieden zurück. Wenn die Firma mit ihrer Maschine eine gewisse Schundkonstruktion getrieben habe, so seien doch nicht die Arbeiter schuld daran, daß die Firma immer mit Unterbilanz gearbeitet habe. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erkennt die Forderungen der bei der Firma (Tapetemaschine) Hönemann Ausständigen als gerechtfertigt an. Sie verpflichtet sich, die Ausständigen in der weitgehendsten Weise

zu unterstützen, sowohl moralisch als auch eventuell materiell. Insbesondere verpflichten sie jeden Kleber, bei der Firma Hönemann keine Arbeit anzunehmen, und auch bei allen denjenigen Firmen, welche die von den Ausständigen liegen gelassenen Bauten fertigstellen wollen, nicht in Arbeit zu treten, resp. die Arbeit niederzuliegen, um den Ausständigen nach Möglichkeit zum Siege zu verhelfen und die bei der Firma Hönemann eingeführte Lohnarbeit hochzuhalten.“

Die Lohnunterschiede bei der Firma Hönemann dauern unverändert fort. Gezwert sind die Bauten: Bau Zieh, Preussische Straße 72; Bau Klingenberg, Kanitz, 00; Bau Schöppler, Leibnizstraße 55; Neubau des Kultusministeriums, Wilhelm- und Heerenstraßen-Ecke. Ferner ist gesperrt die Firma Witt, Dessauerstr. 11, weil sie die Streikarbeit auf dem Neubau des Kultusministeriums fertigstellt. Verein der Kleber Berlins und Umgegend.

**Lohnbewegung der Feinstrecker.** Die im Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands organisierten Feinstrecker verließen in letzter Zeit durch Vereinbarungen mit den Unternehmern ihre wirtschaftliche Lage etwas zu verbessern. Die Löhne für diese Berufsgruppe betragen zur Zeit 16 bis 18 M. Gebodert wird ein Minimallohn von 19,50 M. pro Woche, Extra-bezahlung der Ueberstunden und Nacharbeit, 10stündige Arbeitszeit. Diese Forderungen sind von einem Teil der Unternehmer anerkannt. — Verhandlungen schweben bei den Firmen: Großes Internationales Reinigungs-Institut Stäbe u. Co., Petristr. 10/18, sowie Feinstrecker-Reinigungs-Institut Otto Reinheit, Ringstr. 9. Von beiden Firmen sind diese Forderungen nicht bewilligt, die Firma Stäbe u. Co. versucht durch Einstellung von Arbeitern die angebotenen Verhandlungen illusorisch zu machen. Wir richten an alle Feinstrecker das Ersuchen, Arbeit bei der Firma Stäbe u. Co. bis auf weiteres nicht anzunehmen.

Ortsverwaltung Berlin II (Feinstrecker).

**Lohnbewegung der Adressenschreiber.** Es gelang den 30 Angehörigen der Schreibstube Drenkhahn mit Unterstützung des Central-Verbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands eine Erhöhung ihres Lohnes um ca. 30 Proz. durchzusetzen. Für 100 Adressen, die bisher mit 30 und 32 Pf. bezahlt wurden, ist nun der Preis von 40 Pf. erzielt. Für Lohnarbeit beträgt jetzt der Stundenlohn 35 Pf., während bisher nur 30 Pf. bezahlt wurde. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 8 1/2 Stunden festgesetzt worden. Die Angeestellten hatten beschlossen, bei Nichterfüllung ihrer Forderung die Arbeit niederzuliegen. Die Firma, die Arbeiten für einen größeren, eigenartigen Betrieb ausführt, hat diese Vereinbarungen mit dem Vertreter des Central-Verbandes geschlossen. Der Unternehmer hat sich verpflichtet, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen.

**Die Kleber von Potsdam und Umgegend haben am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung einen Lohnsatz festgesetzt und beschlossen, denselben durch den Altkleber der Innung vorzulegen; falls bis 11. April ein Antwoort nicht erfolgt, will die Gehilfenschaft über die weiteren Maßnahmen sofort Beschluß fassen. Zum mindesten wird von den Meistern verlangt, daß sie in eine Beratung der einzelnen Positionen mit den Gehilfen eintreten.**

**Die Schmiebe und Dreher der Dörfingerischen Maschinen-Fabrik in R. a. n. h. e. m. haben die Mündigkeit eingereicht. Die Direktion will die Accordsätze um 10 Prozent kürzen; Verhandlungen, welche die Arbeiter anbahnten, hatten keinen Erfolg. Wenn bis Sonnabend keine Entigung erfolgt, wird die Arbeit niedergeliegen. Die Beteiligten ersuchen, den Jungzug fernzuhalten.**

**Internationale Konferenz der Arbeiter-Sekretäre.** Gelegentlich des letzten Gewerkschafts-Kongresses, der vergangenes Jahr in Stuttgart tagte, wurde auch eine internationale Konferenz abgehalten, an welcher sich die amwesenden Vertreter der ausländischen Gewerkschaftsorganisationen beteiligten. Es wurde beschlossen, die nächste internationale Konferenz in England und zwar gelegentlich des Kongresses des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“ abzuhalten. Dieser Kongreß ist auf den 9. und 10. Juli d. J. nach Dublin einberufen, und so wird die internationale Konferenz der Gewerkschafts-Sekretäre am 7. und 8. Juli dort abgehalten werden. Der „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ von England schlägt für die nächste Konferenz eine Resolution vor, in der verlangt wird, daß die einzelnen Landes-Sekretäre alljährlich zweimal einen Bericht an den Sekretär der Konferenz einzulegen haben, in welchem alle wichtigen Mitteilungen über die Bewegung in den einzelnen Ländern enthalten sind. Diese Berichte sind in die verschiedenen Landessprachen zu übersetzen. Ferner: die bisher erwachsenen Kosten werden von den deutschen und den englischen Gewerkschaften je zur Hälfte getragen. In Zukunft sollen die Kosten durch eine besondere Steuer von 50 Pf. pro Tausend Mitglieder gedeckt werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Obstruktion in Ungarn.

Budapest, 19. März. (B. T. V.) Abgeordnetenhause. Die Sitzung dauerte infolge der Obstruktion von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Als gegen 3 Uhr nachmittags der Vizepräsident Tallian das Haus betrat, ab morgen neben der Fortsetzung der Beratung über die Wehrvorlage auch Petitionen beraten werden sollten, ersuchte der Abgeordnete Kubiz, es möge die Beschlußfähigkeit des Hauses festgesetzt werden. Von Szoch (Regierungspartei) wurde die Verlesung des Katalogs beantragt, wogegen Thaly als gegen eine Ungerechtigkeit protestierte. Die Oppositionellen stromten in den Saal, der Katalog wurde verlesen. Die Zeit von 3 Uhr bis 6 Uhr wurde mit Auszählung des Hauses verbracht, wobei man bemüht war, durch Herbeischaffung von Mitgliedern die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Um 6 Uhr wurde die Beschlußfähigkeit konstatiert, worauf der Präsident bekannt gab, daß in der morgigen Sitzung keine Petitionen verhandelt werden, und die Sitzung geschlossen wurde.

### Der britische Handel und der deutsche Zolltarif.

London, 19. März. (B. T. V.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage wegen des Einflusses des deutschen Zolltarifs auf den britischen Handel legt Gerald Balfour dar, daß der Tarif vor seinem Inkrafttreten durch die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und den übrigen Mächten noch gewisse Modifikationen erfahren werde. Es seien auch bereits Vorstellungen über den Einfluß dieses Tarifs auf den britischen Handel durch das auswärtige Amt bei der deutschen Regierung erhoben worden, und man werde die Angelegenheit weiter sorgsam im Auge behalten. — Bei der Beratung des für Südafrika geforderten Titels von 20 000 000 Pfund Sterling antwortet auf eine Anfrage von Bryce über die derzeitige Lage in Südafrika der Kolonialminister Chamberlain, der mit lauten Weßall begrüßt wird. Chamberlain erklärt, er habe über seine Reise nichts weiter zu sagen. Das Repatriierungsgewert nehme einen günstigen Fortgang. Es seien bereits 100 000 Personen seit dem Schluß des Krieges wieder auf ihre Familien zurückgebracht worden, und zur Zahlung von Entschädigungsansprüchen und der von den englischen Behörden ausgegebenen Requirierungsscheine rund 15 Millionen Pfund verwendet worden.

New York, 19. März. (B. T. V.) Ein Telegramm aus Panama über die Revolution in Honduras besagt, daß die Generale Mela und Ballares vor ein Kriegsgericht gestellt und auf Anordnung des früheren Präsidenten Sierra erschossen sind, weil sie keine Befehle nicht ausgeführt und dadurch seine Niederlage bei dem letzten Kampfe verschuldet haben.

**Ueberschneidungen des Mississippi-Thals.** In Arkansas haben in der Gegend zwischen dem Mississippi und dem Saint Francis-Flusse Ueberschneidungen große Verheerungen angerichtet. In einem viele Meilen großen Gebiete sind Boote das einzige Verkehrsmittel. Man befürchtet, daß viele Menschen vom Verlehr abgeschnitten sind.

Reichstag.

287. Sitzung. Donnerstag, den 19. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bälou, v. Tirpitz, Hr. v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats des auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem Kolonial-Etat.

Beim Ausgabe-Titel „Staatssekretär“ nimmt das Wort Abg. Hr. v. Hertling (C.):

Ich möchte bei diesem Titel einige Fragen an den Reichskanzler richten. Der Reichstag hat sich mit Recht in der Besprechung auswärtiger Angelegenheiten immer eine gewisse Reserve angesetzt, dennoch ist die authentische Aufklärung über einige wichtige Fragen erwünscht. Die öffentliche Meinung ist bekanntlich wettbewerbsfähig. Das hat sich auch in der Venezuela-Angelegenheit gezeigt. Die Deutschen in Südamerika haben früher immer darauf hingewiesen, daß es sich in Venezuela keineswegs um einzelne Geldforderungen, sondern geradezu um die Ehre des deutschen Namens handele. Nun ist die Aktion erfolgt, und, wie es scheint, mit Erfolg zu Ende geführt. Jetzt aber werden auch seitens der Deutschen in Südamerika Stimmen laut, wonach am besten die ganze Aktion unterblieben wäre. Es wäre erwünscht, wenn der Reichskanzler die Güte haben wollte, uns zu sagen, worauf es für uns in Venezuela ankomme.

Weiterhin komme ich auf den Dreibund. Der Reichskanzler hat im vorigen Jahre erklärt, der Dreibund sei für uns keine unbedingte Notwendigkeit. Dieser Ausspruch hat namentlich in der italienischen Presse die Auffassung von der Minderwertigkeit des Dreibundes und das Schlagwort von der Verkünderung der lateinischen Rasse hervorgerufen. In der französischen Kammer erklärte der Minister Delcassé, Italien könne nie Helfer bei einer aggressiven Aktion gegen Frankreich sein. Meine politischen Freunde hätten gern Gewißheit darüber, ob der Dreibund mit der Zeit minderwertig geworden ist, oder ob er noch dieselbe Bedeutung hat für uns wie früher. Ist Italien nach wie vor in der Lage, gegebenenfalls an der Seite der beiden andern Dreibund-Staaten auch offensiv vorzugehen?

Die alte „orientalische Frage“ ist neuerdings in einer sehr unheimlichen Weise wieder aufgeworfen durch die Vorgänge in Mazedonien. Auf das Drängen Oesterreichs und Russlands hat die Pforte sich zu einem Reformprogramm in Bezug auf Mazedonien bereit erklärt. Es erhebt sich die Frage, ob diese Reformen auch wirklich durchgeführt werden sollen oder ob sie nur wie so vieles frühere, auf dem Papier stehen bleiben werden. In der englischen Presse finden sich entgegengesetzte Schilderungen über die Särgen in Mazedonien, über niedermenschliche Menschen, verbrannte Dörfer und Gräueltaten aller Art. Physischer und moralischer Schauder ergreift uns darüber, daß am Anfang des XX. Jahrhunderts solche Zustände noch möglich sind. Die deutsche Regierung ist ja direkt daran nicht beteiligt, aber auch sie sollte um der Humanität willen Stellung zu diesen Verhältnissen nehmen. Glaubt die deutsche Regierung, daß durch die neueste Wendung der Verhältnisse in Mazedonien dem europäischen Frieden irgend welche Gefahr droht? Ich bitte den Reichskanzler, auch hierüber Auskunft zu erteilen.

Reichskanzler Graf Bälou:

Ich danke dem Vorredner dafür, daß er mir Gelegenheit geboten hat, mich eingehender über den gegenwärtigen Stand der auswärtigen Geschäfte des Landes auszusprechen. In der Venezuela-Angelegenheit handelt es sich für uns von Anfang an weder um irgendwelche territoriale Erweiterungsgeheimnisse, noch um gloriöse, sondern lediglich um die Abwicklung eines durch Unzuverlässigkeit des Schuldners ungewöhnlich schwierigen Geschäfts mit außergewöhnlichen Mitteln. Wenn ich sage, daß wir nicht von Ruhmbegierde geleitet wurden, so soll das natürlich nicht bedeuten, daß wir nicht auch in diesem Falle die Pflicht gehabt hätten, das Ansehen und die Ehre unserer Flagge zu wahren. Das aber war nur möglich durch das von uns in Gemeinschaft mit England und Italien eingeschlagene Zwangsverfahren. Denn eine Methode, den Belt zu waschen, ohne ihn naß zu machen, ist noch nicht erfunden. Es handelt sich hier nicht nur um den gerade schwebenden Foll, sondern auch um eine in die Zukunft reichende Warnung. Wenn wir die Angelegenheit lediglich vom Geldstandpunkte aus behandeln wollten, so hieße das soviel, daß wir uns jede, auch die frivole Rechtsverletzung gefallen ließen. Dann bräuchten wir in der That weder Schiffe noch Kanonen. Es handelt sich aber bei diesem mit dem Vorgehen nur um einen seltenen Ausnahmefall. Wir denken nicht daran, daß wir für jedes aleatorische Geschäft (gewagtes Geschäft), das irgendwo ein Deutscher in der Welt unternimmt, den Creditur zu spielen hätten. Es wird immer auf die besonderen Umstände ankommen. Im vorliegenden Falle aber ist doch die englische Regierung von ihrem traditionellen Grundsatze abgewichen, wonach die Engländer im Auslande ihr Kapital auf eigene Gefahr anzulegen haben. Das beweist am besten, daß wir in der That in einer Zwangslage uns befinden.

Das die Art und Weise unseres Vorgehens betrifft, so mußten wir mit besonderer Rücksicht und Besonnenheit handeln, wir mußten dafür sorgen, daß nicht eine Störung unserer guten Beziehungen zu andern Mächten aus dieser verhältnismäßig untergeordneten Streitfrage hervorging. In Versuchen, solche Störungen herbeizuführen, hat es thätig nicht gefehlt. (Sehr richtig! rechts.) Dabei denke ich natürlich nicht an irgend eine fremde Regierung, aber einen Teil der ausländischen Presse schien die Gelegenheit günstig, einerseits Mißtrauen zu säen zwischen der Berliner Regierung und den Regierungen von London und Rom und andererseits uns mit den Vereinigten Staaten zu verfeinden. Aus den Berichten unserer Vertreter in Süd- und Centralamerika war zu entnehmen, daß dort während des Venezuela-Konflikts über das Vorgehen Deutschlands die unbegründeten und schlimmsten Gerüchte verbreitet wurden. Es wurde verbreitet, daß wir uns mit Handelsvertrags-Abstufungen trügen und daß wir der Selbständigkeit dieser oder jener amerikanischen Republik zu nahe treten wollten. In der Verbreitung solcher Verleumdungen zeichnete sich ganz besonders der „New York Herald“ aus. Er hatte sich einen eignen Beamten im deutschen Auswärtigen Amt erfunden, und dieser hatte ihm versichert, wir wollten Venezuela, dann Kolumbien und endlich Brasilien annektieren. (Große Heiterkeit.) Diese perfiden Versuche, uns etwas anzuhängen, sind gescheitert einmal an der Loyalität der Rabinete von London, Rom und Washington, dann aber auch an der Ehrlichkeit unsrer Politik, die viel zu durchsichtig war, als daß es hätte gelingen können, uns mit Erfolg phantastische Eroberungsabsichten oder heimtückische Pläne anzuhängen. Die Kabinete von Berlin, London, Rom und Washington haben unbeeinträchtigt durch diesen Verleumdungen den geraden Weg weiter verfolgt und ich kann mit Befriedigung konstatieren, daß unsre Beziehungen zu England wie zu Amerika aus der Venezuela-Affaire unbeschädigt hervorgegangen sind.

Das Venezuela angeht, so sind nach dem Protokoll dieser Besetzung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Venezuela die in dem deutschen Ultimatum aufgestellten Forderungen als angenommen anzusehen. Das Protokoll teilt die deutschen Reklamationen in drei Klassen: Die erste Klasse betrifft die Reklamationen der Reichsangehörigen aus dem venezolanischen Bürgerkrieg von 1898 bis 1900, die sich auf 1400 000 Mark belaufen. Diese Reklamationen hatten den Anlaß zu Reklamationen gegen Venezuela gegeben. Es handelte sich bei ihnen um Gewalttakte der venezolanischen Regierung und ihrer Organe, für die wir auf andern Wege eine Genugthuung nicht erreichen konnten. Es ist uns die Zahlung der Summe teils in bar, teils in Wechseln zugesichert. Der erste Wechsel von 200 000 M.

ist pünktlich eingelöst worden; der letzte Wechsel ist am 15. Juli fällig. Für die Einlösung der Wechsel hatten Zolleinkünfte von jährlich etwa 15 Mill. Mark. In die zweite Klasse gehören die Reklamationen von Reichsangehörigen aus dem gegenwärtigen venezolanischen Bürgerkrieg im Betrage von 4-5 Millionen. Diese sind im einzelnen einer Prüfung durch die kaiserliche Regierung noch nicht unterzogen worden. In dem Ultimatum ist daher nicht die sofortige Bezahlung dieser Beträge, sondern nur eine befriedigende Erklärung wegen ihrer Feststellung und Sicherung verlangt und gegeben worden. Die dritte Klasse bilden die Ansprüche der deutschen Gläubiger von der Span. Staatsanleihe von 1896 im Betrage von etwa sechs Millionen. Diese Ansprüche sind von Venezuela anerkannt worden und sollen befriedigt werden.

Es ist auch gefragt worden, von wem die Kosten für die Verlängerung der Blockade zu tragen sind. Diese Kosten lassen sich im einzelnen noch nicht völlig übersehen. Sie sind indes gering, weil die Blockade mit uns in der amerikanischen Station befindlichen Kriegsschiffen hat durchgeführt werden können. Es kann daher keine Rede davon sein, daß diese Kosten auch nur zahlenmäßig in einem Verhältnis zu den von uns durchgeführten Ansprüchen stehen. Von der Forderung der Erstattung dieser Kosten haben wir ebenso wie England und Italien mit Rücksicht auf die ziemlich trostlose Finanzlage Venezuelas abgesehen. — Wir haben also erreicht, was wir von Anfang an erstreben und was nach Lage der Verhältnisse erreichbar war. Ich glaube sagen zu können, daß wir diese Aktion ohne Zankenspiele, aber mit dem nötigen Nachdruck eingeleitet, von Beginn an zweckentsprechend begrenzt und ohne Schwäche zu Ende geführt haben.

Ich komme jetzt zu der im vorigen Sommer erfolgten Erneuerung des Dreibundes. Daß diese Erneuerung rechtzeitig und in unveränderter Form erfolgt, war zunächst ein Beweis dafür, daß der Dreibund nicht auf einer zufälligen vorübergehenden oder künstlichen Konstellation beruht, sondern auf dauernden in der Natur der Verhältnisse begründeten und gleichmäßig vorhandenen Interessen und Bedürfnissen der drei durch ihn verbundenen Reiche. Wenn ich das Wesen des Dreibundes mit zwei Worten definieren soll, so würde ich sagen, daß derselbe der inneren und äußeren Entwicklung der durch ihn verbundenen Reiche keine andern Schranken auferlegt als diejenigen, welche durch die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des status quo und somit des Friedens gebietet sind. Durch diesen auf die Dauer berechneten Charakter unterscheidet sich der Dreibund von der langen Reihe ähnlicher Koalitionen, welche frühere Zeiten gesehen haben. Die früheren Allianzen des 18. und 19. Jahrhunderts wurden entweder zu vorübergehenden Eroberungszwecken abgeschlossen oder waren Bündnisse, welche von einem Angriff bedrohte Länder ad hoc für ihre Verteidigung schloßen. Die Heilige Allianz, mit der man den Dreibund mehr wie einmal verglichen hat, wollte überall den Frieden aufrechterhalten, und das war ein edler Zweck. Leider aber ließ sie sich verketten, sich in die innere Entwicklung der Völker einzumischen. Das führte zu Interventionen, zu neuen Eruptionen und an diesen scheiterte die Heilige Allianz, noch bevor sie eingültig eingeleitet wurde. Der Dreibund hat von der Heiligen Allianz die friedenerhaltende Tendenz übernommen, aber er ist weit davon entfernt, die innere Entwicklung der durch ihn verbundenen Reiche in enge, der Natur der Völker widersprechende Bahnen zu zwingen zu wollen. Der Dreibund ist von allen Allianzen der beiden letzten Jahrhunderte diejenige, die gleichzeitig am friedlichsten und am härtesten, am dauerhaftesten und am elastischsten ist. Die Erneuerung des Dreibundes ist ja nicht ansandlos und ohne Schwierigkeiten zu Stande gekommen. Ich geneiere mich nicht zu sagen, daß es in Oesterreich-Ungarn und Italien auch Gegner des Dreibundes gibt. Bei Nichte betrachtet, sind diese Gegner des Dreibundes meist auch Feinde der in diesen Ländern verfassungsmäßig bestehenden Institutionen. Diese dreibundfeindlichen Elemente innerhalb der Dreibundstaaten wurden unterstützt von dreibundfeindlichen Strömungen außerhalb der Dreibundstaaten, die die Erneuerung des Dreibundes zu hintertreiben suchten. Damit habe ich natürlich keine fremde Regierung im Auge. Aber aus dem Staube, den diese Quertreiber in der italienischen, englischen und französischen Presse hervorgerufen haben, werden Sie im vergangenen Frühjahr und Vorommer entnommen haben, daß etwas los war. Dem gegenüber habe ich bei der Erneuerung des Dreibundes daran festgehalten, einmal, daß der Dreibund seinen bisherigen defensiven Charakter bewahren müsse, aber zweitens auch, daß er diesen Charakter ohne jede Einschränkung und Ausnahme bewahren müsse. Das ist der Fall gewesen. Wir halten an unsren Verpflichtungen gegenüber unsren beiden Verbündeten mit deutscher Treue fest. Wir haben aber auch jede mögliche Würdigung dafür, daß für alle bisher im Dreibund vorgelegenen Fälle unsre Verbündeten ebenso fest und treu zu uns stehen. Wir hielten ferner daran fest, daß die Verhandlungen über die Dreibund-Erneuerung nicht veräußert werden dürften mit Angelegenheiten, die nichts zu thun haben mit den Motiven, die seiner Zeit zur Begründung des Dreibundes führten, also nichts zu thun haben mit Zoll- und handelspolitischen Fragen. (Bravo! rechts.) Der Dreibund erleichtert die Aufrechterhaltung wirtschaftspolitischer Beziehungen zu den mit uns verbundenen Reichen, er giebt die Möglichkeit, sich über die bestehenden Absichten und Wünsche vertrauensvoll zu verständigen, aber es konnte davon keine Rede sein, wenn wir die Erneuerung des Dreibundes mit irgendwelchen zollpolitischen Zugeständnissen erkaufen. (Sehr gut! rechts.) Ich konstatiere das besonders gegenüber dem von mir sehr geschätzten Abg. Dr. Haffe (Heiterkeit), der nach dem „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vorgestern in einer Wahlversammlung neben sehr vielen hübschen Sachen (Heiterkeit) auch die völlig unbegründete Behauptung aufgestellt hat, ich hätte bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes ohne Gegenleistung von italienischer Seite deutsche Interessen — bei den Jollen auf Blumen und Gemüse — preisgegeben. Davon ist nicht die Rede gewesen.

Wegen meiner Aeußerung vom Januar 1902, daß der Dreibund für uns keine absolute Notwendigkeit sei, bin ich selbst in deutschen Zeitungen, die eigentlich hätte länger sein können, scharf angegriffen worden mit der Motivierung, daß ich dadurch die Erneuerung des Dreibundes erschwert hätte. Das gerade Gegenteil ist der Fall gewesen. Durch das, was ich damals sagte, habe ich zur unbedingten Erneuerung des Dreibundes nicht unwesentlich beigetragen, und zwar gegenüber solchen ausländischen Elementen, die uns einreden wollten, daß die Erneuerung des Dreibundes für uns eine größere Notwendigkeit sei als für andre. Dieser falschen Auffassung, als ob Deutschland, das ich für das blühdhäftigste Land der Welt halte, blühdhäftigkeitsbedürftig wäre als andre, bin ich entgegengetreten mit der Feststellung, daß wir an der Erneuerung des Dreibundes zwar kein geringeres, aber auch nicht ein um nur ein Atom größeres Interesse hätten als andre Länder. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir dies Bündnis zwischen drei durch ihre geographische Lage und mannigfachen geistigen und historischen Interessen naturgemäß aufeinander angezogenen mitteleuropäischen Völkern nach seinem vollen Werte schätzen.

In einem Teile der auswärtigen Presse werden etwa alle Monate einmal Aeußerungen laut, wonach der Dreibund an Bedeutung verloren hat. Das ist ein harmloses Vergnügen, das wir als Trost für die erlittene Enttäuschung derjenigen gönnen können, die auf die Richtenerneuerung des Dreibundes spekuliert hatten. Diese betrübten Hopperder Brandaen wir in ihrem Vergnügen nicht zu stören. (Heiterkeit.) In französischen nationalistischen Blättern las ich phantastische Schilderungen über die Aenderungen, denen die europäische Karte unterzogen werden würde, falls der Dreibund nicht erneuert würde. In Wirklichkeit ist der Dreibund unbedändert geblieben und er wird nach wie vor dasselbe internationale Schwerkraft wie bisher in die

Wagschale werfen. Damit können wir alle ohne Unterschied der Parteistellung zufrieden sein. Gewiß ist Deutschland stark genug, um sich im Notfall auch allein behaupten zu können, aber wir wissen doch sehr wohl ein Bündnis zu schätzen, das den europäischen Frieden soweit gewährleistet, wie es durch eine verständige Politik möglich ist.

Was die Aeußerung des französischen Minister Delcassé anlangt, Italien würde sich an einem Angriffe gegen Frankreich nicht beteiligen, so kann mein verehrter Kollege damit doch nur gemeint haben, daß der Dreibund einen Defensivcharakter trägt, daß er ein Friedensbündnis ist. Wenn diese Ansicht auch in Frankreich durchdringt, können wir uns darüber nur freuen.

Deutschland strebt im Orient keinen ausschließlichen Einfluß an. Wir treiben keine aktive Orientpolitik, das bleibt unser Fundamentalsatz. Wir holen in den Balkanfragen für niemand die Masten aus dem Feuer. (Bravo! rechts.) Gerade deshalb beruht unser Verhältnis zur Türkei auf einer soliden Basis. Die Pforte vertraut auf die Loyalität unsrer Politik und bewundert das deutsche Heer, die Realität unsrer Industrie und unsrer Finanzen. Deutschland sieht jeder Maßnahme sympathisch gegenüber, die auf eine thätigste Verbesserung der macedonischen Verhältnisse ohne eine Erschütterung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinstrebt. Der russisch-österreichische Reformvorschlagn scheint mir in sehr glücklicher Weise diese Ziele zu kombinieren. Ein Fortwärtstreben in Mazedonien ohne organische Reformen wäre ebenso gefährlich wie gewaltsame Reformversuche. Deutschland begegnet sich mit Oesterreich und Rußland in dem aufrichtigen Bestreben, Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Mazedonien herzustellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haffe (natl.)

Bespricht die „Zwangsvollstreckung“ gegen Venezuela. Auf das peinlichste berührt hat uns der Haß der Engländer gegen Deutschland, der gerade bei der Aktion der Verbündeten gegen Venezuela hervorgetreten ist. Diese scharfe Stimmung Englands ist nicht neuesten Datums und nicht von den Alldeutschen verursacht. Der tiefste Grund hierfür ist der steigende Wettbewerb der deutschen Industrie mit der englischen. In Venezuela ist nicht das Ansehen Deutschlands, sondern das Ansehen Amerikas gewachsen. Der deutsche Vertreter in Amerika, Herr Sped von Sternburg, tritt außerordentlich freundlich auf. Seine Interviews sind mehr als merkwürdig. Der Herr ist doch nicht weis, sondern obgleich er eine Amerikaner in zu Frau hat, nach Amerika geschickt worden. Ist der Herr etwa als Sühnegesandter Deutschlands nach Amerika geschickt worden, obgleich wir doch gar nichts zu sühnen haben? Redner betrauert sich gegen die Bemerkungen des Reichskanzlers vom 5. Februar, daß seine Weltpolitik die Mitte halte zwischen der des Prof. Haffe und der des Abgeordneten Ledebour. Ganz andere Personen gegenüber, die in der Weltpolitik schärfere Töne anschlagen wollen, muß der Reichskanzler die mittlere Linie wahren, wenn er wirklich der leitende Staatsmann ist, leidend mit einem harten und nicht mit einem weichen „I“ geschrieben. Im Dreibund darf ein Element, das Königreich Ungarn, nicht überschätzt werden. Die Magyaren stellen einen minimalen Bruchteil — 5 Proz. — der Bevölkerung des Dreibundes dar. Dabei thun sie so, als seien sie der mächtigste Bestandteil des Dreibundes, und in der Wilhelmstraße scheint man daran zu glauben. In Ungarn regiert jetzt eine Kaste von 80 000 Juden und magyarischen Konvertiten, die aus Semiten hervorgegangen sind. Dieser Kaste fehlt jeder historische Sinn dafür, daß Ungarn seine Kultur ausschließlich den Deutschen verdankt. Ihr Anspruch, daß Ungarn ein Nationalstaat sei und darauf verzichte, ein Rechtsstaat zu sein (Abg. Ledebour: Ganz wie die Alldeutschen!), ist lächerlich. Dabei leben 45 Proz. Deutsche in Ungarn. Diese Auffassung sollten wir uns bei dem Abschluß von Bündnissen merken. In der Behandlung von Deutschen in Ungarn, die beständig beschimpft werden, zeigt sich, daß Ungarn kein Rechtsstaat ist, sondern daß auch bei der Gerichten die reine Willkür herrscht. Am 15. Februar sind die Deutschen im ungarischen Parlament auf das schwerste beschimpft worden. Das minimale Völlgehen der Ungarn erlaubt sich alle Kachobarn zu beunruhigen.

Abg. Dr. Hertel (L.):

Der Reichskanzler hat sehr optimistisch über den Dreibund gesprochen. Ich hoffe, daß er damit recht behält. Schließlich war sein Urteil doch nur relativ, als er ihn das härteste aller bisherigen Bündnisse nannte. Ich freue mich, daß der Dreibund ganz der alte geblieben ist und daß seine Erneuerung nicht durch wirtschaftspolitische Zugeständnisse herbeigeführt worden sei. Gewisse Vorkommnisse in der Zolltarif-Kommission konnten zu dieser Annahme führen, so die Ablehnung der Forderungen der deutschen Gärtnereien. Ich glaube doch offen sagen zu müssen, daß Italien und Oesterreich ein größeres Interesse an der Aufrechterhaltung des Dreibundes haben. So ist es auch mit den Handelsverträgen. Die andern Staaten haben ein größeres Interesse an der Erneuerung der Handelsverträge als wir, und dadurch wird unsre Position wesentlich gestärkt.

In der orientalischen Frage bin ich mit dem Herrn Reichskanzler durchaus einverstanden. Wir sollten uns davor hüten, durch Förderung gewisser völkereopolitischer Dinge das Mißtrauen Russlands ohne Not hervorzuwecken.

Ans der Venezuela-Affaire sind wir leidlich — eine bessere Genur kann ich nicht erteilen — herausgekommen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Forderungen der Disconto-Gesellschaft ganz unberücksichtigt geblieben wären. Es wäre erwünscht, wenn sich bei den Verhandlungen in Haag das Deutsche Reich mit diesen Forderungen nicht identifiziert. In bezug auf die Venezuela Angelegenheit ist infolge des Konflikts von der amerikanischen Konkurrenz in Venezuela verdrängt worden. — Gegen das Zusammengehen mit England habe ich durchaus nichts gegen, wir hätten vielleicht nicht so viel erreicht, wenn nicht die englische Regierung mit großer Energie, die für unsre Regierung vorbildlich sein könnte, ihre Forderungen vertreten hätte. An den scharfen Angriffen, welche die englische Regierung infolge dieses Zusammengehens über sich hat ergehen lassen, möge der Herr Reichskanzler ersehen, daß es seitens des Kanals viel schlimmere Äußerungen gibt als die uns. (Heiterkeit.) — Jedenfalls können wir wieder daraus lernen, daß wir niemand nachgelaufen haben, sondern warten, daß man an uns herantritt. Das gilt auch für unser Verhältnis gegenüber Amerika. Ich bedauere das Interview, das unser Volschaster Freiherr Sped v. Sternburg Vertretern der Presse, den kommunistischen Generalen der siebenten Großmacht, gegeben hat. Seine Aeußerung, das Wort Bismarcks, daß ein Diplomat keine Gattin nicht aus dem Lande nehmen dürfe, in dem er accreditiert ist, sei antiquiert, ist ja demontiert worden, nicht demontiert worden aber ist eine andre Aeußerung unsres Volschasters: „Er fühlte sich nicht nur berufen, die Interessen seines eignen Landes zu vertreten, sondern auch die Interessen des Landes, in dem er accreditiert sei, also der Vereinigten Staaten.“ Diese Aeußerung sagt entweder etwas Selbstverständliches, oder sie war ungemein wenig klug. Ein Volschaster hat ausschließlich die Interessen seines Landes zu wahren, dazu wird er besoldet. (Sehr richtig! rechts.) Außerdem muß ein Diplomat vorsichtig sein. Wenn auch das Aeußen im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts besonders beliebt geworden ist, so ist es doch mandamental gefährlich und besonders für einen Diplomaten. Ich hoffe, daß auch diese Aeußerung des Herrn Sped von Sternburg noch demontiert werden wird.

Herr v. Sternburg hat ja darin recht, daß in der Diplomatie heute manches antiquiert ist, was früher Geltung hatte. Zwischen Krawattenhals und Hufarenschiffen besteht nun einmal ein Unterschied. Daran ist nichts zu ändern. (Große Heiterkeit.) Es kam früher auch nicht vor, daß überwachungslose Hufarenschiffen Deutschlands von andern Mächten mit verlegender Kälte aufgenommen wurden. Trotzdem hoffe ich, daß die fundamentalen Grundsätze der

deutschen Politik aus der Zeit Bismarcks immer noch nicht antiquiert sind. (Weißall rechts.)

#### Reichskanzler Graf Bismarck:

Dr. Haffe verlangt, daß wir in Venezuela noch mehr hätten herauschlagen sollen. Was für eine Sühne schwebt ihm denn vor? Soll ich auch dem Präsidenten Castro verlangen, daß er uns einen neuen Sühneprinzen schickt? (Große Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich an dem chinesischen Sühneprinzen genug gehabt habe. (Stürmische Heiterkeit.) Es kam nur darauf an, daß Venezuela uns gegenüber seine materiellen Verpflichtungen erfüllt. Im englischen Parlamente äußerte Lord Rosebery, bei dem Ausgange der venezolanischen Aktionen hätte England 5500 Pfd. Sterling, Deutschland 68 000 Pfd. Sterling, also zehnfach mehr bekommen. Diese Summe repräsentiert den Vorteil, den England bei allen seinen Abmachungen mit Deutschland in den letzten Jahren gemacht hat. Ich halte diese Auffassung arithmetisch und politisch für unzutreffend. (Sehr richtig! rechts.) Bei allen seinen Abmachungen mit England war Licht und Schatten gleich verteilt. Aber man sieht hier wieder einmal, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt. Üben und drücken schießt die Kritik vorbei. Wir haben im großen und ganzen von Venezuela das erreicht, was wir von Anfang an erstrebt haben.

Die scharfen Angriffe gegen den Freiherren Sped v. Sternburg habe ich bereits in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung als unzutreffend zurückgewiesen. Die Anfeindungen, die ihm die amerikanischen Journalisten in den Mund gelegt haben, hat er nicht getan. Jetzt hat mir der Freiherr v. Sternburg antwortlich gemeldet, er habe in Wirklichkeit lediglich entschieden betont, daß Deutschland bei seinem Vorgehen in Venezuela nicht die Absicht gehabt habe, Landbesitz zu erwerben. Die Angelegenheit sei für Deutschland eine Geschäftssache. Ungefähr dasselbe habe ich heute selbst ausgeführt. Was die Verheiratung des Freiherrn v. Sternburg mit einer Amerikanerin anlangt, so sind die Gesuche unserer Diplomaten um Vermählung mit Ausländerinnen zu verschiedenen Zeiten verschiedentlich behandelt worden. Solche Sachen lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Am schärfsten galt der Grundsatz, daß Diplomaten keine Ausländerinnen heiraten dürfen, zur Zeit des Grafen Caprioli. Fürst Bismarck hat in mehreren Fällen davon Ausnahmen gemacht. Eine so doktrinaire Auffassung, wie sie Dr. Haffe vertritt, wäre ihm nicht congenial gewesen. Daß ich nicht alle Fälle erwähne, werden Sie verstehen. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck hat z. B. dem langjährigen Votschaffer in Petersburg, General v. Schweinitz und ebenso unserem Votschaffer in Madrid, Herrn v. Stumm, die Vermählung mit Amerikanerinnen gestattet und ausdrücklich dabei hervorgehoben, daß die Amerikanerinnen keinen Grund hätten, gegen die nationalen Bestrebungen Deutschlands aufzutreten; eine Verweigerung des Konsenses würde eine außerordentlich unerwünschte Rückwirkung auf unsere sorgfältig gepflegten Beziehungen zu Amerika haben. Dr. Hertel hat den gewaltigen Schatten des Fürsten Bismarck auch mit der Erwähnung der Kaiserkrone heraufbeschworen. Bismarck zog aber seine Kaiserkrone nur dann an, wenn es ihm notwendig erschien. (Sehr richtig!) In anderen Fällen konnte er sehr vorsichtig sein und verstand sich wohl auf das Einklinken, so in der Samoa- und der Karolinenfrage. Speziell unsere Beziehungen zu Amerika hat er immer auf das sorgsamste gepflegt.

Ich muß mein Bedauern ausdrücken über die Art, wie Dr. Haffe sich über einen seit vielen Jahren mit uns verbündeten Staat ausgesprochen hat. Wir haben zu einer derartigen Kritik der inneren Verhältnisse anderer Staaten kein Recht und auch kein Interesse daran. Wir selbst würden uns eine derartige Kritik auf das energischste verbitten. (Sehr richtig!) Solche Kritik entfremdet uns nur die Sympathien derjenigen Kreise, auf die die deutsche Politik bisher rechnen konnte, ohne die Lage unserer Stammesgenossen in dem betreffenden Lande irgendwie zu verbessern. Für unsere Volksgenossen, die Bürger eines anderen Staates und rechtlich von uns getrennt sind, können wir nicht diplomatisch intercedieren. Von diesem Grundsatz des Fürsten Bismarck wird keiner seiner Nachfolger jemals abweichen. Gerade weil wir wünschen, daß das magyarische Volk sich nicht absperrt gegen die deutsche Kultur, dürfen wir bei ihm kein Mißtrauen gegen uns erwecken. (Sehr richtig!)

Redner verliest zwei Erlasse des Fürsten Bismarck, deren erster aus dem Jahre 1888 stammt. Damals hatte der Deutsche Schulverein, an der Spitze Prof. v. Bunsen, sich über die ungleichmäßige Behandlung der siebenbürgischen Sachsen in einer Schulfrage beklagt. Bei einem Zusammenreffen auf einem Diner hatte der deutsche Generalkonsul in Budapest dem ungarischen Kultusminister versichert, daß das Deutsche Reich keine Stellung nehmen könne zu den inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. Fürst Bismarck hatte den Bericht über die Unterhaltung mit Handglossen versehen. Bei Erwähnung des Namens Bunsen heißt es: „Professor, das mildert den Eindruck!“ (Stürmische Heiterkeit.) Beim Schulverein wird hinzugefügt: „Der und drohen!“ (Heiterkeit.) An einer anderen Stelle heißt es: „Das ist nicht Politik, sondern Kreidricherei!“ (Erneute Heiterkeit.) Ich hoffe, daß es den Worten des Fürsten Bismarck gelingen wird, was mir bisher noch nicht gelungen: dem Herrn Abg. Haffe den Unterschied klar zu machen zwischen Phantasie und Wirklichkeit, zwischen Gefühlspolitik und zwischen jener realen Politik, die allein dem Lande frommt und an der ich festhalten werde. (Bravo!)

#### Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Herr v. Hertling hat uns weise Zurückhaltung in den auswärtigen Angelegenheiten anempfohlen. Ich bin anderer Ansicht. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, sich um die auswärtige Politik im vollsten Maße zu kümmern, da es von ihren Folgen im weitesten Umfange betroffen wird. Da der Herr Reichskanzler auch zu der Frage des Dreibundes sich wieder geäußert hat, freilich ohne etwas Neues zu sagen, will ich auch die Stellung meiner Partei zu dieser Frage präzisieren. Wir stehen dem Dreibunde nicht in dem Sinne feindlich gegenüber, als ob wir ihn als ein besonderes Uebel betrachten, wir können aber nicht anerkennen, daß solche Koalitionen wie der Dreibund oder der Zweibund irgend eine weltliche Bedeutung für den Gang der menschlichen Kultur haben. Man kann ja der Ansicht sein, daß die Bildung solcher Bündnisse eine größere Vereinfachung und Durchsichtigkeit der ganzen internationalen Beziehungen zur Folge hat, aber etwas besonders Wertvolles bringen solche Bündnisse nicht. Sie bedeuten nichts anderes, als daß die Kriegsrüstungen, die sonst jede einzelne Nation für sich betreibt, innerhalb gewisser größerer Vereinigungen und deshalb vielleicht in noch höherem Maße betrieben werden. Wir sehen ja, daß trotz des Drei- und Zweibundes die Kriegsrüstungen immer weiter gehen. Mit den fortwährenden Kriegsrüstungen in Widerspruch stehen freilich die üblichen Friedensbetreibungen; wird aber einmal wie nach dem Manifest des Zaren wirklich der Versuch gemacht, diese Betreibungen in die Wirklichkeit umzusetzen, so endet dieser Versuch mit einem blutigen Fiasko. Wir müssen an Stelle dieses bewaffneten Friedens, dieses Scheinfriedens, eine wirkliche internationale Friedenspolitik, in der die Nationen ihre gemeinsamen Kulturinteressen wahren und danach streben, die militärischen Lasten, die sie alle bedrücken, herabzumindern und zu befeitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was die Venezuela-Angelegenheit betrifft, so hat ja der Herr Reichskanzler wieder alles in rosigsten Lichte gemalt, sein glückliches Temperament läßt ihn ja stets seine eigene Politik in den heitersten Farben erscheinen. Die Censur „leidlich“ kann ich dieser Expedition nicht zurechnen. Es ist sehr viel Aufsehbares und viel Bedauerliches in ihrem Verlaufe vorgekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich fürchte, der Nachtrags-Etat wird ergeben, daß die Prozentsätze der Streitmünze übersteigert werden. Dabei wissen wir noch gar nicht einmal, ob bei der trostlosen Finanzlage Venezuelas die Hoffnung auf die Zahlung der Entschädigungen sich erfüllen wird. Es hat mich gefreut, daß der Herr Reichskanzler zugestanden hat, daß er an dem einen Sühneprinzen genug habe, er scheint also doch zuzugeben, daß auch er Fehler machen könne. Deutschland hätte sich von vornherein nicht nur mit England und Italien, sondern mit allen Schuldnern Venezuelas ver-

einigen müssen, dann hätte es einen moralischen Druck ausüben und ohne die jetzt entstandenen Kosten früher dasselbe erreichen können. Man hat ganz vergessen, die Politik der Vereinigten Staaten in Rechnung zu ziehen. Es ist sehr charakteristisch, daß Präsident Castro den Vertreter der Vereinigten Staaten telegraphisch seiner „ewigen Dankbarkeit“ versichern konnte „für die rasche Entschlossenheit, mit der er der Sache der Gerechtigkeit gedient habe“. Thatsächlich hat das Ansehen der Vereinigten Staaten in Südamerika seit der Expedition ganz außerordentlich zugenommen. Die Amerikaner haben uns aus der Thür, zu der wir stürmisch hineindringen wollten, in aller Liebenswürdigkeit zurückkomplimentiert. Auch handelspolitisch hat nicht Deutschland, sondern Amerika den Vorteil der Expedition. (Sehr wahr! b. d. Soc.) Was das Verhalten des „Panther“ vor dem Fort St. Carlos anlangt, so wurde zunächst mehrfach berichtet, daß der „Panther“ in aggressiver Absicht in die Lagune von Maracaibo eindringen wollte. Nachher wurde es so dargestellt, als ob der „Panther“ sich nur einen besseren Ankerplatz habe suchen wollen. Dabei habe ganz unberechtigterweise der Kommandant des Forts schießen lassen, und der „Panther“ habe antworten müssen. Man weiß, daß dies Gerücht das Ansehen der deutschen Flagge nicht gerade erhöht hat. Trotz seiner überlegenen Armierung vermochte der „Panther“ nicht, das Fort zum Schweigen zu bringen. Allerdings telegraphierte man die Nachricht von einem glänzenden Siege in die Welt hinaus. Jedenfalls hätte doch der Befehlshaber des „Panther“, falls er nur einen besseren Ankerplatz einnehmen wollte, dem Kommandanten des Forts St. Carlos davon eine geeignete Mitteilung machen müssen, sonst mußte der Kommandant die Bewegung des Schiffes für eine feindliche halten. Es scheint hier wieder jener Schnelligkeitsdrang mitzuspielen, der ja neuerdings bei der Marine von hoher Stelle gefördert wird. Man hat sogar eine Ordensdekoration, die sonst nur Personen zum, einem Schiffe verliehen! Da werden natürlich einzelne Schiffsbefehlshaber den Wunsch haben, auch für ihr Schiff einen Orden pour le mérite zu bekommen wie der „Atis“.

Der Reichskanzler hat auch heute in den ihm üblichen unbestimmten Redewendungen über die Weltpolitik gesprochen. Im Januar hat er gegenüber meiner Partei erklärt, wir wollten eine Rüstungspolitik machen, würden aber in unfern Schindenhäusern zertreten werden. Das ist ein absolut verfehlter Versuch, die Anschauungen meiner Partei zu widerlegen. Schon lange bevor der Reichskanzler an seine Weltpolitik gedacht hat, sind wir unsrerseits Weltpolitiker gewesen, nur ist unsere Weltpolitik grundverschieden von der des Reichskanzlers. Wir wünschen eine friedliche internationale Politik, die darauf hinausgeht, unsere handelspolitischen Beziehungen zu fördern, uns wirtschaftlich zu stärken. Bei der Politik der gepanzerten Faust, sowohl in China wie in Venezuela, vermissen wir ein solches Bestreben durchaus. Ich erinnere an die Stimmungen, die in den Vereinigten Staaten entstanden sind infolge unfer Vorgehens in Venezuela und gewisser Liebenswürdigkeiten, die man den Vereinigten Staaten in geradezu aufdringlicher Weise erwiesen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon gelegentlich der Reise des Prinzen Heinrich darauf hingewiesen, wie wenig Sympathien und höflich-ceremonielle Liebenswürdigkeiten in Amerika erwecken. In den Vereinigten Staaten laßt man über uns, man hat keinen Respekt vor uns, man behandelt uns mit einer Geringschätzung, die begreiflich ist. Selbst meine Partei, sicherlich keine monarchistische Partei, hat keine Freude an diesen Vorzommnissen. Möge der Reichskanzler dafür sorgen, daß unsere auswärtige Politik sich ebenso fernhalte von aufdringlicher Liebenswürdigkeit gegenüber mächtigen Staaten wie von einem überhöflichen Vorgehen gegenüber Schwachen und Kleinen Staaten.

In der Budgetkommission hat man sich auch über die außerordentlich hohen Depeschekosten im Etat des Auswärtigen Amtes unterhalten und letzteren durch einen Abtritt von 15 000 M. einen kleinen Denkfattel verabschiedet. Nun hat dieselbe Kommission, die seiner Zeit diese Angelegenheit zur Sprache brachte, die „Zukunft“, die offenbar über diese Sache sehr gut unterrichtet ist, darauf hingewiesen, daß die Budgetkommission noch gar nicht einmal den vollständigen Sachverhalt gekannt habe. Solche byzantinisch weitschweifigen Depeschen würden nicht nur von Berlin nach Wien, sondern sie gingen gerade auch von Berlin aus und erst das Berliner Beispiel habe die besseren Sitten der Diplomaten im Auslande gebildet. Möge der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vor allem an einer gewissen sehr hohen Stelle dafür Sorge tragen, daß solche überflüssigen und unnützen Depeschen vermindert werden.

Ich komme zu mehreren Einzelvorzommnissen, die in ihrer Gesamtheit symptomatische Bedeutung haben für ein gewisses System der Unterwürfigkeit, das die deutsche Regierung gegenüber Rußland beobachtet.

Das russische Polizei- und Spionwesen macht sich in neuerer Zeit bei uns in Deutschland mehr und mehr geltend und seitens der deutschen Behörden werden dieser Polizeiwirtschaft in geradezu systematischer Weise Gefälligkeiten erwiesen. Es hat sich dafür ein wahrhaft erschreckendes Material angehäuft. Mein Parteigenosse Bebel hat schon am 4. März v. J. den Fall der Frau Angel vorgebracht, die ohne jeden berechtigten Grund von den russischen Behörden verhaftet und monatelang gefangen gehalten worden ist. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat im vorigen März erklärt, er werde diese Angelegenheit sorgsam im Auge behalten. Da ist es nun so veränderlich, daß diese Frau auch weiterhin seitens der russischen Behörden in grausamer Weise behandelt worden ist. Der Staatssekretär sagte damals, der deutsche Konsul in Libau habe ihm berichtet, die Untersuchung sei seit Januar beendet worden und der Widspruch der Angelegenheit stehe unmittelbar bevor. Aber erst im Juli vorigen Jahres konnte der Anwalt der Frau Angel mitteilen, daß sie „wegen politischer Vergehen“ unter Anrechnung der Untersuchungshaft als Strafe für immer aus Rußland ausgewiesen sei, und dann dauerte es wieder noch lange Zeit, bis die Frau wirklich freigelassen und über die deutsche Grenze gebracht wurde. Das geschah erst im August vorigen Jahres. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Welche politischen Vergehen soll eigentlich diese alte Frau begangen haben? Sie selbst weiß es gar nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Frau wurde der Teilnahme an Schmutz mit verbotenen Schriften beschuldigt, ist aber nur ein einziges Mal verhört worden. Man ist immer nur auf sie eingedungen, sie solle Aussagen machen gegen andere Personen, gegen russische Staatsangehörige, die angeblich verbotene Schriften über die Grenze geschmuggelt haben sollten, sowie gegen den eignen Ehemann, der in seinem Danke Schriften, die in Rußland verboten sind, verborgen halten sollte. Selbst wenn das wahr wäre, was absolut unbewiesen ist, so bleibt es doch unverständlich, daß man sie so unendlich lange gefangen halten konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sogar der deutsche Konsul in Libau hat von der Frau im Gefängnis verlangt, daß sie Aussagen machen solle gegen andre Personen, auch gegen den eignen Ehemann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie die Wahrheit sage, dann könne sie sofort freigelassen werden, andernfalls könne sie noch zehn Jahre hier sitzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als die Frau erwiderte, daß sie doch nichts sagen könne, soll sich der deutsche Konsul an den russischen Gefängnisbeamten gewandt haben mit den Worten: „Dann kann man die Frau auch nicht freilassen!“ Wenn das wahr ist, so hat sich der deutsche Konsul zu einem Werkzeug der russischen Polizeiwirtschaft hergegeben. Das ist aber kein vereinzelter Fall. Ganz ähnlich ist es der Frau Buchholz aus Charlottenburg gegangen, die im vorigen Sommer Verwandte in Kofan besuchte. Sie wurde verhaftet und nach Petersburg gebracht, nicht weil sie in Rußland etwas getan, sondern weil sie in Deutschland etwas gegen Rußland unternommen haben soll. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie bei dem Feste eines russischen Vereins die Göttin der Freiheit dargestellt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach monatelanger Haft stellte sie heraus, daß die Frau nicht bestraft werden könne. Sie wurde ausgewiesen und zwar sollte sie auf dem Stappenwege nach Deutschland gebracht werden. So wurde mit einer deutschen Reichsangehörigen in Rußland umgefahren. Es muß anerkannt werden, daß das Auswärtige Amt in diesem Fall, soweit es unmittelbar beteiligt war, seine Pflicht nicht vernachlässigt hat. Der Ehemann wandte sich an das

Auswärtige Amt mit der Bitte, sich dafür zu betheuern, daß die Frau per Eisenbahn nach der Heimat zurückgebracht würde. Das Auswärtige Amt war bereit, diesem Ersuchen nachzukommen. Der deutsche Votschaffer in Petersburg machte der russischen Regierung eine entsprechende Mitteilung, und es wurde ihm zugesagt, daß die Frau direkt reisen dürfe, wenn das erforderliche Geld gezahlt werde. Als er jedoch das Geld, das sofort telegraphisch gefandt wurde, übergeben wollte, erhielt er die erschütterliche Mitteilung, die Frau sei schon auf dem Stappenwege. So magt man in Petersburg mit dem deutschen Votschaffer umzugehen! Ich bedauere, daß der Votschaffer sich so hat abweisen lassen. Das allermindeste, was hätte geschehen müssen, wäre doch gewesen, daß die unteren russischen Behörden dann sofort angewiesen wären, die Frau direkt reisen zu lassen. Das ist nicht geschehen. Die Frau, die ein Krankheitszeugnis eines hiesigen Arztes hatte, wurde von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt, mit Verbrohern und Zuchthäusern zusammen transportiert, in den eiskältesten Räumen untergebracht und des Geldes, das sie bei sich hatte, beraubt, so daß sie nicht einmal Lebensmittel kaufen konnte. (Hört! hört!) Nach einer ganzen Reihe von Stationen kam sie ohne einen Pfennig Geld nach Sibirien und war auf das Mitleid fremder Personen angewiesen. Das sind wahrhaft barbarische Zustände. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist an sich schon ungeheuerlich, daß eine deutsche Reichsangehörige einem Gerichtsverfahren unterworfen wird, das alle Anforderungen moderner Rechtsanschauung Hohn spricht. Und nun kommt dieses barbarische Transportverfahren gegen eine kranke Frau hinzu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Alle diese Dinge wären nicht möglich, wenn die russische Regierung nicht an verschiedenen Stellen des Reichs und auch in Berlin ihre eignen Polizeidepartements hätte. Sie scheint die deutsche Polizei für unfähig zu halten, die Überwachung der Russen vorzunehmen. Zahlreiche russische Polizeibeamte sind mit der Spionage betraut, die sich auch gegen Angehörige unferes Volkes richtet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und es ist ja bekannt, daß der Polizeispion, der immer etwas bringen muß, auch meist falsche Nachrichten bringt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den russischen Behörden wird das weitgehendste Entgegenkommen erwiesen. Das allerhöchste ist, daß unsere Universitäten sich zu Bediensteten der russischen Polizei hergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Berliner Universität und an den Hochschulen hier werden die Papiere der russischen Studenten, die um ihre Immatrikulation einkommen, der russischen Polizei zur Prüfung überreicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus Darmstadt kommt eine ähnliche Nachricht. Dort ist russischen Studenten die Immatrikulation abgelehnt worden mit den Worten: „Bei einmal von einer russischen Universität verwiesen ist, den brauchen wir auch hier nicht.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es hat beinahe den Anschein, als ob hier eine allgemeine Verfügung an alle Universitäten vorliege. Das ist ärger wie in den schlimmsten Zeiten der Demagogie. Aber damals standen die Hochschulen und die Professoren auf Seiten der freiheitlichen Bewegung. Heute ist das Verhältnis umgekehrt. Heute sind die Professoren bereit, ihre Institute zu Filialen der russischen Polizei herabzuwürdigen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wo sind die Herren Professoren, die bei der Flottenvermehrung sich an die Dessenlichkeit wandten? Gegen solche Mißstände erheben sie keinen Protest. (Sehr wahr! b. d. Soc.) Ich frage den Reichskanzler, ob eine derartige einheitliche Anordnung erlassen worden?

In dem folgenden Fall scheint das Auswärtige Amt nicht direkt beteiligt zu sein. Um so schlimmer, weil der Fall beweisen würde, daß untergeordnete Behörden sich unbefugt Rechte anmaßen. Im Juli vorigen Jahres wurde der Student Kalajew in Pskolow verhaftet. Am 10. August vorigen Jahres wurde er ausgewiesen und der russischen Grenzpolizei übergeben. Kalajew war unmittelbar nach Ueberreichung der österreichischen Grenze verhaftet worden, seine Effekten wurden untersucht, und politische und russische Schriften gefunden, die verdächtig schienen. Er wurde dem Amtsgericht in Pskolow übergeben. Der Untersuchungsrichter dort teilte seinem Anwalt, den seine Freunde ihm besorgt hatten, mit, daß die Schriften nach Weihen zur Untersuchung des Inhalts übersandt worden seien, und daß er entweder unter Anklage gestellt oder enthaftet werden würde. Von einer Auslieferung war keine Rede. Der Anwalt erklärte, daß sein Klient im Falle der Auslieferung nach Oesterreich überwiesen zu werden wünsche. Es stellte sich nun heraus, daß nach deutschen Gesetzen der Student nicht bestraft werden konnte. Es ist unverständlich, wie überhaupt das Untersuchungsverfahren gegen den jungen Mann weitergeführt werden konnte. Es grenzt geradezu an Freiheitsberaubung. Weit schlimmer aber ist es, daß Kalajew nicht auf freien Fuß gesetzt wurde, sondern daß sich das Gericht mit der Polizei in Verbindung setzte und ihn den als schuldlos erkannten jungen Mann übergab. Der Regierungspräsident von Opatow erteilte dann die Genehmigung zur Ausweisung des Kalajew. Der Student wurde den russischen Grenzbehörden vorgelegt und der Gendarmereileitnant ausdrücklich gebeten, nach Pskolow zu kommen und ihn sich anzusehen. Trotz seiner Proteste wurde der Student dann gewaltsam an die Grenze gebracht und in die Hände der russischen Schergen geliefert. Dabei wäre die österreichische Grenze noch leichter zu erreichen gewesen. Wie das Schicksal des Kalajew sich gestaltet hat, weiß ich nicht bestimmt. Es wird mir mitgeteilt, daß er bereits in Freiheit gesetzt worden sei, weil ihm von den russischen Behörden nichts nachgewiesen werden konnte. Dann wäre die schamlose Handlung also ganz überflüssig gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch dieser Fall ist nicht vereinzelt. Das „Oberschlesische Tageblatt“ erzählt, daß ein untergeordneter Grenzbeamter in gleicher Weise einen Russen, ohne ihn erst seinen Vorgesetzten vorzuführen, dem Gendarmereileitnant in Rußland abgeliefert habe, und daß er dafür 25 Rubel und die silberne Medaille vom Zaren für seinen Eifer erhalten habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat den Fall Kalajew zu verdunkeln gesucht. Aber jeder Satz ihrer Erklärung ist unwahr. Es waren nicht anarchoistische Schriften, sondern Schriften, die im Verlage des sozialdemokratischen Verlages in Krakau erschienen sind und in Oesterreich ruhig verbreitet werden dürfen. Der Reichstag ist für diese Fragen zuständig, denn das Reich führt die Aufsicht über die Grenzpolizei. Das Recht eines Ausgewiesenen, sich die Grenze zu wählen, steht für politische Flüchtlinge von alterher fest und wird von allen Völkerrechtslehrern anerkannt. Es handelt sich um eine widerwärtige Liebedienerei der Grenzbehörden gegen Rußland. Um einen Vorwand zu finden, haben verschiedene Zeitungen behauptet, Kalajew sei Anarchist gewesen und es beständen Abmachungen gegen die Anarchisten zwischen verschiedenen Staaten, Kalajew ist kein Anarchist gewesen. Aber ich frage den Reichskanzler: Bestehen derartige Abmachungen, die doch noch schlimmer wären als der reaktionäre Auslieferungsvertrag, der zwischen Deutschland und Rußland vor etwa 18 Jahren abgeschlossen worden ist? Bestehen solche Abmachungen, dann muß der Reichstag protestieren, denn sie können nur unter Umgehung seiner Rechte abgeschlossen worden sein. Der Kampf der studentischen Bewegung in Rußland hat vielfache Ziele, die selbst Sie von der Rechten billigen müssen.

Ein ähnlicher Fall wird auch Stallschönen bekannt. Auch hier sollte ein Russe, der Schweizer Bürger ist, vom Landrat an Rußland abgeliefert werden. Erst im letzten Moment wurde es verhindert. Sollten solche Abmachungen mit Rußland nicht bestehen, so möchte ich den Reichskanzler bitten, seinen Einfluß bei den Einzelstaaten dahin geltend zu machen, daß diese nicht in so schmählicher Weise den Wünschen der russischen Regierung nachkommen. Das deutsche Volk bedankt sich für eine solche Bedienung des russischen Absolutismus und der russischen Reaktion. Man spricht so viel von der Wahrung der deutschen Ehre und des deutschen Ansehens. Sie können nicht gewahrt werden, wenn man die russische Reaktion gegen die russische Jugend fördert, die bessere Zustände im Heimalande schaffen will. Hier ist ein weites Gebiet für den Reichskanzler zur Wahrung der deutschen Ehre vorhanden. Sorgen Sie dafür, daß Ihre Politik wieder auf den Boden der Würde und der Ehre zurückkehrt! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hr. v. Nischosen:**

In drei der von dem Herrn Vordrager vorgebrachten Fälle handelt es sich um Ausweisungen. Die Ausweisung gehört aber zur Befugnis der Landespolizei, nicht der Reichsregierung, daher für diese Fälle kompetent, sondern das preussische Abgeordnetenhaus. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Außerdem handelt es sich in dem einen Fall um einen Destrierer, in dem zweiten um einen Säweger, in dem dritten Fall um einen Kutscher. Ihre Interessen wahrzunehmen gehört daher nicht zur Kompetenz des deutschen Reichstages, sondern ist Aufgabe der Vertreter dieser Staaten. Irgend welche Beschwerden über Schädigungen von Staatsangehörigen ihrer Länder sind mir aber von den betreffenden Reichstagen nicht zugegangen. (Lachen und große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Betreffs des Falles Kalajew habe ich mich an den Herrn Minister des Innern gewandt. Bei Kalajew sind 104 Schriften mindestens verdächtigen Inhalts gefunden worden, in denen z. B. von „Schrecklicher Rache an den Kerkern“ die Rede ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls hatte die Polizei das Recht Kalajew auszuweisen. (Abg. Sebel: Aber nicht auszuliefern!) Eine Auslieferung hat nicht stattgefunden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Weil der Antrag auf Auslieferung von Russland gar nicht gestellt war. — Im übrigen haben auch wir ein Interesse daran, das Treiben der Anarchisten nicht zu unterstützen. Die russische Regierung hat den Wunsch ausgesprochen, daß es ihr ermöglicht werde, das Thun und Treiben der russischen Anarchisten in Deutschland zu überwachen, und wir haben ihr gern gestattet, daß sie sich in dieser Beziehung informiert. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen damit nicht vereinzelt da; auch in Paris überwacht die russische Polizei das Treiben der Anarchisten. (Hört! hört! rechts.) Das ist bei dem gemeinsamen Interesse, welches sämtliche Staaten gegenüber den Anarchisten haben, ganz erklärlich. — Die Fälle Stugel und Buchholz dagegen gehören zur Kompetenz des Auswärtigen Amtes. Frau Stugel war überführt, daß sie ihrem Manne behilflich gewesen war, Erzeugnisse der revolutionären Presse nach Russland einzuführen. Wir haben uns der Frau nach Möglichkeit angenommen, hätte sie denn ihr erteilten Rat befolgt, so wäre sie wahrscheinlich noch früher freigelommen. Während in diesem Falle der Mann für seine Frau fast nichts gethan hat, hat sich Herr Buchholz seiner Frau in hohem Grade angenommen. Der Mann hat sich gar nicht sehr erfreut gezeigt über die Substanz, die von seinen der sozialdemokratischen Partei diesem Falle gegeben worden ist. Er hat betont, daß er dem Artikel des „Vorwärts“ gänzlich fern stehe und hat dem Auswärtigen Amt seinen Dank für die Vermittlung ausgesprochen. Diese beiden Fälle liegen jedenfalls so, daß das Auswärtige Amt keine Schuld trifft.

Wenn die Herren, welche solche Fälle vorbringen, lieber daran hinarbeiten, daß niemand den Versuch macht, mit revolutionären Schriften nach Russland hineinzukommen, so würden derartige Fälle nicht vorkommen. Es ist ja bekannt, daß in Russland nicht solche Institutionen bestehen wie bei uns und daß wer mit revolutionären Schriften dort betroffen wird, sich die Finger verbrennt.

Abg. Schrader (fr. Vg.): Die Ausweisung des Herrn v. Nischosen auf die von Herrn Stadnauer vorgebrachten Fälle war durchaus ungenügend. (Sehr wahr! links.) Die Ausweisung nach der russischen Grenze ist nur eine andere Form der Auslieferung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich ebenso wie Abg. Dr. Hasse, daß die Aufreizungen in der Presse gegen andere Nationen aufgehört haben. Es giebt aber noch eine andere Stelle, von der aus man die Nationen gegen einander aufreizen kann, das sind die Parlamente. Deshalb sollten auch wir in der Kritik anderer Nationen im Parlamente eine gewisse Zurückhaltung üben. Ich freue mich darüber, daß die venezolanische Angelegenheit erledigt ist. So billige ich die Auffassung des Reichstages, daß wir ein Interesse an der Erhaltung des territorialen Bestandes der Türkei haben. Wir sollten uns hüten, die Kreise unserer auswärtigen Politik, wenn es nicht unumgänglich notwendig ist, zu stören. (Beifall links.)

Abg. Dr. Paasche (nalk.): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zu konstatieren, daß Dr. Hasse keine Ausführungen nicht im Namen der Partei gemacht hat. (Heiterkeit und Rufe! Aha!) Er hat gesprochen als Vertreter des Alldeutschen Verbandes.

Dr. Dertel meinte, wir hätten in Venezuela eine Suppe auszulöffeln, die die Disconto-Gesellschaft eingebracht habe. (Dr. Dertel ruft: Das Gegenteil!) Dagegen möchte ich entschieden protestieren. Die von der Disconto-Gesellschaft gebaute venezolanische Bahn ist ein Kulturwerk allerersten Ranges. Das mannhafte Auftreten der deutschen Regierung gegen Venezuela verdient unsere volle Billigung.

Abg. Beth-Koburg (fr. Vp.) verbreitet sich über unse politische Beziehungen zu Amerika. Die Separationen gegen Amerika sollten endlich aufhören.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Budget-Kommission des Reichstags.**

In der Sitzung am Donnerstag wurden zuerst die Zölle und Verbrauchssteuern behandelt. Die Gesamtsumme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern ist auf 795 1/2 Millionen veranschlagt gegen 819 Millionen Mark im Vorjahre.

Vor der Debatte über die einzelnen Positionen eröffnet wurde, brachte der Referent Abg. Speck einige Angelegenheiten allgemeiner Natur zur Sprache. Er fragte u. a. an, weshalb in der Kommission zur Neuordnung des Warenverzeichnis die württembergische Regierung und die Hansestädte nicht vertreten seien. Staatssekretär des Reichshandelsamts, Freiherr v. Thielmann: Der Vertreter Württemberg habe erklärt, daß es zur Zeit nur einen einzigen Beamten zur Verfügung habe, der zur Mitarbeit in jener Kommission geeignet erscheine. Württemberg habe aber für die Entsendung dieses Beamten die Bedingung gestellt, daß alle übrigen Mitglieder der Kommission in demselben Range wie jener Beamte stehen. Da dies nicht der Fall sei, habe sich eine Vertagung der württembergischen Regierung an dieser Kommission nicht ermöglichen lassen. Bezüglich war ferner die Klage des Centrums-Abgeordneten Speck darüber, daß die Rosenkränze und Glasperlen mit etwas unedelm, versilbertem Schmuck nicht mehr zu dem sehr hohen Satze für versilberte Waren, sondern zu dem viel niedrigeren Satze für Glaswaren verzollt werden. Man wurde von einem Geheimrat geantwortet, daß dies geschehen sei, damit nicht mehr den frommen Kaufleuten diese Rosenkränze durch einen unverhältnismäßig hohen Zoll gar zu sehr verteuert werden.

Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Zundersteuer, deren Ergebnis auf 98,629 Millionen Mark veranschlagt worden ist. Dies ist gegen das Vorjahr ein Minus von 10,268 Millionen Mark. Der Referent Abg. Speck vertrat die Ansicht, daß die Steuer mit einer viel zu niedrigen Einnahme eingeleitet sei. Er beantragte, sie um 15 Millionen zu erhöhen. — Geheimrat Pflaß gab zu, daß seit Abschluß des Cigar-Entwurfs sich die Auswärtigen für die Zundersteuer erheblich verbessert haben und der voraussichtliche Ertrag der Steuer um 3 Millionen Mark höher angesetzt werden könne. Trotzdem hat er von dieser Erhöhung abgesehen, da bei der Raubbausteuer ein Ausfall in derselben Höhe zu erwarten sei. — Diesen Ausführungen traten in der Debatte alle Redner entgegen. Durch die Herabsetzung der Zundersteuer sei der Zunderer im August und September vorigen Jahres genötigt gewesen, den Zunderpreis von 59 auf 55 M. herunterzusetzen. Dies habe sofort eine ganz bedeutende Steigerung des Zunderkonsums zur Folge gehabt. Zur September- und Oktober dieses Jahres werde Zunder sogar für 11 M. angeboten. Es werde also eine weitere Verbilligung des Zunders und damit eine weitere Zunahme des Konsums von Zunder eintreten. Auch das Verbot, Sacharin zu verwenden, werde fruchtlos auf einen geheizten Verbrauch des Zunders hinarbeiten. Je mehr Zunder aber im Innlande konsumiert werde, um so höher sei die Einnahme aus der Zundersteuer. Unter diesen Umständen sei die Erhöhung des Ertrages nur

15 Millionen Mark noch sehr möglich. Abg. Richter beantragte daher, die Summe um 19 Millionen Mark zu erhöhen. Ferner wurde es gerügt, daß die Finanzbehörde jetzt, nachdem — wie sie selbst zu geneigt — die Erfahrung erwiesen habe, daß der Etatsvoranschlag auf unrichtigen Voraussetzungen aufgebaut sei, nicht eine richtige Aufstellung ausgearbeitet habe. Schließlich wurde der Antrag Richter: Erhöhung der Einnahme um 19 Millionen Mark, mit 12 gegen 13 Stimmen abgelehnt und dann der Antrag Speck: Erhöhung um 15 Millionen Mark, einstimmig angenommen.

Bei der Fortsetzung fragte Abg. Speck, ob der Unterstaatssekretär v. Scharnt von Clich-Bohringen ein Recht dazu gehabt habe, im vorigen Landes-Ausschuß die Erklärung abzugeben, daß der Bundesrat eine Reichs-Viersteuer plane. Eine solche Steuer würde im Widerspruch mit dem Reichsvertrag stehen, da Bayern der Versicherungsvereinschaft nicht angehöre. — Staatssekretär Richter v. Thielmann: Ihm sei der Wortlaut jener Rede des Herrn v. Scharnt nicht bekannt; auch habe er sich nicht für berechtigt, an dieser Stelle auf die Rede eines Beamten eines Einzelstaates einzugehen. Inwiefern aber eine Reichs-Viersteuer im Widerspruch stehen würde mit einem Reichsvertrag eines Bundesstaates; mit dieser Frage hat zu beschäftigen, sei in erster Linie Sache des Bundesrats. — Abg. Speck konstatierte „mit Freuden“, er entnehme aus der Antwort des Staatssekretärs, daß von einer Reichs-Viersteuer keine Rede sei.

Auch das Kapitel „Stempelabgaben“ führte zu einer längeren Debatte. Abg. Dr. Arndt wies auf die Mißstände hin, welche das Lotteriewesen der Einzelstaaten zur Folge habe. Er beabsichtige, die Anregung dafür zu geben, daß durch ein Reichsgesetz den Einzelstaaten verboten werde, eine neue Landeslotterie einzurichten oder eine schon bestehende Lotterie zu erweitern. Gegen diese Anregung protestierten die Abg. Freese und Graf v. Oriola, weil durch ein solches Verbot diejenigen Bundesstaaten geschädigt würden, welche noch keine Landeslotterie haben. Außerdem erklärte der Vertreter der heftigen Regierung, Herr Krug v. Nidda, daß seine Regierung etwähnlich bestrebt sei, jede Ungehörigkeit bei dem Vertrieb der hessisch-thüringischen Lose zu verhindern. Die Vorwürfe, welche in dieser Sache gegen seine Regierung im preussischen Landtage erhoben wurden, seien unbegründet.

Die weitere Debatte wurde auf die nächste Sitzung am Freitag vertagt.

Zur Frage der militärtechnischen Hochschule ist dem Reichstage ein Antrag Stadmann zugegangen, für eine an die Vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule anzuschließende militärtechnische Akademie zur Weiterbildung von Offizieren in den speziellen militärtechnischen Fächern 100 000 M. zu bewilligen.

Im Behnen des Abgeordneten Freiherrn v. Heereman ist eine Wendung zum Schlimmen eingetreten, sein Zustand giebt zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß.

**Der Erinnerung an die Märzämpfe**

waren verschiedene Versammlungen gewidmet, die unsre Parteigenossen in mehreren Berliner Wahlkreisen, sowie in einigen Vororten am Abend des 18. März veranstaltet hatten. Die Versammlungen, über die wir nachstehend berichten, waren gut besucht und von einer der Bedeutung des Tages entsprechenden Stimmung befeuert.

**Fünfter Wahlkreis.**

Die Genossen und Genossinnen hatten sich im „Schweizergarten“ am Königsplatz versammelt. Reichstags-Abgeordneter Rosenow behandelte eingehend die Zeit der letzten zehn Jahre vor Ausbruch der Revolution. Er wies unter Anführung vieler interessanter Einzelheiten nach, in wie hohem Maße sich der Jüdischthum der Freiheitsdranges im Volke angehaftet hatte, und warum dieser schließlich zu einer gewaltsamen Entladung führen mußte. Weiter schilderte er dann in anschaulicher Weise die Paritätendämpfe des 18. März sowie die verschiedenen Vorgänge am 19. März im königlichen Schloß zu Berlin. Alsdann die heutige Reaktion und die politische Freiheit des Bürgerthums charakterisierend, wies er auf die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen hin und schloß mit den Worten: Kämpfen wir auch in diesem Wahlkampf mit gewohnter Energie, dann kämpfen wir für Frieden und Freiheit des Menschengeschlechts. (Stürmischer Beifall.) Vor und nach dem Referat brachte der Gesangsverein der Nürtinger mehrere stimmungsvolle Lieder zu Gehör. Der Vorsitzende Jucht machte zum Schluß noch darauf aufmerksam, daß der Reichstags-Kandidat des Kreises Genosse Robert Schmidt am nächsten Donnerstag im Wahlverein sprechen wird.

**Sechster Wahlkreis.**

In Ballschmieders Salon (Vadstr. 16) waren Männer und Frauen ebenfalls sehr zahlreich vertreten. Auch hier leiteten einige vom Gesangsverein „Nur Keine II“ vorgebrachte und dem Charakter der Veranstaltung angepaßte Gesangsstücke die Feier ein und beschloßen dieselbe. Den rednerischen Teil der Veranstaltung hatte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Ledebour übernommen, welcher in großem Maße alle die Geschehnisse des 18. März in feinsten Worten vor Augen führte und weiter an der Hand historischer Materialien den riesigen Umfang in den geistlichen Anschauungen der Arbeiter damals und heute nachwies. An freilichtrath's Mahnung der Toten an die Lebenden anschließend, zeigte der Redner weiter, wie diese Mahnung hauptsächlich nicht angehört verfallen sei, sondern wie der „rote Grimm“ heute die Herzen von Millionen von Proletariern und Proletarierinnen gepackt habe und dafür Sorge, daß die Ziele, für die die Toten des März ihr Leben gelassen, auf anderem Wege erreicht werden. Und wenn die deutsche Sozialdemokratie in diesem Jahre abermals ein Siegesfest begeht, dann wird sie auch derjenigen dankbar gedenken, die für des Volkes Recht und Freiheit ihr Leben gelassen haben. Aufstehender Beifall bewies, daß die Ausführungen des Redners in den Herzen der Zuhörer ein lebhaftes Echo erweckt hatten.

Im „Röskiner Hof“ sprach Genosse Kees. Er schilderte die wirtschaftlichen Ursachen und die geschichtliche Bedeutung der französischen Revolution und ging dann auf die Märzämpfe des Jahres 1848 ein, wobei er zeigte, daß die freiheitlichen Ideale, für welche die Märzämpfer ihr Leben ließen, heute noch lange nicht erreicht sind, und daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Stämme nicht für die bürgerliche Freiheit weiterzuführen, sondern auch den ungleich größeren und schwereren Kampf für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus durchzuführen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

In Puhlmanns Saal hatten sich die Genossen der Schönhauser Vorstadt zahlreich zusammengefunden, darunter viele Frauen. Das Referat hielt Valdes Rauffe. In der Hand der geschichtlichen Vorgänge gab Redner ein großartiges Bild der Entwicklung und des Wachstums freiheitlicher Ideen sowie der Volkskämpfe gegen Absolutismus und Feudalismus von der Zeit der großen französischen Revolution bis zu den Märzämpfen des Jahres 1848. In schwingenden Worten gedachte er der 192 Märtyrer des 18. März, die als Opfer der Reaktion still im Friedhofshain ruhen, und denen zu Ehren sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben hatten. Zum Schluß forderte er die Anwesenden zu reiner Thätigkeit in dem bevorstehenden Wahlkampf auf, damit die Reichen des Klassenbewußten Proletariats immer größer und dichter werden, denn nur die Sozialdemokratie stehe heute und in Zukunft als einziger Hort der Freiheit da. (Beifall.)

Eigentümlich berührte es, daß der überwachende Polizeikommissar nicht eher das Lokal verließ, als bis die 16 Mitglieder des Gesangsvereins „Gleichheit“, die zur Verschönerung der Feier einige Lieder zum Vortrag brachten, ihn sämtlich ihrer Personalien angegeben hatten. — Welchen Zweck mag denn diese polizeiliche Maßregel haben?

Die Versammlung in Peters Gesellschaftshaus (Moabit) war stark besucht. Der Gesangsverein „Vereinigte Sangesbrüder Moabit“ leitete die Gedächtnisfeier durch den Vortrag

einiger stimmungsvoller Gesangsstücke in würdiger Weise ein. Nachdem feierte der Genosse Vogtherr in schwingenden Worten die Thaten der Freiheitskämpfer. Weiter schildert der Redner, wie sich seit den Tagen des März das arbeitende Volk Wissen und Bildung zu eigen gemacht und damit erkannt habe, daß es heute andere Wege zu beschreiten habe, um zu dem Ziele zu gelangen, das den Kämpfern von 1848 und auch den Pariser Kommuneämpfern vorgezeichnet habe. In den mit stürmlichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloffen sich sodann noch einige Darbietungen des schon genannten Gesangsvereins.

Rudorf. Die zur Feier des 18. März einberufene Volksversammlung nahm mit lebhaftem Beifall ein Referat des Genossen Rubeil entgegen, der in kernigen Worten der Bedeutung der Märzämpfe gedachte und auf das hohe Ziel hinwies, für dessen Erreichung die durch die Sozialdemokratie vertretene Arbeiterklasse kämpft. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den Gesang des Liedes „Frühlingstürme“. Den Vortrag des bekannten Arbeiter-Bundesliedes hatte der Polizeipräsident v. Glasenapp aus „ordnungspolizeilichen Gründen“ unterjagt. — Die staatsrechtliche That erregte allgemeine Verwunderung.

Himmelsdorf. In Wittes Volksgarten tagte eine gut besuchte Volksversammlung, in der E. D. Bernstein einen begeisterten Vortrag über die Bedeutung des Tages hielt. Großer Beifall lohnte den Redner. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der „Luisenpark“ wieder zu Versammlungen zur Verfügung steht.

**Aus der Frauenbewegung.**

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse referierte am Montag an Stelle des erkrankten Herrn Wurm Herr Ledebour. Der Vortragende berichtete über die Schicksale der Arbeiterinnen-Petitionen im Reichstage. Als Mitglied der Kommission über die Beratung dieser Petition, entrollte der Referent ein höchst interessantes Bild über die verschiedene Bedeutung der Arbeiterinnen-Petitionen bei den Parteien des Reichstags. Die einzelnen Forderungen der Petition, die an demselben Tage im Reichstage verhandelt worden waren, gaben dem Redner Gelegenheit, in großen Zügen das Gebiet des Arbeiterinnen-Schutzes zu beleuchten. In der Diskussion befragte Frau Tich die Notwendigkeit der Durchführung der in der Petition geforderten Schutzmaßnahmen.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 6. April in den Kaminhallen statt.

**Vermischtes.**

Gebohrte Ordnungsfälle. Der Sekretär der Handwerkskammer Dr. Mühlhordt in Halle hat, wie man weiß, 12 000 M. unterschlagen und eine große Schuldenlast hinterlassen. Die sogenannten Ordnungsparteien hatten, bevor sie zur Kandidatur des Dr. Windfeld schritten, Dr. Mühlhordt als Ordnungskandidaten für die Reichstagswahl in Aussicht genommen. Dr. Mühlhordt bestämpfte die vaterlandslose Sozialdemokratie, er agitierte für die Agrarier und versprach den Handwerkern den goldenen Boden. Nebenbei liebt er aber auch den Sekt und die Mädchen und wer ihm zu nahe kam, den forderte er auf Pistolen. Nun ist er weg und hat von seinem Wirt als „Anbenten“ dessen goldene Uhr mitgenommen. Die Agrarier verlieren in ihm einen tüchtigen Agitator, der ihnen bei der Wahl „gute Dienste“ gethan hätte.

Eine Leichenschändung hält, wie dem „Frank. Gen.-Anz.“ aus Großschauen bei Seligenstadt berichtet wird, dort die Bevölkerung in Erregung. Der Totengräber Bilz entdeckte bei seinem geistigen Rundgange die Anbestätte der am 3. Februar d. J. beerdigten Margarete Reich in einem Zustande der Verwüstung, der die Annahme rechtfertigte, das Grab sei kurz vorher geöffnet und dann wieder zuschwarz worden. Die eingeleitete gerichtliche Untersuchung bestätigte diese Vermutung. Der Leichnam wurde gerichtlich ausgegraben. Dabei fand man den Sargdeckel verkehrt — die Innenseite nach oben gerichtet — über der Leiche liegend. Der Sarg zeigte mehrfache Spuren gewaltsamer Öffnung. Die schon erbeulich in Verwesung übergegangene und aus ihrer ursprünglichen Lage gebrachte Leiche selbst war teilweise entblößt und das Leichengewand war in beträchtlicher Unordnung.

Diebstahl in der Stephans-Kirche zu Wien. Ein Dieb, der sich beim Schließen der Stephans-Kirche einverleiten ließ, hat das berühmte Marien-Bild am Hochaltar bestohlen. Dasselbe hängt so hoch, daß es nur durch Anlegen einer Leiter die Schmutzgegenstände, welche zu verschiedenen Zeiten geopfert wurden, erreichen konnte. Am nächsten Morgen ist der Dieb nach dem Öffnen der Kirche fortgegangen. Bis jetzt weiß man, daß ein Brillantschmied und viele Reichen Perlen stehlen, deren Wert auf mehr als 20 000 Kronen geschätzt wird.

**Briefkasten der Redaktion.**

B. W. Stallschreiberfrage. Sie schreiben: „Als Abonnent Ihres Blattes erlaube ich mir, die Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß der „Lokal-Anzeiger“ mit seiner Seite des 18. März resp. der Vorgänge an dem Festabend der Märzämpfe gedacht hat. Wenn ein Drohschreiben nicht findet man lange Berichte, wenn es sich aber um Dinge handelt, die das Herz des Volkes bewegen, findet man nichts. Fastende würden Ihnen dankbar sein, wenn Sie diese alte Leidenschaft ebenfalls festhalten.“ Weiter Genosse, Ihre Enttäuschung richtet sich an die falsche Adresse. Ein Blatt, wie der „Vorwärts“, würde sich etwas vergeben, wenn es gegen die Annoncen-Plantage des Herrn Scherl mobil machen wollte. Das ist Sache der Arbeiter selbst. Einzigliche Arbeiter können durch vernünftige Einwirkung auf ihre indifferenten Kollegen, in deren Familien man noch den „Lokal-Anzeiger“ liest, zu dem weit mehr erreichen, als eine redaktionelle Mahnung erlangen würde. Wenn die einflussreichen Elemente der Arbeiterklasse bei den laufend sich ihnen bietenden Gelegenheiten für die Klärung ihrer Missgenossen energisch und unabhöngig sorgen, wird kein Arbeiter mehr die Ignorierung der Arbeiterinteressen durch das Scherl-Blatt vermissen, weil eben kein Arbeiter dieses Blatt mehr liest.

**Juristischer Teil.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hgr.

- 2. 3. 50. Die Geschworen der Jungen scheinen zuversichtlich bemessen zu sein. Sind Sie der Ansicht, daß ein niedrigerer Satz zutrifft, so können Sie bei dem Gericht Herabsetzung beantragen. — 2. 1000. Da Sie die Zeit verarmt haben, wären jetzt weitere Schritte nutzlos. — Heidelberg. Die Kasse scheint, da es sich nicht um Strafbefehl, sondern um Melonalesenz zu handeln scheint, im Recht zu sein. Das Einmal in die Statuten und die betreffenden Schreiben läßt sich eine bestimmte Antwort nicht erteilen. — N. 99. 1. Ja. 2. Der Vorstand der Anwaltskammer, Berlin, Behn Albrechtstr. 3. 3. Ja. 4. Ja, falls die Kosten beschützt sind. — Freilenswalde N. N. 1. Rein. 2. Ja. 3. Für Erlangung der Aktenstücke ist Zurücklegung des 10. Lebensjahres Voraussetzung. — Grammitz. 100. 1. und 2. Ja. — M. Weihenfer. 1. Zum Verkauf waren Sie nicht berechtigt. Aus dem unberechtigten Verkauf können Rechte gegen Sie verstanden bis zur Höhe des Geldes geltend gemacht werden. Sagen Sie sich zu einigen. 2. Ihre Frau kann innerhalb 6 Wochen nach dem Tode durch eine gerichtliche oder notariell beglaubigte und dem Gericht eingereichte oder durch eine zu gerichtlichen Protokolle erklärte Entlassung die Erbchaft ausschlagen. — G. G. 1. und 2. Es sind Urteile ergangen, welche freilich unter Bestätigung der Grundbesitz von Text und Glaube des Kreisgerichts für berechtigt erklärten, Sozialdemokraten unter Verstoß ihrer Rechte auszuscheiden, ohne ihnen Beiträge zurückzugeben. 3. Rein: Geben Sie keinen Grund an. — V. P. 51. 1. Ja. 2. Rein. — G. G. 62. Rein. — G. P. 1. und 2. Nach der Gemeinde-Ordnung ist jeder wolle Schenkenschein zu lassen. 3. Rein: das Amtsgericht ist zuständig für Vermögensstreitigkeiten. — Terno. 1. Ja. 2. Ja. 3. Rein. — 2. 101. Rechtsanw. es gerügt, daß Sie erklären, das Kind solle nicht fallshills, sondern unvollständig erlogen werden und es in protestantischer Schule erziehen. — N. 3. 50. Ja, aber in diesem Falle zählen die vor der Geburt gestellten Marken nicht mit. — Riesel. Rein. — W. M. 1. Straßburg haben Sie noch nicht gemacht. — N. P. 19. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — M. T. 1. Rein, es sei denn, die Jungen sind wegen Meineids bestraft. 2. Ja: das Nordbürgerlich muß Ihnen aber gelassen werden. 3. und 4. Das ist möglich, wärdern Sie sich an das Vormundschaftsgericht. 5. In 9 Jahren nach der Rechtskraft des Urteils oder nach dem letzten Pfändungsverlust verläßt eine ausgelagte Forderung. — G. 21. 100. Ein solches Recht hat die Rentenkasse nicht. Durch Verbringung der Kasse wird aber oft das Verfahren beschleunigt.

# Verband des technischen Bühnenpersonals.

Sonnabend, den 21. März, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Böbling über: Gewerkschaftsbewegung der Vergangenheit und Gegenwart. 2. Diskussion über die Anträge zum Delegiertenkongress. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Reges Beifall erwartet. 190/3 Der Vorstand.

## Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.

Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 6 und 7:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gemeindeführers Herrn Dr. Glühmann. 2. Der Zustand der Berliner Kollegen. 3. Gewerkschaftliches. 284/17 Der Vorstand.

## Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Georg Bernhard: Alltagsgeschichten und Arbeiterklasse. Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Bezahlung der Beiträge. Ausgabe der Mittel zur Soiree der Norddeutschen Sänger am 1. Oster-Festtag in Altonas großem Festsaal, Hafenstraße 13/15. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke.

Tagesordnung: 1. Der Streit der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und die Beschläge der Tischlermeister zu diesem Streit. 2. Berufstreue und Disziplin. — Jede Bezirk entsende Delegierte. Mitgliedsbuch nicht stark legitimiert. (30/5) Die Ortsverwaltung.

## Verband der Bauanschläger Deutschlands

Sonntag, den 22. März, vorm. 10 Uhr, bei Hagen, Bismarckstr. 50:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verbands-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes. 35/5 Der Vorstand.

## Achtung, Radfahrer!

Donnerstag, den 26. März, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Oeffentliche Versammlung.

Welche Vorteile bietet den Radfahrern die Berliner Einkaufs-Gesellschaft?

Infolge großer Umsätze und Wegfall des Stoffhändler-Gewinns können wir Räder und Zubehörteile stammend billig, auch auf Teilzahlung, verkaufen. Zum Beispiel:

Dürrkopfräder mit Doppelglockenlager . . . . . 145,00 Mk.  
Mars-Räder mit Doppelglockenlager . . . . . 135,00  
Mars-Räder mit rechtsseitiger Glode . . . . . 115,00  
W. K. C. Räder mit rechtsseitiger Glode (Modell 1903) 125,00  
Sämtliche Räder mit Schwefelkautschu-Freilaufnabe mit Rücktrittsbremse nur 9 Mk. mehr.

Excelsior-Mantel . . . . . 5,50 und 8,50 Mk.  
Excelsior-Zehnlänge . . . . . 3,00 und 4,00  
Gloden, Ventilen usw. usw. dem entsprechend. Auch machen wir auf unsere eigene Reparaturwerkstätte aufmerksam.

## Berliner Einkaufs-Genossenschaft

Marsillusstrasse 19.

**Unsinn ist Viel Geld**

für Güte ausgegeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (6782)

Knabenmützen 0,75-3 Mk.  
Herrenmützen weiß 1,75-5,25 Mk.  
steil 2,00-5,25  
Cylinderhüte 4,00-12,00  
Chapeau claque 7,00-12,00 Mk.  
(im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engros-Geschäft, Waldemarstr. 44. pt. Kein Laden.)

## Echt Pilsener Geschirre

die bekanntlich auch ohne Inhalt dem Feuer stundenlang stand halten und bei plötzlicher Abkühlung nicht ausplatzen, haben durch eine weitere Veredelung des Materials neue Vorteile aufzuweisen. Die Heizkraft ist so gesteigert, dass Braten jetzt in 45 Minuten bereitet werden können (Gebrauchszeit anderer Geschirre ca. 2 Stunden), mithin eine enorme Ersparnis an Zeit und Feuerung erzielt wird.

Pilsener Geschirr ist bleifrei, ihm äußerlich ähnliche, in Warenhäusern etc. erhältliche blaue Geschirre sind aus gewöhnlichem Guss hergestellt und ihm nicht vergleichbar.

Pilsener Geschirr bedeutet für jeden Haushalt keinen Luxus, sondern einen Gewinn.

Fleischschmortopf mit festem Deckel 3,40 Mk.  
Milchtopf, 2 Liter Inhalt, Röhren un nötig, 1,65 Mk., kein Ueberlaufen 85 Pf.  
Pilsener Geschirre sind nur allein echt bei

## Hermann Leitner, Berlin,

SW., Friedrichstr. 31, Mühlenstr. 3, W., Kleiststr. 34, vis-à-vis Post-Strasse, 5. Laden v. d. Brücke, am Nollendorf-Platz, Puttkamerstrasse.  
Sonntags findet der Verkauf von 8-10 Uhr vormittags nur Mühlenstr. No. 3 eventuell aus den Lagerräumen statt.

## Tafel-Margarine

Vorzüglich im Geschmack. Brauchvoll zum Baden, Braten und Brodbestreichen.  
1 Pfund 70 Pf.  
3 " 200 " }  
5 " 300 " } Von 1 Pfund an frei ins Haus. 9002\*  
Probefreistellung erbitte per Karte.

## L. Wolkenhauer,

Margarine-Verkaufsgeschäft, Gipsstraße 20.  
Verantwortlicher Redacteur: Carl Veid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag: Conrad's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher Amt VII, 353.

## Sonntag, den 22. März 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokale „Neue Welt“, Hafende 108-114: Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung: 1. Erledigung der von der letzten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellten Anträge betreffend die Erhöhung des Lokalbeitrages und Errichtung eines Bureaus im Norden. 2. Unsere Anträge zum Delegiertenkongress. 3. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegiertenwahlen zum Delegiertenkongress. In dieser Versammlung werden keine Kartons ausgegeben. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 113/13\*  
Zu dieser Versammlung werden keine Kartons ausgegeben. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 113/13\*  
Häufiger Besuch erwartet

## Vereinigung d. Zimmerer Deutschlands

Bureau: Berlin C, Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III Nr. 5028.

## Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, in Cohns-Festsaal, Deuthstr. 20: Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vereins-Angelegenheiten. 2. Vortrag des Schriftstellers Max Schütte über „Die Märzstämpfer“. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer Deutschlands

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

## Grosse ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Zweigvereins-Vorstandes, Revision etc. 2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer über ihre Tätigkeit in den letzten anderthalb Jahren und Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die örtliche Verwaltung. N. H. H. Neumann.

### Protest

an Seine Excellenz Minister von Rheinbaben in Sachen der Siebengebirgs-Lotterie.

Bei der Siebengebirgs-Lotterie sind die Nummern 271 001 bis 272 500 ohne Treffer geblieben. Es ist fast anzunehmen, daß dies nur dadurch gekommen, daß 1500 Nummern nicht eingeschüttelt worden. (Siehe „Kölnische Zeitung“ vom 16. März.) Um eine genaue Untersuchung herbeizuführen, wird unterzeichnet eine detaillierte Eingabe an den Minister ausarbeiten und bitten alle diejenigen, die durch ihre Unterschrift diese Eingabe unterstützen und eine neue Ziehung herbeizuführen wollen, genaue Adresse und Wohnnummer dem Unterzeichneten baldigst einzusenden und als Beitrag zu den Kosten, die durch Inkurs und Eingabe entstehen, eine 10 Pfennig-Marke beizufügen. 8912\*

Peter Bauer, Rechtskonsulent und Anwalts-Bureau, Frankfurt a. M., X. Jahrgasse 115.

Alle Briefe in dieser Angelegenheit müssen auf dem Couvert den Bemerkt „betr. Siebengebirg“ tragen.

### Bona

Das beste, was existiert!

## Margarine!

Wahnschaffe & Co.  
Filiale: Berlin C., Neue Friedrichstr. 47.  
Zu beziehen durch die Geschäfte.

## Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten façons in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot.

## Julius Lindenbaum,

Grosse Frankfurterstrasse 141, Ecke Fruchtstrasse. 698L\*

Grösstes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens. Anerkannt realiste und billigste Bezugsquelle.

Dieser feine, schwarze Gut mit Futter, moderne Form, kostet 1,50 Mk. Cylinderhüte und Chapeau claque in großer Auswahl.

## Special-Hut-Engros-Lager.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen im Comptoir Neue Königl. 48, 1 Trepp, drittes Haus vom Alexander-Platz. Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter 1,50 Mk., mit Atlasfutter 2.- Mk., hochfeine Qualität 2,50 Mk., extra feine 3.-, beste Qualität 4,50 Mk. Konfirmationshüte neueste Moden. 7352\*

## Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag 2 Uhr: Gallesches Thor nach Teltow bei Belling, Seehof-Waldschloßchen.

## Holzprobleaux-Agenten

habt Acht!!!  
Ich bewillige bei erstklassiger Ware eine willkürliche Riesenprovision für Stoffgeschäfte und überdies jedes andre Angebot bei größter Leistungsfähigkeit. 6392\*  
Frächtige keine Mutterbücher.  
Franz Tschauer, Schöenberg in Schles., Holzprobleauxfabrik in Dampfstr.

## Vorwärts - Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.  
Empfehlenswerte Werke für Bibliotheken.  
Günstigste Werke, eine Auswahl seiner gesamten Schriften in zehn Bänden . . . . . Preis jetzt 15 Mk. gegen früher 30 Mk.  
Einzeln Bände . . . . . 2 Mk. (Romane, Erzählungen, ausgezeichnete Natur- und Reisebeschreibungen.)  
Neuere Werke, neuerschriebene billige Volksausgabe, in Leinen gebunden . . . . . 4 Bände 10 Mk. 8 12 Mk. gegen früher 26 Mk.

Billige Klassiker-Ausgaben: Bürger, Börsen, Schamisso, Eichendorff, Goethe, Goethe, Faust, Hebel, Heine, Hoffmann, Kleist, Körner, Lenau, Lessing, Ludwig, Rückert, Schiller, Schopenhauer, Stifter, Uhland.  
Preise je nach Anzahl der Bände von 1,60-9 Mk.  
Werke über Naturgeschichte, Weltgeschichte, Reise-Beschreibungen, Forschungs- und Entdeckungserzählungen etc. zum Teil zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Billige, leichtfertige Werke zum Selbststudium fremder Sprachen, sowie ausführliche Wörterbücher.  
Ferner empfehlen als passende und wirkungsvolle Dekoration für Vereins- und Versammlungszimmer unser anerkannt vorzügliches Kupfergrün, wie: Die Freiheit führt das Volk, Der erste Mai, sowie Porträts von Engels, Kautsky, Marx, Hebel, Liebknecht, Singer u. a. 2341\*

## Gesangbücher

von 1,25 Mk. an.  
Album und Lederwaren-Fabrik Oscar Gundau, (830L)\*  
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

## Alle Gummiwaren!

Irrigatorbecher 0,45  
do. Emaille v. 0,65  
Irrigatoren kompl. 0,90  
Gummi-Unterlagen rot, grau . . . . . 0,50  
Wasserdrühtes Oeltuch für Bodenreinigung - Kette 1,80  
Inhalat - Apparate 1,25  
Stechbocken von 1,80  
Damenbinden Fußend . . . . . 0,50  
Zinnspritzen mit geb. Rohr . . . 2,70  
Auf Wunsch weißl. Bedienung.  
G. Leisegang, Reinickendorferstrasse 56b.\*

## Möbel

Wegen Geschäftsauflösung stellen wir unser reiches Uhren-Engros-Lager (gegr. 1882) auch dem Einzelpublikum zu enorm billigen Preisen zum realen Ausverkauf u. verkaufen zu jedem nur annehmbaren Preise. Regulatoren, 14 Tg., Schloß (1 1/2 Rtr. lang), jetzt v. 99. 10. Moderne Tischuhren v. 99. 13. Verrenuhr v. 99. 4,75. Silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 80. Damenuhren, silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 14 an. Spezialität: Hausuhren. Große Auswahl! Comptoir, Röhren, Aufzuchtuhren etc. Selten günstige Gelegenheit.  
Millner & John, Berlin, Leipzigerstr. 66, Hof geradzu.

Wegen Geschäftsauflösung stellen wir unser reiches Uhren-Engros-Lager (gegr. 1882) auch dem Einzelpublikum zu enorm billigen Preisen zum realen Ausverkauf u. verkaufen zu jedem nur annehmbaren Preise. Regulatoren, 14 Tg., Schloß (1 1/2 Rtr. lang), jetzt v. 99. 10. Moderne Tischuhren v. 99. 13. Verrenuhr v. 99. 4,75. Silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 80. Damenuhren, silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 14 an. Spezialität: Hausuhren. Große Auswahl! Comptoir, Röhren, Aufzuchtuhren etc. Selten günstige Gelegenheit.  
Millner & John, Berlin, Leipzigerstr. 66, Hof geradzu.

## Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntag 2 Uhr: Gallesches Thor nach Teltow bei Belling, Seehof-Waldschloßchen.

## Holzprobleaux-Agenten

habt Acht!!!  
Ich bewillige bei erstklassiger Ware eine willkürliche Riesenprovision für Stoffgeschäfte und überdies jedes andre Angebot bei größter Leistungsfähigkeit. 6392\*  
Frächtige keine Mutterbücher.  
Franz Tschauer, Schöenberg in Schles., Holzprobleauxfabrik in Dampfstr.

## Königsberger-Geld-Lotterie.

Ziehung: 7. u. 8. April  
6941 Goldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.  
200000  
Hauptgewinn: Mark  
50000  
20000  
10000  
etc. etc. etc.  
Originallos 3 Mark  
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.  
Oscar Bräuer & Co. Nachf.  
G. m. b. H. Bank-Gesellschaft  
Berlin W. Friedrichstr. 181.  
Filialen:  
NW. Wilsnackerstr. 63.  
O. Andreasstr. 46a.  
SO. Oranienstr. 177.

## Aufforderung.

Der Zimmermann Peter Ferdinand August Modler, geboren zu Treut bei Reudenburg, Preussens, früher wohnhaft in Reuth bei Reudenburg, resp. dessen Angehörige werden hiermit ersucht, ihren Aufenthalt zu angeben. Dieselben haben Rechte an der Lebensversicherung des Genannten erworben. Freifällige Meldungen unter K. 2 an diese Zeitung. 166\*

## Charlottenburg.

H. Schmerberg 1882\*  
Uhrenmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu ansehnlich billigen Preisen.  
Optische Artikel. Oberleder werden sämmtlich gelöst.  
Möbel  
Hugo Lewent's Wwe.,  
Chausseest. 82.

## Möbel

Wegen Geschäftsauflösung stellen wir unser reiches Uhren-Engros-Lager (gegr. 1882) auch dem Einzelpublikum zu enorm billigen Preisen zum realen Ausverkauf u. verkaufen zu jedem nur annehmbaren Preise. Regulatoren, 14 Tg., Schloß (1 1/2 Rtr. lang), jetzt v. 99. 10. Moderne Tischuhren v. 99. 13. Verrenuhr v. 99. 4,75. Silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 80. Damenuhren, silberne v. 99. 7,50. goldene von 99. 14 an. Spezialität: Hausuhren. Große Auswahl! Comptoir, Röhren, Aufzuchtuhren etc. Selten günstige Gelegenheit.  
Millner & John, Berlin, Leipzigerstr. 66, Hof geradzu.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr. Vor der Tagesordnung wird auf den Bericht des Stadtverordneten Michel besprochen, die Stelle des ersten Stadtschulrats (an Stelle des verstorbenen Prof. Voigt) unverzüglich auszufüllen.

Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1903 wird fortgesetzt.

Ueber die Etats für die Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, höheren Mädchenschulen, Turnhallen, Spielplätze, verschiedene Einrichtungen für das höhere Schulwesen, Gemeindeschulen, Taubstummen- und Blindenanstalt, sowie für das Fortbildungs- und gewerbliche Unterrichts- und Lehrwesen berichtet Stadtv. Schulze (M. L.).

Gegen die den Programmen der höheren Lehranstalten beizugehenden wissenschaftlichen Abhandlungen hat von jeher bei der Mehrheit der Versammlung eine gewisse Abneigung vorgeherrschet, da ihr der hohe Kostenpunkt stets ein Stein des Anstoßes war. Auch diesmal hat der Etatsausschuß eine Resolution beantragt:

„Die Versammlung erachtet den Magistrat, die Herabsetzung der Ausgaben für die wissenschaftlichen Abhandlungen in Erwägung zu ziehen.“

Die Versammlung beschließt durchweg nach den Ausschlußanträgen.

Zum Etat der Gemeindeschulen war im Ausschuß eine Resolution eingebracht worden, welche um die Einstellung von Mitteln zur Anschaffung künstlerischen Wandschmuckes in den Klassenräumen in den Etat für 1904 ersucht. Der Ausschuß hat die Resolution abgelehnt. Dagegen wird in einer Resolution die Erhöhung des Betrages von je 40 M. für die Unterhaltung der Schülerbibliotheken empfohlen.

Die vom Magistrat beantragten Änderungen der Regulative für die Fachschule der Maurer, Zimmerer und Dachdecker und für die Fachschule der Metzger und Stellmacher hat der Ausschuß genehmigt.

Stadtv. Berl (M. L.) führt Klage darüber, daß in der Buchdrucker-Fachschule die Schüler aus den Druckereien des Buchdruckerbundes ungebührlich begünstigt sind und die Stadt an diesen einen nicht unerheblichen Betrag an Schulgeld einbüßt. Der Bund hindere künstlerische Bestrebungen und die Stadt habe keine Ursache, diesem entgegenzukommen. Auch werde es unangenehm empfunden, daß das Kuratorium dieser Fachschule lediglich aus Mitgliedern des Bundes bestehe.

Eine weitere Debatte entsteht nicht, die Versammlung tritt den Ausschlußvorschlägen bei.

Ueber die Etats der Krankenhäuser und Irrenanstalten sowie der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, berichtet Stadtv. Weiß (M. L.).

Die vorjährige Resolution betreffend die Heranziehung eines geeigneten Baderpersonals und die Beschleunigung der Ausbildung von Krankenschwestern hat der Ausschuß für noch nicht erledigt angesehen; die aus seiner Mitte beantragten Resolutionen wegen Errichtung von Arbeiterauschüssen für die einzelnen Krankenhäuser und wegen Gewährung von Mittagstisch an die Volontärärzte haben keine Mehrheit erlangt.

Stadtv. Borgmann (Soc.) für die Krankenhausbewirtschaftung hat Löhner den freien Mittagstisch für die Volontärärzte gewährt, der Magistrat denselben aber inhibiert, weil der Etat Mittel dafür nicht enthält. Diese Ärzte, deren Zahl der der Assistenzärzte gleichkommt, haben bloß von 3-5 Uhr Pause, sonst einen ununterbrochenen Dienst in den Krankenhäusern. Wenn der Magistrat damit recht hätte, daß die Ärzte für diesen Stellen drängen, könnte man sie ja vielleicht an den Meistbietenden vergeben. (Munche.) Die 2000 bis 24000 M., um die es sich hier handelt, spielen keine Rolle. Man soll namentlich den munderbemittelten Ärzten diese Stellen leichter zugänglich machen und ihnen damit die Möglichkeit der weiteren Ausbildung in den städtischen Krankenhäusern gewähren. Redner nimmt die im Ausschuß abgelehnte Resolution wieder auf.

Der Vorsteher erklärt die Resolution für angenommen, teilt aber unmittelbar darauf mit, daß noch einmal abgestimmt werden müsse, da das Bureau über die Annahme nicht einig sei. Stadtv. Singer widerspricht der nochmaligen Abstimmung, dieselbe erfolgt indes, nachdem der Vorsteher erklärt hat, er habe voreilig die Annahme proklamiert. Von 105 Anwesenden stimmen 62 für die Resolution Borgmann, dieselbe ist damit abgelehnt.

Die Etats werden bewilligt.

Stadtv. Bruns (Soc.) ist Referent des Ausschusses für die Etats: Gehälter der Magistratsmitglieder, Verwaltung der Dienstgebäude und Bureau, Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten, Pensionen, sowie für die Etats der Kanalisationswerke und Miefelder, der Markthallen, des Vieh- und Schlachthofs und der Fleischbeschau.

Bei dem erstgenannten Etat ist im Ausschusse die Konkurrenz kritisiert worden, welche den „Neinen Journalisten“ durch Stadträte gemacht wird, die gegen Bezahlung für Zeitungen über städtische Angelegenheiten reportieren.

Eine Resolution des Ausschusses will den Magistrat ersuchen, die Verwaltungen, die ihren Wirkungsbereich außerhalb des Stadtkreises haben, zu veranlassen, in den nächsten Etat für ihre Mitglieder Fahrkosten-Ermäßigungen einzustellen, deren Annahme nicht verweigert werden darf.

Die Erhöhung der Schlachtgebühr für Kinder um 20 Pf. und der Schaugebühr für Kinder und Schweine um je 10 Pf., für Kalber und Schafe um je 5 Pf., hat der Ausschuß zur Annahme empfohlen.

Die vorgeschlagene Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Beim Kanalisations-Etat nimmt das Wort Stadtv. Borgmann: Die Kanalisations- und Arbeiter bei der Kanalisation haben jetzt endlich die ihnen seit langen Jahren versprochenen Gehaltssteigerungen erhalten. Leider entspricht dieselbe aber keineswegs ihren berechtigten Wünschen; die Gehälter sind nicht so hoch wie die der gleichstehenden Kategorien in andern Verwaltungen, und das Dienstalter wird ebenfalls ungünstiger berechnet. Redner will eine Resolution beantragen, nimmt aber davon Abstand, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß über die Sache bereits definitiv Beschluß gefaßt ist.

Zum Etat der Markthallen weist

Stadtv. Hinge (Soc.) darauf hin, daß in diesem Etat ein Betrag für die Vertretung der beurlaubten Arbeiter nicht enthalten sei, während der Gas-Etat dafür 25000 M., der Kanalisations-Etat 11572 M. auswerfe. Auch im Etat für den Viehhof und die Krankenhäuser fehlten Mittel für diesen Zweck. Die Magistratsverwaltung vom April 1902, welche den städtischen Arbeitern nach zehnjähriger Dienstzeit einen Urlaub bewilligt, habe die Versammlung im September 1902 zu dem Antrag an den Magistrat geführt, zu erwägen, ob nicht die Deputationen das Recht erhalten sollten, dem Arbeiter schon nach fünf Jahren einen Urlaub zu gewähren, und es würde ferner vom Magistrat eine genaue Aufstellung verlangt, wieviel die Vertretungskosten für eine Woche Urlaub nach zehn, fünf, drei oder einem Jahr Dienstzeit betragen würden. Bei der ersten Beratung des Etats hat Kollege Singer auf seine Frage, wie es damit stehe, keine Antwort erhalten. Ich wiederhole die Frage und ersuche auch um Auskunft, ob sämtliche Verwaltungszweige angezweifelt sind, auch in diesem Jahre Urlaub zu erteilen.

Vorsteher Dr. Langerhans: Eine solche Vorlage ist uns heute zugegangen und wird uns in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Eine im Ausschuß abgelehnte Resolution:

Den Magistrat zu ersuchen, eine Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Betriebsbeamten am städtischen Vieh- und Schlachthof in Erwägung zu ziehen, wird vom Stadtv. Kaufmann (M. L.) wieder aufgenommen und auch vom Stadtv. Borgmann warm befürwortet. Letzterer weist zugleich darauf hin, daß der derzeitige Leiter dieses großen Verwaltungszweiges, der auch heute nicht anwesend sei (Heiterkeit), bei allen seinen Verdiensten seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen sei, und ersucht den Oberbürgermeister dringend, hier endlich einmal Remedur zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Ballach (M. L.) widerspricht der Resolution, welche in den Beamten vielleicht unerfüllbare Hoffnungen rege machen möchte.

Stadtv. Dr. Preuß (M. L.) betont dagegen, daß diese Beamten sich seit Jahren in ihren Bezügen gegen die Beamten anderer Verwaltungen im Nachstande befinden, und tritt den Ausführungen der Stadtv. Kaufmann und Borgmann vollinhaltlich bei.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Im übrigen stimmt die Versammlung den Ausschlußanträgen zu. Ueber den Etat der Kapital- und Schuldenverwaltung, sowie über die Steuer-Etats-Gemeinde-Grundsteuer, Hundsteuer, Braumalzsteuer, Zuschlag, Wanderlager-Steuer und Umzugssteuer berichtet Stadtv. Liebenow (M. L.).

Nach den früheren Beschlüssen, betreffend die Deckung des Defizits von 4 1/2 Millionen aus dem Erneuerungsfonds der Markthallen mit 3/4 Millionen, aus den Reserven des Gas-Etats mit einer Million und durch Verminderung des Fonds für unvorhergesehene Ausgaben von 800 000 auf 500 000 M., wird die Erhöhung des Einkommensteuerfußes auf 108 Proz. hinfällig. Es bleibt bei 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Prozent Gebäude- und Gewerbesteuer.

Darauf wird der Stadthaushalts-Etat für 1903 im ganzen angenommen. Der Etat balanciert mit 117 467 826 M.

Die vom Vorsteher für den Fall der Richterledigung des Etats anberaumte außerordentliche Sitzung am Sonnabend, den 21. März, kommt in Begfall.

Im Anschluß an den Jahresabschluss der Viehmarkt-Verwaltung

pro 1901 fragt

Stadtv. Hoffmann (Soc.), ob es wahr sei, daß die Fleischbeschauer sich ihre Apparate selbst stellen und unterhalten müssen.

Eine Antwort erfolgt nicht. (Stadtv. Hoffmann ruft: Wo ist Häbner? (Stürmische Heiterkeit.)

An die Vorlage, betreffend die Kirchenbaukosten der politischen Gemeinde nach märkischem Provinzialrecht knüpft

Stadtv. Hugo Sachs (M. L.) die Bemerkung, daß durch das Erkenntnis des Kammergerichts in Sachen der Konsistorial- und Visitationsordnung von 1878 die Stadt Berlin von einer großen Belastung befreit worden ist. Dieses Resultat sei der unermüdeten Arbeit und dem historischen, juristischen und theologischen Scharfsinn des verstorbenen Gustav Kaufmann zu verdanken, dessen Bild als das Bild eines besten Mannes sich aller Herzen eingepreßt habe und daselbst fortlebe. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Hildebrandt (Soc.) möchte auch meinerseits dem Danke des Magistrats für die Arbeit des Stadtrats Kaufmann und zugleich dem schmerzlichen Bedauern Ausdruck geben, daß der Mann, dessen außerordentlicher Fleiß und dessen Scharfsinn allerdings dahin geführt haben, daß die Verurteilung der Gegner gegen die Erkenntnisse erster Instanz verworfen worden ist, das nicht mehr hat erleben können. (Allgemeiner Beifall.)

Die Vorlage wegen Erlasses eines Ordnungsstatuts über die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge wird angenommen. Die Verhandlung der Vorlage und des Antrages Augustin, betr. Vermehrung der Schulärzte setzt die Versammlung auf Antrag Singer von der heutigen Tagesordnung ab; der Gegenstand soll an die Spitze der nächsten Tagesordnung gestellt werden.

Die Vorlage wegen des Baues eines Beamten-Wohnhauses im Park der Heimstätte für brustkranke Männer zu Güttersloh wird angenommen, desgleichen die Vorlage betreffend die Errichtung neuer Amnestellen für Magistratsräte angenommen.

Die besondere Ortszulage von 200 M. will der Magistrat den Oberlehrern an den höheren Lehranstalten bei der Neuordnung der Befoldungen trotz des wiederholten Beschlusses der Versammlung nicht gewähren; vielmehr beantragt er die Niederlegung einer gemischten Deputation auf Grund der Städte-Ordnung, um den Streitpunkt aus der Welt zu schaffen.

Stadtv. Dr. Preuß: Ich will die schöne Debattelosigkeit, durch die sich dieser Teil der Sitzung auszeichnet, nicht stören, sondern nur meine Zustimmung zu dem Magistratsvorschlage ausdrücken. Im Januar waren wir es, die die Beratung in gemischter Deputation beantragten; damals aber wies man uns zurück, weil zu befürchten wäre, daß die Sache dann nicht vor dem 1. April zum Abschluß gelänge. Heute muß der Magistrat selbst mit diesem Antrag kommen.

Stadtv. Singer: Durch die damalige Ablehnung des eben erwähnten Antrags ist die Erledigung der Angelegenheit nicht verzögert worden. Damals war ein solcher Antrag überflüssig, man konnte im Ausschuß sachlich verhandeln. Jetzt ist die Sachlage eine andre. Ich bedaure, Herrn Preuß den Ruhm, den er sich vindiziert, nicht lassen zu können.

Der Magistratsantrag wird angenommen und vom Vorsteher sofort die Ernennung der 10 Mitglieder vollzogen. Es befinden sich darunter auch die Stadtv. Singer und Borgmann.

Nach Erledigung einer großen Anzahl kleinerer Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalistik. Der „Verein Berliner Hausdiener“ veranstaltet am Sonnabend, den 21. März, in der Philharmonie, Verbundstraße 22/23, eine Festlichkeit (Kostümfest), zu welcher man Billets in Arbeiterkreisen abzugeben versucht.

Wir möchten darauf aufmerksam, daß obiges Lokal der Berliner Arbeiterpartei zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, eruchen deshalb, dieses Vergnügen streng zu meiden und die angebotenen Billets zurückzuweisen.

Friedenau. Das „Hotel Rheinschloß“ steht der Arbeiterpartei von jetzt ab zu Versammlungen etc. zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern die Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1903 zu Ende gebracht. Die Ankündigung, daß andernfalls am Sonnabend eine außerordentliche Sitzung abgehalten werden würde, schien auf die Melodist der Stadtväter lähmend eingewirkt zu haben. Die Etats des Schulwesens wie des Gesundheitswesens wurden fast stillschweigend angenommen. Beim „Gewerblichen Unterrichtsweisen“ demängelte Stadtv. Berl (Neue Linke), daß in der Buchdrucker-Fachschule die Schüler aus gewissen Druckereien begünstigt würden, aber von anderer Seite wurde auf diese Angelegenheit nicht weiter eingegangen. Bei den Krankenhäuser-Etats rügte Genosse Stadtv. Borgmann die

Konsequenz, die der Magistrat den Volontärärzten gegenüber für zulässig hält, und empfahl eine vom Ausschuß abgelehnte Resolution zur Annahme. Die Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit für die Resolution, aber auf einen Wink des Stadtv. Ballach erklärte hinterher das Bureau das Ergebnis für zweifelhaft, und eine zweite Abstimmung, die gegen den Widerspruch unseres Genossen Singer vorgenommen wurde, ergab dann Ablehnung der Resolution mit einer Mehrheit von einer Stimme. Bei den Etats der städtischen Werke fragte Genosse Stadtv. Hinge an, wie es denn um die Gewährung von Urlaub für die Arbeiter der Stadt, besonders für die stärker belasteten Arbeiter, stehe und forderte Auskunft vom Magistrat. Eine Antwort erfolgte nicht, doch teilte der Vorsteher mit, daß eine bezügliche Vorlage bereits eingegangen sei. Eine längere Erörterung entspann sich über die aufbesserungsbedürftigen Gehälter der Betriebsbeamten des Vieh- und Schlachthofes. Eine bezügliche Resolution, die vom Etatsausschuß abgelehnt war, wurde vom Stadtv. Kaufmann (Neue Faktion) wieder aufgenommen. Sie wurde von unserm Genossen Stadtv. Borgmann aufs wärmste zur Annahme empfohlen. Nachdem sich Stadtv. Ballach („Alte Linke“) dagegen ereifert und Stadtv. Preuß („Neue Linke“) gleichfalls die Annahme empfohlen hatte, erklärte sich die Versammlung mit sehr großer Mehrheit für die Resolution. Der Rest des Staatsberaters wurde dann rasch erledigt. Daß die Kommunalsteuer-Zuschläge noch einmal die frühere Höhe, 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Proz. Gewerbe- und Grundsteuer, behalten sollen, stand nach den Verhandlungen und Beschlüssen der vorigen Sitzung bereits fest. Die Versammlung genehmigte diese Sätze und nahm dann den Etat im ganzen an.

Nachher wurde die übrige, noch recht lange Tagesordnung erledigt, doch kam es fast nirgends mehr zu einer bemerkenswerten Erörterung. Auf die Ausführungen, die Genosse Stadtv. Hoffmann über die Beschaffung der Fleischbeschau-Apparate durch die Fleischbeschauer selber machte, gab der Magistrat keine Antwort. In der Angelegenheit der Oberlehrer-Gehälter beschloß die Versammlung auf Antrag des Magistrats die Einsetzung einer gemischten Deputation. (Stadtv. Preuß (Neue Linke) wollte dabei ein bißchen renommieren, wurde aber von unserm Genossen Singer seines Ruhms entkleidet.)

Große Berliner Straßenbahn. Die Direktions- und Aufsichtsratsmitglieder scheinen der Auffassung zu sein, daß die Generalversammlung den ihr erstatteten Bericht in schweigender Andacht anzunehmen hat. Jede Anfrage und Kritik wird von den leitenden Herren als eine persönliche Beleidigung betrachtet, die eine heftige nervöse Erregung hervorruft. In der gestrigen ordentlichen Generalversammlung war ein Aktienkapital von 34 614 000 M. mit 115 383 Stimmen vertreten.

Gen. Rechnungsrat Fischer kritisierte den Kauf des Grundstücks am Leipziger Platz, der ohne Zustimmung der Generalversammlung erfolgt sei; die Einwilligung der Generalversammlung wäre, wie er meinte, gewiß nicht gegeben worden, da im Jahre 1910 die Gesellschaft sicher an die Stadt Berlin übergehen werde. Seine volle Billigung fand die Ueberweisung von 100 000 M. an den Witwen- und Waisenfonds und die Ueberlassung von 250 000 M. an die Baugenossenschaft zu einem Zinsfuß von nur 3 Proz. Aus der Mitte der Versammlung wurde er bezeichnenderweise durch sehr drastische Zurufe in seiner antisozialen Anschauung unterföhrt.

Einige Aktionäre stellten den Antrag, statt der vorgeschlagenen Dividende von 7 1/2 Proz. in diesem Jahre 8 Proz. zu verteilen, und die notwendigen Summen durch eine Kürzung der Ueberweisung an den Erneuerungsfonds I zu beschaffen. Die diesjährige Ueberweisung an diesen Fonds beträgt 1 196 000 M., während in den letzten Jahren der Durchschnittsbetrag nur die Höhe von 700 000 M. erreichte.

Der Vorsitzende, Gen. Kommerzienrat Arnhold, bekräftigt den Antrag auf Zahlung einer Dividende von 8 Proz. mit der Begründung, die Gesellschaft sei verpflichtet, der Stadt die Hälfte der über 7,6 Proz. verzeigten Dividende zu zahlen. Die außerordentliche Erhöhung des Erneuerungsfonds glaubt er durch die stärkere Abnutzung des Oberbaues nach Beilegung des Accumulatorenbetriebes rechtfertigen zu können. Die Schenkung von 100 000 M. an den Witwen- und Waisenfonds sei kein Almosen an die Angestellten, sondern eine Pflicht der Gesellschaft, die keineswegs der Bestätigung durch die Generalversammlung bedürfe. Wenn er verhalte es sich mit dem Darlehen von 250 000 M. an die Baugenossenschaft. Die Gesellschaft habe das stärkste Interesse daran, die Angestellten in der Nähe der Bahnhöfe sesshaft zu machen. Die Vorteile, die die Gesellschaft erlange, stände in keinem Verhältnis zu dem Preisverlust, der sich auf höchstens 9000 Mark belaufe.

Der Schulz (Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter) spricht seine Genugthuung darüber aus, daß der Vorsitzende die Ueberweisung von 100 000 M. an den Witwen- und Waisenfonds als eine Pflicht der Gesellschaft bezeichnet habe. Um so bedauerlicher sei die Haltung des Herrn Fischer und einer Anzahl der Aktionäre. Leider nur sei diese Summe nicht genügend. Er richtet die Anfrage an die Direktion: warum Angestellte, die bis zu 28 Jahren bei der Gesellschaft thätig seien, aus nützlichen Gründen entlassen würden. Unter den Angestellten hätten diese Entlassungen berechtigter Erregung hervorgerufen. Es herrsche die Meinung vor, daß diese Entlassungen nur vorgenommen würden, um den Pensionsfonds zu entlasten. Ein derartiges Verhalten wäre ein der Gesellschaft unwürdiges. Wenn die Gesellschaft so viel Mittel hätte, um ihr Kunstinteresse durch Errichtung von Denkmälern auf dem Großen Stern zu betätigen, dann müsse sie auch ihren sozialen Verpflichtungen den Angestellten gegenüber gerecht werden.

Die Ausführungen erregten die Herren Aktionäre aufs höchste. Stürmische Unterbrechungen und anhaltende Schlußrufe der sonst so vornehm thronenden Aktionäre zeigten, bis zu welcher Leidenschaft die Beschäftigten unter ihnen getrieben werden, wenn Arbeiterinteressen vertreten werden und sie ihren Proft gefährdet sehen.

Ein anderer Aktionär schlug vor, die Dividende durch Verwertung des Fonds, der aus dem Erlös verkaufter Grundstücke herrührt, zu erhöhen. In diesem Falle werde die Stadt Berlin an der Dividende über 7,6 Prozent nicht beteiligt. Als ein Aktionär diesem Vorschlag widersprach, erhoben sich wiederum tumultuarische Szenen, wie sie selbst in Versammlungen unorganisierter Arbeiter nur selten zu beobachten sind; mit persönlichen Beschimpfungen und Gehül wurde der Redner überschüttet.

Ein Herr Sachs fragt an, ob eine Zeitungsnotiz auf Wahrheit beruht, nach der die Gesellschaft gegen die Erteilung einer Konzession an die Hoch- und Untergrundbahn für die Strecke Potsdamer Platz-Alexanderplatz Nagbar vorgehen wolle. Die Stadt habe die Pflicht, die Gesellschaft vor Konkurrenz zu schützen. Er schließt mit einem von der Gesamtheit beifällig ausgenommenen Appell: Wir sind hier nicht Bürger von Berlin, sondern Aktionäre der Gesellschaft!

Herr Ministerialdirektor a. D. Dr. Wicke trat den Angriffen einzelner Aktionäre entgegen. Es könne keine Rede davon sein, daß die Gesellschaft im Jahre 1910 an die Stadt übergehe. Die Konzession der Gesellschaft laufe bis 1930, und ebenso lange werde die Gesellschaft bestehen. Die Schenkung an den Witwen- und Waisenfonds läge im Interesse der Gesellschaft. Der Bestätigung durch die Generalversammlung bedürfe es nicht. Der Aufsichtsrat habe eine Einwilligung gegeben und das genüge. Die Beschaffung, daß Angestellte entlassen worden wären, um eine Entlastung des Pensionsfonds herbeizuföhren, sei eine Unterföhmung, gegen die er sich verwahren müsse. Nur Angestellte, die zu keiner Arbeit mehr zu verwenden sind, wären entlassen und erhielten dann eine einmalige Abfindungs-

summe. Die Aufwendungen für die künstlerische Ausgestaltung des Großen Sterns seien notwendig und rentabel. Es sei nur die Gegenleistung dafür, daß man der Gesellschaft gestatte, die oberirdische Stromzuführung anzuwenden. Der Protest habe die Erbauung der Untergrundbahn auf der Strecke Potsdamer Platz - Alexander-Platz sei schon früher eingelegt worden, und zwar auf Grund einer Reichsgerichts-Entscheidung in einem Streit der Stadt Köln gegen die dortige Straßenbahn. Wenn die Gesellschaft nicht von vornherein Protest gegen den Bau der Hoch- und Untergrundbahn eingelegt habe, so seien hierfür gute Gründe maßgebend gewesen.

Schulzli erklärt, nicht seiner, sondern nur der Auffassung der Angehörigen über die Gründe der Entlassungen Ausdruck gegeben zu haben. Er weist nochmals darauf hin, daß die Gesellschaft schon aus Menschlichkeitsgründen gezwungen sei, Leuten, die ihr Leben hindurch in ihrem Dienste gearbeitet hätten, nicht mit wenigen Groschen abzupfeifen.

Auf eine weitere Anfrage wird von der Verwaltung erklärt, daß eine bestimmte Angabe über die Höhe der Verbilligung durch die völlige Einföhrung des elektrischen Betriebes noch nicht gemacht werden könne. Der Antrag auf Erhöhung der Dividende wurde zum Schluß zurückgezogen. Ein Antrag auf Abstimmung durch Zettel bei der Wahl von Aufsichtsrats-Mitgliedern, der gleichfalls zurückgenommen wurde, entlockte dem Vorsitzenden den komischen Auf: „Erwidern Sie den Mitgliedern des Aufsichtsrats die schwere Arbeit, die er schon von früh bis spät leistet, nicht noch mehr.“

#### Die 137. Gemeindefchule als Polizeiwache.

Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 65 veröffentlichten Notiz wird uns von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt, daß tatsächlich im vorigen Jahre und im Jahre 1901 der Turnunterricht am 18. März in der 137. Gemeindefchule ausgefallen ist, weil man die stehende Schutzmanschwache in der Turnhalle unterbringen wollte und unterbrachte. Auch diesmal mußte die genannte Schule der Polizei dienen, man benutzte aber nicht die Turnhalle, sondern die Aula.

Daß die Polizeibehörde der seltenen Auffassung ist, daß es am 18. März notwendig sei, besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und ganze Polizeidivisionen an bestimmten Orten zu konzentrieren, ist zwar bezeichnend für die erstaunliche Verständnislosigkeit dieser Behörde gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Bestrebungen, aber schließlich eine Sache, die die Öffentlichkeit nicht erst in Erregung zu versetzen braucht. Daß man aber am 18. März die Räume von Gemeindefschulen in Polizeiwachen umwandeln läßt, ja daß man sogar den Unterrichtsstoff über den Haufen wirft, um der Polizei einen bequemen Unterschlupf zu verschaffen, das ist ein Verhalten, das allgemeinste Mißbilligung finden wird. Mag doch die Polizeibehörde sich Lokale mieten, wenn sie den 18. März zu einer kleinen Mobilmanövrierübung für geeignet hält; höchstes Befremden muß es aber hervorrufen, daß die dafür verantwortlichen Stellen sich dazu verstehen, die Lokalitäten der Berliner Gemeindefschulen zu einem solchen Zwecke zur Verfügung zu stellen.

**Dreschere in einer Drescherverammlung.** In einer vom „Deutschen Antisemitentum“ einberufenen Versammlung am Mittwochabend kam es während der Dreschere des Dreschgrafen auch zu einer gar nicht mehr bildlich, sondern höchst ernsthaft ekelhaften Drescherei. Die „Staatsbürger-Ztg.“ meldet darüber:

„Bei dieser Gelegenheit erhebt sich in der rechten Ecke des Saales ein großer Tumult, ein Jude ist mit einer Anzahl Sozialdemokraten dort erschienen und stachelt diese fortgesetzt zu Zwischenrufen auf, so daß er aus dem Saale entfernt werden muß, was allerdings nicht ohne Schwierigkeiten vor sich geht und zu einer längeren Unterbrechung des Vortrages führt.“

Ein Zeuge dieses amantigen Intermezzos schildert uns Ursache und Verlauf der Dreschere folgendermaßen: „Ein Herr machte seiner Erregung durch einige Zwischenrufe Luft. Sofort ertönten die Rufe: „Maus mit dem Judengensken“, „Maus mit dem Not“. Der Herr, der weiter nichts getan hatte, als sich einige Zwischenrufe zu leisten, was ja auch im Parlament vorkommen soll, wogerte sich einzuwenden, zu gehen, da er ja kein Entree bezahlt habe. Die wütende Antisemitenschaube ließ aber nicht nach, sodas es im Handumdrehen zum Handgemenge kam, da sich begreiflicherweise die Gefinnungsgenossen des Herrn solch schändes Unrecht nicht gefallen lassen wollten. Die Polizei sah derweilen der lebhaften Holzerei mit fölicher Gemütsruhe zu. Ein Herr, der sich an den überwachenden Leuten wanderte, um ihn zur Trennung der kämpfenden Parteien aufzufordern, wurde seiner Antwort gewürdigt. Ich bin überzeugt, bei einer sozialistischen Versammlung wäre sofort die Auflösung erfolgt.“ Wenn wir auch die Erregung dieses Augenzeugen begreifen, so können wir die Wut unterdessen nicht allzu tragisch nehmen. Wer bei solchen Gelegenheiten gegen die Einrichtung des Entrees des zweifelhaften Gemüses, die verapflichten Reden bis zur Reize auszufolgen, teilhaftig werden will, muß eben auch auf die Gefinnungen des an der Pödelischen Widersprache sich berausenden Stammpublikums des Dreschgrafen die nötige Rücksicht nehmen. Die nähen Vergleiche zwischen einer Drescherverammlung und dem Parlament oder gar einer sozialdemokratischen Versammlung muß man höchlich zu Hause lassen. Sonst droht nicht nur des Grafen Pödelers Junge!

**Straßenbahn-Inzels.** Mit der Einrichtung von Inzelsperren zur Vermeidung der Fahrgäste beim Einsteigen an besonders gefährlichen Stellen geht jetzt die Große Berliner Straßenbahn vor. Auf den Antrag der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft haben sich das königliche Polizeipräsidium und die städtischen Behörden damit einverstanden erklärt, daß bei der Haltestelle auf dem Bellealliance-Platz gegenüber dem Halleischen Thor ein derartiger Inzelsperren errichtet wird. Die Insel wird zunächst vorläufig in Holz ausgeführt. Das Ein- und Aussteigen in und aus den Straßenbahnwagen war dort angesichts des lebhaften Verkehrs besonders schwierig. Auch für den Spielmarkt hat die Straßenbahn eine ähnliche Einrichtung in Vorschlag gebracht, die bei Gelegenheit der Umgestaltung dieses Verkehrsmittelpunktes zur Ausführung gelangen soll. Rehnliche Straßenbahninseln befinden sich schon jetzt an verschiedenen Stellen von Groß-Berlin, so am Rosenhaller Thor, auf dem Handbühlplatz, auf dem Alexanderplatz, in St. Hubertus sowie in Charlottenburg. Abgesehen von den Unannehmlichkeiten, die sie den einsteigenden Fahrgästen bieten, dienen sie auch einer schnelleren Abfertigung der Straßenbahnzüge.

Die **Influenza** ist in Berlin in diesem Winter wieder stärker als im vorigen aufgetreten und hat eine beträchtliche Zahl von Sterbefällen verursacht. Aus den drei Monaten Dezember, Januar, Februar, die man als die eigentlichen Wintermonate anzusehen pflegt, kamen diesmal 49, 70, 75, zusammen 200 Influenza-Sterbefälle zur Meldung, während im vorigen Winter aus denselben Monaten nur 30, 24, 19, zusammen 73 Fälle gemeldet worden waren. Allerdings ist die Influenza-Sterblichkeit dieses Winters immer noch verhältnismäßig gering zu nennen, wenn man sie vergleicht mit derjenigen des Winters 1899/1900, wo allein im Februar 275 Personen der Influenza erlagen.

**Wegen verachteten Aufmarsches** ist der Schmittler Franz Mazillewial verhaftet worden. M. kam vorgestern (Mittwochabend) hier aus Polen an und wollte nach Halberstadt weiter reisen, um sich dort zu verdingen. Im Begriff, seine hier wohnende Schwester zu besuchen, traf er im Schleifischen Busch ein Kontrollmädchen, Marie Schönlitz. Mit dieser ging er, indem er den Versuch seiner Schwester aufgab, in eine Schankwirtschaft, um sie betrunken zu machen. Dann begaben sich beide wieder nach dem Busch. Als ihm hier die Schönlitz zu Gefallen sein wollte, packte Mazillewial sie plötzlich, hierte auf sie, riß ihr die Kleider vom Leibe und drohte, sie erdrosseln zu wollen. Ihr Hilferufe suchte er zu ersticken, indem er ihr ein Taschentuch in den Mund steckte. Zwei Wächter vom Treptower

Part hielten aber die Hülferufe geföhrt. Als sie hinzukamen, fanden sie M. noch auf der hilflos Daliegenden liegen und sie würgen. Die Wächter nahmen M. fest und wühten auch das Mädchen nach der Wache mitnehmen, da ihm die Kleider bis auf das Hemd zerfetzt waren. Der Kriminalpolizei vorgeführt, bestritt Mazillewial, daß er das Mädchen habe töten wollen; er habe es vielmehr von 2 Kerlen, die es am Wasser geprügelt und ihr die Kleider zerfissen hätten, befreit. Zum Dank dafür sei die Befreite mit ihm in den Busch gegangen. In seiner Schankwirtschaft sei er am Schleifischen Busch nicht gewesen, vielmehr schon angetrunken dorthin gekommen. Im Schleifischen Busch sei er mit dem Mädchen überfallen worden. Die Schönlitz widersprach dieser Darstellung sofort und erzählte den Vorgang, wie wir ihn mitteilten. Auch erkannte der Schankwirt in dem Verhafteten den Mann wieder, der mit ihr bei ihm gewesen war und sie betrunken gemacht hatte, und die Wächter bekundeten, daß M. das Mädchen wie ein Rasender behandelt habe. Die Bürgemeile sind deutlich sichtbar. Mazillewial will sich jetzt damit ausreden, daß er schwer betrunken und nicht zurechnungsfähig gewesen sei. Dagegen spricht aber sein plausibles Vorgehen. Die Kriminalpolizei führte ihn daher wegen verachteten Mordes dem Untersuchungsrichter zu.

**Nach nicht festgestellt** ist die Persönlichkeit einer jungen Frau, die in der Nacht zum Dienstag an der Weidenbrücke als Leiche aus der Spree gelandet und nach dem Schauhanse gebracht wurde. Die Exhumiere ist etwa 30 Jahre alt, hat dunkles Haar und trug einen roten Mantel mit schwarzem Kragen, gelber Weste und rotfarbener kariertem Futter, eine schwarze Sammettaile mit Besatz von Sturbsünderer, ein schwarzes Cheviotkleid, neuen rotweißgestreiften Unterrock, ein weißes Hemd ohne Zeichen, rote, schwarz angefridete Strümpfe, hohe Schuhen und einen schwarzen Sammethut mit schwarzer Feder. Die Knöpfe des Mantels sind mit Anker verziert. Die Leiche kann noch nicht lange im Wasser gelegen haben.

Eine **erregte Scene** am Bahnhof Friedrichstraße verursachte eine durchreisende Französin. Schon vor etwa 3 Wochen wurde, wie wir seiner Zeit mitteilten, dank der Aufmerksamkeit des Stations-Vorstehers an Bahnhof Friedrichstraße, eine junge Französin, die nach Barschau verfährt werden sollte, den Händen der Mädchenhändler entrißen. Derselbe Beamte bemerkte nun eine alte Frau, die in Begleitung eines jungen Mädchens nach Barschau reiste und vom Bahnhof Friedrichstraße aus die Weiterfahrt antreten wollte. Da der Stationsbeamte die Frau schon öfter bei dem Transport junger Mädchen beobachtet hatte, so machte er die Damen der Bahnhofsmission auf das Paar aufmerksam. Die Verjuche der Damen, vom dem französisch sprechenden Mädchen über Zweck und Ziel der Reise Auskunft zu erlangen, wußte die Alte dadurch zu vereiteln, daß sie die Missionsdamen zurückstieß und sich derartig rabiat und aufgeregt benahm, daß seitens des Stations-Beamten ein Säugmann hinzugerufen wurde. Leider aber fehlte jede gefegliche Handhabe, um die beiden festzuhalten, und man mußte die Menschenhändlerin mit ihrer Ware, um solche handelte es sich zweifellos, ablassen lassen. Der Säugmann hatte jedoch Gelegenheit genommen die Pässe zu revidieren, die Nummern derselben sowie das Signalement der beiden festzustellen. Das alsbald von dem Vorkommis verständigte deutsche Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels, Schillerstr. 12, benachrichtigte telegraphisch das französische Konsulat in Berlin und Barschau und so dürfte es jedenfalls noch gelingen, die Befreiung des Mädchens und Strafverfolgung der Händlerin zu ermöglichen, umso mehr, als der Frau ein Brief abgenommen wurde, welcher einige Aufklärung über das Treiben der Betreffenden giebt.

Seit Anfang dieses Monats konnten bereits drei junge Berlinerinnen, die im Bureau des Nationalkomitees über die Angelegenheit zweifelhafter Agenten Auskunft einholten, vor dem schrecklichen Schicksal des Verkauftwerdens bewahrt werden. Leider fehlt es dem Komitee immer noch an den nötigen Geldmitteln, um in umfangreicher Weise gegen das immer stärker ansteigende Gebahren der Mädchenhändler vorzugehen.

Die **Uebersweisungen zur Fürsorge-Erziehung** haben sich in Berlin gegen Schluß des Jahres 1902 noch stärker vermindert als im ersten Halbjahr, in welchem die Verminderung der Uebersweisungen begonnen hatte. In den vier Vierteljahre von 1902 kamen 194, 184, 166, 130 Jöglinge in Fürsorge-Erziehung. Im vierten Vierteljahre sind nun ein volles Drittel weniger Uebersweisungen erfolgt als im ersten Vierteljahre. Die Vermehrung der Gesamtzahl der Fürsorge-Erziehungsjöglinge hat sich infolgedessen in der letzten Zeit merklich verlangsamt. Seit Inkrafttreten des Fürsorge-Erziehungsgesetzes, also seit 1. April 1901, sind bis Ende 1902 im ganzen 1004 Jöglinge überwiesen worden. 33 sind inzwischen wieder entlassen worden. Am 31. Dezember 1902 waren mithin 971 Jöglinge noch in Fürsorge-Erziehung der Stadt Berlin.

**Ueber ein eigenartiges Vorkommis in der tierärztlichen Hochschule** gehen uns folgende Mitteilungen zu: Der in der Kaiserstraße wohnende Kürschner D. brachte vorgestern mittag 12 Uhr einen Hund nach der tierärztlichen Hochschule, um ihn vergiften zu lassen und zahlte hierfür 75 Pf. Die Zeitung sollte sofort erfolgen und auf Grund des Scheines meldete D. das Tier sofort auf dem Steueramt ab. Abends um 7 Uhr fand sich der Hund plötzlich wieder bei seinem Herrn ein. Das Tier war aus der Hochschule entlaufen und hatte den Weg nach Hause gesucht und gefunden. Wie der Hund, der nun geftern vergiftet wurde, aus seiner Zelle und dem geschlossenen Gebäude entkommen konnte, ist unklar.

**Zu Gunsten der Unterhaltungskassen des Vereins „Berliner Presse“** veranstaltet die Direktion der nunmehr vereinigten Kunstsinstitute „Neues Theater“ und „Kleines Theater“ am Sonntag, den 22. d. M., mittags 12 Uhr, auf der Bühne des „Neuen Theaters“ eine Aufführung von Maxim Gorkis „Rastafal“ mit den künstlerischen Kräften der ersten Berliner Besetzung dieses Dramas.

Die **Neue Gemainschaft in Schlachtensee**, Sectr. 35/37, feiert am Sonntag, den 22. März, nachmittags von 5 Uhr an ihr Frühlingsest. Von Künstlern wirken mit u. a. Rosa Vertens, Gertraud Scholdt, Carl E. Reubürger, Jrl. Irene Trisch, Dr. F. G. Gerger (Recitation), Toni Daeglan, Prof. Sawa (Gesang), Marie Verdes (Klavier), Arno Rentsch (Geige), Vortrag von Julius Hart: Das Geheimnis des Frühlings. Zutritt nur gegen Einladungskarte, die durch Heinrich Hart, Schlachtensee, zu erhalten ist.

**Treptow-Sternwarte.** Da in der ganzen kommenden Woche der Mond die Beobachtung des gestirnten Himmels nicht stört und der Mars sich in der größten Erdnähe befindet, ist die Beobachtung desselben in der bevorstehenden Woche besonders günstig und wird die Treptow-Sternwarte bis zum 1. April bis 11 Uhr nachts und nach dem 1. April wie immer während des ganzen Sommers bis 12 Uhr nachts geöffnet sein. Am Sonntag, den 22. d. M., wird der zur Einföhrung in die Astronomie bestimmte Vortrag „Die Beobachtbarkeit der Welten“ um 5 und um 7 Uhr gehalten.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Donnerstag wurde die Wehr nach der Ludauerstr. 38 gerufen, weil hier in einer Wohnung ein Brand entstanden, der Möbel, Betten und Kleidungsstücke ergriffen hatte. Bei den vergeblichen Versuchen, die Flammen zu ersticken, ertönte ein Mann Brandrufen an den Händen und im Gesicht, die ihm von den Samaritanern der Wehr verbunden wurden. Der Brand wurde bald beseitigt. Weitere Wohnungsbrände mußten in den letzten 24 Stunden in der Schliemannstr. 39 und in der Köpferstraße 74 abgelöscht werden. In der Stallgassestr. 23 war in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten, dessen Ablösung indes bald erfolgen konnte. Einen Sachschaden hatte die Wehr nachmittags in der Oranienstr. 37 zu beobachten. Nach der Löhnerstr. 31 wurde die dritte Compagnie gegen Abend gerufen, weil hier durch die Explosion einer Kettenschleife ein kleines Feuer entstanden war. Wäschestücke hatten in der Brunnenstr. 109 gleichzeitig Feuer gefangen.

## Haus den Nachbarorten.

Die **Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** beschloß am Mittwoch, die Bewilligung einer neuen Stelle im Magistratskollegium für einen Rämmerer mit einem Gehalt von 10 000—13 000 M. und setzte zur Prüfung der Bewerbungen einen elfgliedrigen Ausschuss ein. Von den Bewählenden des Ausschusses zur Beratung des Submissionsverfahrens nahm die Versammlung Kenntnis und trat sodann in die zweite Beratung des Etats. In ihre Genossen Scharnberg, Vogel, Pasche, Vorchardt und Hirsch traten bei verschiedenen Etatspositionen für die Interessen der städtischen Arbeiter und für sozialpolitische Forderungen ein. Erledigt wurden der Etat der Pflege- und Krankenanstalten, der Etat des Hochbaues, der des Feuerlösch- und Straßenreinigungswesens, der der besonderen Gemeinde-Einrichtungen und einige kleinere Etats. Endlich genehmigte die Versammlung noch die Magistratsvorlage betr. anderweitige Verpachtung des Restaurants Tiergartenhof. Der Ertrag, der zu Freibetten im städtischen Krankenhaus bestimmt ist, wird dadurch von 10 000 M. etwa um das Doppelte erhöht.

**Nirzdorf.** Eine exemplarische Strafe verhängte gestern das hiesige Schöffengericht über den Vergolder Wilhelm B o h m, welcher angeklagt war, in drei Fällen in früher Morgenstunden auf Arbeit gehende Frauen und Mädchen in schamloser Weise belästigt und häßlich beleidigt zu haben. Das Verhalten des Angeklagten grenzt knapp an Sittlichkeitsverbrechen und lautete das Urteil daher auf ein Jahr Gefängnis. B. wurde wegen Nichtverdachts sofort verhaftet. — Mit knapper Not dem Verbrennungstode entgangen sind in letzter Nacht zwei junge Hausdiener des Restaurateurs Jaroszewski. Letzterer betreibt die Kantine für die Arbeiter am Nirzdorfer Stadtkanal, welche auf den Köllnischen Weiden aus Holz errichtet ist. Die Hausdiener schliefen nachts in dem Holzschuppen, der in letzter Nacht in Flammen aufging. Nur mit knapper Not konnten sich die beiden Hausdiener durch ein Fenster aus dem brennenden Bau retten, der gänzlich eingestürzt war. Ein Hund kam in den Flammen um. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

**Schöneberg.** Bisher bestimmten die Satzungen der städtischen Sparkasse in Schöneberg, daß Spareinlagen, welche am letzten Tage eines Monats abgehoben wurden, noch für diesen Monat den Zinsgenuss haben sollten. Der Magistrat hatte nun beschlossen diese Bestimmung in den neuen Satzungen zu streichen und dafür praktische und finanzielle Gründe angegeben. Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hat aber mit anerkennenswerter Einmütigkeit den betreffenden Magistratsantrag abgelehnt. Es wurde mit Recht betont, daß es ganz gleichgültig sei, ob der Antrag zu der Kasse am letzten oder am ersten Tage eines Monats statfinde, auch sei der finanzielle Schaden ein ganz geringfügiger. Die Versammlung halte es aber nicht für angebracht, der Stadt besonders auf Kosten der ärmeren Sparer Vorteile zu verschaffen. Der Nichtigkeit dieser Ansicht wird sich der Magistrat nicht verschließen können und die Schöneberger Sparkasse wird auch in Zukunft die am letzten Monatslage abgehobenen Spareinlagen bis zum letzten Tage verzinsen.

**Vielenberg.** Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am 17. März eine gutbesuchte Versammlung ab, zu der sich auch zahlreiche Frauen eingefunden hatten. Genosse Kogler sprach über: „Märzgedanken“. Das Andenken der Toten wurde durch einmütiges Erheben von den Plätzen geehrt. — Zur Aufstellung von Kandidaten für die am 24. März stattfindende Ersatzwahl von drei Gemeindevorordneten der 3. Abteilung referierte Genosse Grauer. Er empfahl, im 3. Bezirk die bisherigen Vertreter, Genossen Treue und Zimmermann, für den 4. Bezirk den Genossen Zimmermann aufzustellen. Einmütig wurde dem Vorschlage zugestimmt. Zum Abteilungsführer für die 1. Abteilung wählte alsdann der Wahlverein den Genossen Rasthaus, während der Vertrauensmann Genosse Otto Seidel mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Parteiprediktion Vielenberg beauftragt wurde, da Genosse Grauer mit Zustimmung aller Beteiligten in eine andre Stellung eintritt. — Mit dem Erheben, am Sonntag früh in den Bezirkslokalen zum Verteilen der Wahlaufträge und einer Versammlungseinladung für die am Montag, den 23. d. M., stattfindende Volksversammlung, recht zahlreich zu erscheinen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Steglis.** Die wesentlichsten Bestimmungen aus dem in der letzten Gemeindevorretter-Sitzung angenommenen Ortsstatut über Gewährung von Ruheohn und Hinterbliebenen-Versorgung an die in der Gemeinde und deren Betrieben beschäftigten nicht fest angestellten Personen sind folgende: Voraussetzungen für Erlangung eines Ruheohnes sind mindestens 10jährige ununterbrochene Beschäftigung bei der Gemeinde nach dem 25. Lebensjahre und dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Vollendung des 65. Lebensjahres. Der Ruheohn beträgt mindestens  $\frac{1}{60}$  des Lohnes nach zehnjähriger Thätigkeit und steigt von da ab mit jedem Jahr um  $\frac{1}{60}$  bis zum Höchstbetrage von  $\frac{1}{30}$ . Wittwengeld wird gezahlt 40 Proz. des Ruheohnes, und die Witwen werden bis zum vollendeten 15. Lebensjahre wie folgt unterstützt: Wenn Wittwengeld gezahlt wird,  $\frac{1}{3}$  desselben für jedes Kind, wird kein solches gezahlt,  $\frac{1}{3}$  des wie oben zu berechnenden Wittwengeldes; ist die Witwe selbst ruhelohnberechtigt, so werden für jedes Kind  $\frac{1}{10}$  des Ruheohnes gezahlt.

Die **Groß-Lichterfelde Gemeindevertretung** nahm in ihrer jüngsten Sitzung die zweite Lesung des Gemeinde-Etats vor. Vor Eintritt in dieselbe berichtete Schöffe Lange über Prüfung und Abnahme der Gemeindeflossen-Rechnung pro 1901/1902. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Einnahmen wesentlich höher waren, als im Etat-Voranschlag berechnet und daß Aussicht besteht, das noch vorhandene Defizit möglicherweise noch im laufenden Etatsjahr zum Schwenden zu bringen. Den Bericht über die Entlastungs-Rechnung des Kieselgutes werden gab G. V. Sperle. Leider läßt sich gerade über diesen die Steuerzahler sehr interessierenden Punkt nichts berichten, da der Referent so leise sprach, daß an dem nur fünf Schritt entfernten Berichterstatterisch nichts zu verstehen war. Nur aus der Kritik war zu entnehmen, daß der Bericht zum Teil materiell falsch und die rechnerische Uebersicht von allen bisher bekannten Buchführungs-Methoden zwar erheblich aber nicht gerade vorteilhaft abwich. Die folgende zweite Lesung der Etatsberatung hielt sich in den hier üblichen sehr bescheidenen Grenzen und da die öffentlichen „Beratungen“ nur pro forma sind, so beschränkte man sich lediglich auf die Positionen, welche gelegentlich der ersten Lesung in die Etatskommission zurückverwiesen wurden. Es handelte sich um eine Herabsetzung der Gewerbesteuer der 3. und 4. Klasse von 192 Proz. auf 160 Proz., die einen Ausschuss von 1 800 M. bedingt. Als Äquivalent soll die Hundesteuer auf 20 M. erhöht werden. Der Vertreter des Lichterfelde Mittelstandes, G. V. Lehmann, dessen kommunales Rechnungswesen ihm nur eine schwache Stütze zu sein vermag, meinte, die Handwerker könnten sich mit dieser geringen Herabsetzung nicht zufrieden geben; die Erhöhung der Steuer auf vier Hund, die zur Bewachung der Grundstücke dienen, habe große Erregung hervorgerufen. Der Herr Gemeindevorretter mußte sich erst belehren lassen, daß für solche Hundeeberhaup noch nichts zu zahlen war und ist. — Die Hundesteuer soll 17 000 M. bringen. — Die Einnahmen der Baupolizei sind mit 12 000 M. (2000 M. mehr als im ersten Entwurf) eingestellt, und als einmalige außerordentliche Einnahmen sind 40 000 M. für Brandverderb des Gymnasiums“ getriden, da die Verhandlungen mit dem Besitzer sich verzögerten. G. V. Gebauer sprach über die schlechte Entlohnung der Nachwächter und stellte den Antrag auf 50 Mark Zulage. Die Ausführungen des Antragstellers waren von jener Halbheit und Vauheit, die die bürgerlichen Vertreter von jeher auszeichnet. Und als der Herr Rechnungsrat gar hörte, daß die Etatskommission gegen seinen Antrag war, machte er schleunigst kehrt, zog denselben zurück und ersparte der Gemeindevertretung die kleine Unbequemlichkeit, durch Abstimmung über seinen Antrag einmal Farbe bekennen zu müssen.

**Zehlendorf.** Die hiesige Gemeindevertretung erledigte in ihrer letzten Sitzung den diesjährigen Etat in erster und zweiter Lesung. Wer geglaubt hatte, daß Mittel eingestellt



